

Ersteinst täglich außer Montags. Abonnementpreis für Berlin: Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 30 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 4 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Einzelt. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1892 unter Nr. 662.

Inserions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. Insetate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Spezial-Ausgabe: Juni VI, Nr. 4106.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Sonntag, den 23. Januar 1892.

Expedition: Benth-Strasse 3.

### The harlot's progress. (Der Weg der Dirne.)

Unwillkürlich werden wir an das Bild erinnert, welches Hogarth in den „sechs Platten“ von dem Weg der Dirne entwirft, wenn wir die Vorgänge auf wirtschaftlichem Gebiet betrachten.

Hogarth schildert dort, wie die Dirne erst ihre Umgebung und ihren Anhang verpestet, dann aber, nachdem sie Alles um sich herum mit Sumpfatmosphäre vergiftet hat, in dieser Umgebung selber zu Grunde geht.

Die Rolle, die hier der Dirne für das gesellschaftliche Leben zugeschrieben wird, spielen bei uns für das wirtschaftliche Gebiet die „Bereicherer des Nationalwohlstandes“, die Praktiker des Syndikats-Schwindels.

Auch sie sind, nachdem sie das Wirtschaftsleben um sich herum, und bis tief in das Innere des Landes hinein, durchseucht haben, auf dem Punkt, in ihre eigene Grube zu fallen.

Vor Monaten schon haben wir darauf hingewiesen, daß die Syndikatswirtschaft sich in voller Auflösung befindet. Wer jetzt noch daran zweifelt, der braucht nur die neueste Schöpfung der Kartellpatrioten zu betrachten, die Vereinigung der Kohlenverkaufs-Vereine der verschiedenen Reviere zu einer General-Vereinigung, das Zusammenschließen der schon bestehenden Syndikats-Lokalen Charakters zu einem einzigen Riesensyndikat.

Wie sämtliche Handlungen der Kohlenbarone erkennen lassen, daß diese Herren glauben, das ganze deutsche Volk sei nur ihre Wege, zu ihren persönlichen Bereicherungszielen, da, so auch ihre neueste Kartellschöpfung, die Dortmund-Verkehrsvereinigung von Syndikaten, die dem egoistischen, vaterlandschädlichen Vorgehen der Kohlenpotentaten erst eigentlich die Krone aufsetzt.

Anstatt der natürlichen Entwicklung der Kohlenverbraucherndem Industrien zu folgen, und ihre Tätigkeit in Uebereinstimmung mit dem Gedeihen der übrigen Industrien zu bringen, glauben diese Unterwähler des Volkswohlstandes mit ihren künstlichen, unhaltbaren Schiebungen die unnatürlich hohen Preise für die Inlandskonsumenten aufrecht erhalten, glauben sie durch ihre Preisvereinigung dem Zurückgehen der Preise vorbeugen zu können. Die Thoren merken gar nicht, daß sie, nachdem ihre Umgebung mit dem tödlichen Gift infiziert ist, an der entwickelten Faulnis selbst erstickten. Sie merken den Teufel nicht, obwohl er sie schon am Kragen hat.

Allein, sofern es sich nur um die Kräftevergeudung der Unternehmer handelt, könnte uns die Sache gleichgültig lassen. Die Kohlen-Magnaten aber verlangen vom Staate — und wie wir sehen mit Erfolg — Eisenbahn-Ausnahms-tarife, um auf Grund solcher einen ruinösen Konkurrenz-kampf der fremdländischen Eisen-Fabriken und anderer Aus-land-Industrien gegen Deutschland entfesseln zu können. Die wilde Eier nach hohem Profit scheint nun aber auch

das Schvermögen der Herren bedenklich gestört zu haben, denn noch immer bemerken sie nicht, daß die Waffen, die für den Wucher mit dem Zulaufs-Konsum geschmiedet waren, sich bereits gegen ihre Erzeuger kehren.

Trotz aller künstlichen Machinationen, trotz einer 15 bis 20 procentigen Produktionsbeschränkung, wird von unaufhaltsamen Preisabschlüssen berichtet. Das „Echo de la bourse“ („Börsen-Echo“) meldet, daß deutsche Kohlen die Preise des französischen Produkts konstant unter starkem Druck halten, und in einem Inserat der „Kölnischen Zeitung“ finden wir Anerbietungen eines Kohlenvertrieblers von 10—15 pCt. unter offiziellen Syndikatspreisen.

Wenn man aber daraus auf eine „Nothlage“ der Kohlenindustrie schließen wollte, so wäre solch ein Schluss irrig.

Für die Harpener Bergbau-Gesellschaft z. B., welche mit einem Kapitale von 36 Millionen Mark arbeitet, schätzte man an der Börse die Dividende des laufenden Geschäftsjahres auf 12 pCt. und den Jahresgewinn auf 8 Millionen Mark, die Dividenden der „Hibernia“ und „Dannenberg-Gesellschaften“ auf 14 resp. 10 pCt. Die größten Reichen also sind es gerade, welche die fettesten Ausbeuten für ihre Aktionäre herauszuschinden, und auch bei erheblicher Preisermäßigung noch kolossalen Unternehmensgewinn heraus-schlagen würden. Daß auf schwindelhafter Grundlage errichtete Reichen allerdings beim Nachgeben der Preise ihren Gewinn oft ganz darzugeben würden, soll nicht bestritten werden. Aber, gerade das ist ja einer der stärksten Gründe gegen den Kartellunfug, daß man die schwindelhaften Elemente auf Kosten der Kohlenverbraucher großzieht und mäktet. Die alten, soliden Reichen, die etwa drei Viertel der Produktion ausmachen dürften, können getrost einen erheblichen Preisabschlag ohne Schaden an ihrem Unternehmens-gewinn ertragen. Dieses einen Viertel wegen aber seht man die Welt in Aufruhr und entbietet sich nicht, davon zu reden, den Arbeitern die Löhne zu verkürzen.

Allen Ernstes wird nämlich davon gesprochen, daß die Unternehmer bei weiteren Preisabschlüssen die Arbeiter-löhne verkürzen werden, sowohl in Deutschland wie in Frankreich.

In Oesterreich stellte die Alpine Montan-Gesellschaft sogar die Forderung an die Regierung, den Streik der Kohlenarbeiter mit Gewalt zu beseitigen, unter Androhung der gänzlichen Fördereinstellung.

Die Vergeßlichkeit der Kohlenbarone kennt eben keine Grenze. Als die Preise in's Fabelhafte stiegen, erhöhte man die Arbeiterlöhne noch nicht um soviel, als das Äquivalent für die gleichzeitige Lebensmittelerhöhung ausmachte. Und nun, da die Preise infolge des habgierigen Experimentirens der Kohlenindustriellen etwas nachzulassen drohen, soll es wieder der Arbeiter sein, auf dessen Kosten man setze Einkünfte ergießen will.

Erst rafften die Kohleninteressenten zusammen, was sie erschöpfen konnten, und der Arbeiter ging leer aus; dann

hielten sie zum Schaden der heimischen Industrie künstlich übernatürliche Preise, und jetzt, da sich zynische und freche Gaunerei an ihren Kartellweisheit, die Preis-schleuderei nach dem Auslande, versagt, denkt man sich wieder aus der Arbeiterhaut Riemen zu schneiden.

Dieses lasterhafte Gebahren des Kapitalismus birgt die Vorbedingungen zu seiner Vernichtung in sich. Wie die Dirne schließlich in ihrer eigenen Verpestung untergeht, so wird auch der Kapitalismus an seinen eigenen Sünden verenden.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Januar.

Ueber die Bismarck'schen Landräthe fällt Bismarck in den „Hamburger Nachrichten“, in denen er davor warnet, Beamte zu Abgeordnete zu wählen, folgendes Urtheil:

„Früher war es Tradition in zahlreichen Wählerkreisen Preußens, daß es nützlich sei, Beamte und namentlich den Landrath in die Kammer zu wählen, weil dieser ohnehin in der Lage sei, Einfluß auf den Kreis und für die Kreis-eingefessenen auszuüben, aber auch die Bedürfnisse des Kreises genau kenne und an ihrer Befriedigung interessiert sei. (Der wahre Grund war wohl der, daß der Landrath die Wahl-mittel zur Beeinflussung der Wähler in der Hand hatte.) Neuerdings ist die Stellung des Landraths in Preußen jedoch eine völlig andere geworden. Wer in früheren Zeiten (vor Bismarck) Landrath wurde, der wurde es mit dem Gedanken, in dieser Stellung alt zu werden und sie bis an sein Lebens-ende als Kreis-eingefessener zu verwalten. Er war deshalb geneigt, als Abgeordneter die Interessen seines Kreises, wenn er glaubte, daß die Regierung sie schädigte, zu verteidigen. Heutzutage ist es umgekehrt; der Landrath wird in der Regel die Regierungsinteressen dem Kreise gegenüber wahrnehmen. Die jetzigen Landräthe sind junge Altesoren oder ähnliche Beamte; sie betrachten den Landrathposten als eine Stufe ihrer Karriere. Um letztere zu fördern, sind sie in der Ver-suchung, nach oben hin sich dienstbar, strebend zu erweisen und sich ein Verdienst daraus zu machen, die Intentionen der Re-gierung mit Energie und Erfolg zu fördern, ohne sich immer klar darüber zu werden, ob das Ergebnis für das Wohlfinden der Kreis-eingefessenen nützlich ist. Zwischen der Bezirksregierung und dem Landrath bestand früher eine Scheidelinie, jenseits deren vom Landrath eine Vertretung der Kreisinteressen bei Prüfung der Regierungsmassregeln erwartet werden konnte. Gegenwärtig ist der Landrathposten der staatlichen Bureau-kratie vollständig einverleibt, und der Landrath, der nicht geneigt ist, in seinem Kreise zu bleiben, bis er emeritirt wird, wird nur im Falle eines höchst unabhängigen Charakters sich dazu verstehen, im Parlamente dem ihm vorgesetzten Minister, von dem seine weitere Beförderung zum Ober-Regierungs-rath, Präsidenten oder Ministerial-Dirksarbeiter abhängt, offen und mit der Schärfe entgegenzutreten, welche allein in der parlamen-tarischen Arena Eindruck macht.“

Hier gesteht also Bismarck selbst ein, wie korruptirend er auf das Beamtenthum eingewirkt hat.

### Feuilleton.

Wachdruck verboten.)

#### Am Webstuhl der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in 3 Büchern von A. Otto Walster.

„Mit wem habe ich denn die Ehre?“ fragte nunmehr der Schriftsteller so nebenhin.

„Mein Name ist Niemer: Sie werden denselben wahr-scheinlich schon gehört haben, ebenso gut wie den meines Kollegen Schneider. Man nennt uns vielfach gleich mit dem zusammengesetzten Namen Niemenschneider, obwohl ich Ihnen versichern kann, daß bei Unsereinem nicht viel von Niemenschneider die Rede sein kann, trotzdem wir gewisser-maßen unsere Haut zu Markte tragen. Ja, wir müssen sogar thätig auf den Strümpfen sein, um nicht den Hungert-riemen enger schnüren zu müssen. Doch, wir sind hier zu einer guten Restauration gekommen, wo Sie ein treffliches Bier und schmackhaftes Essen bekommen werden. Gehen Sie nur immer voran, wir werden uns um Sie nicht bekümmern; und wenn Sie sorgenlos wollen, so geben Sie nur einen Wink, indem Sie den Hut aufsetzen, und wir brechen dann etwas früher auf.“

„Warum wollen Sie denn nicht gleich mit mir in das Lokal gehen und mir Gesellschaft leisten?“

„Ich fürchte, es könnte Sie geniren. Ich und mein Kollege, wir sind sehr gekannt von den Leuten.“

„Ach so! Und Sie meinen, es könnte meinen Kredit erschüttern, wenn die Leute merken, daß ich in Wechselhaft

gerathen bin? Haben Sie keine Furcht deshalb; der Kredit eines deutschen Schriftstellers ist so leicht nicht zu erschüttern. Im Gegentheil komme ich mir recht vornehm vor, daß man eine Unterschrift von mir auf dem Wechsel respektirt hat.“

„Aber das Gerede der Leute . . .?“

„Das Gerede der Leute? Lieber Freund, lernen Sie von mir ein wenig Lebensphilosophie. In einer Welt, wo der Faulknecht reich wird, bloß dadurch, daß er seine Zinsen nicht ganz verbraucht, und der fleißige Arbeiter trotz aller Arbeit arm bleibt, in einer Gesellschaft, in welcher der reiche Schuft geachtet und geehrt wird, während der von unverschuldetem Unglück betroffene Ehrenmann sich verachtet sieht; wo es eine Schande ist, wenn man seine Schulden nicht bezahlen kann, und es einem Fabrikanten zur Ehre angerechnet wird, wenn er die Arbeitskraft von Tausenden ausbeutet, um Millionär zu werden; wo man den Menschen nach dem Gelde schätzt und vor dem Reichen den Hut zieht, wenn man auch nichts von ihm hat; in einer solchen Welt, Herr Niemer, läßt der denkende Mensch den gewöhnlichen gedankenlosen Hausen reden und räsonniren nach Dergensluft und giebt darauf gerade so viel Acht, wie auf das Spiel der Mäden im Lichte der Sonne.“

Sie waren bei diesen Worten in den Restaurations-garten getreten, wo der Gefangene und seine Wächter an einem und demselben Tische Platz nahmen.

„Sie haben übrigens da ein ziemlich abwechslungs-volles Leben, meine Herren,“ bemerkte der junge Schrift-steller, nachdem er durch einen kräftigen Zug aus dem herbei-gebrachten Gerstenkaffe die erste notwendige Stärkung zu sich genommen. „Ich glaube, Sie bekommen Vieles zu

sehen und zu hören, was auch für Unsereinem von großem Interesse sein würde.“

„Darauf können Sie sich verlassen. Aber man muß etwas abgestumpft werden, sonst verträgt man's nicht,“ er-widerte Niemer. „Entweder man muß kein Herz oder keinen Verstand haben, um Pflichten, wie der unferen, obzuliegen ohne die Lust zum Leben zu verlieren. Und da man sich den Verstand nicht abgewöhnen kann, so muß man es mit dem Herzen versuchen.“

„Und Ihnen ist das wohl so leidlich gelungen?“

„Was wollen Sie? Es macht sich das so nach und nach. Ich hatte ursprünglich viel Mitleiden, zumal ich in denen, die ich in Haft bringen sollte, meine Leidens-gefährten sah.“

„Sie sind selbst in Wechselhaft gewesen?“

„Es war der Anfang meiner jetzigen Karriere. Früher war ich Tuchmacher und als die große amerikanische Krisis eintrat, da fiel das große Handlungshaus Schmidt u. Hund, mit dem ich in Geschäftsverbindung stand. Nun, das werden Sie ja wissen, wenn so ein großes Geschäft stirzt, da reißt es gewöhnlich ein paar Duzend kleinere Leute mit in seinen Ruin. Für Unsereinem ist das schlimm, denn man verliert gewöhnlich außer seiner Habe auch noch seinen eh-rlichen Namen. Der Inhaber des großen Geschäfts, der die Krisis voraussieht, weiß sich gewöhnlich noch etwas zu retten, wirft sich damit auf ein neues, nicht selten auch wieder auf das alte Feld und bleibt ein geachteter Mann; ja, wenn er dreimal bankrott gemacht und beim vierten Geschäfts-Erfolg hat, so zieht man mit ihm so höherer Achtung vor ihm den Hut. Unsereiner aber, der ganz unverschuldet um das Seinige gekommen ist, läuft als bankrotter und mittelloser Kaufmann, fagen wir als Lump von Thür zu Thür, um

**Zur Frage des Religionsunterrichts** der Kinder der Dissidenten hat der preussische Kultusminister im Einverständniss mit dem Justizminister aus Anlass eines Spezialgesetzes dahin entschieden, daß der Vater eines schulpflichtigen Kindes selbst dann, wenn er für seine Person einer staatlich anerkannten Religionsgesellschaft nicht angehört, gleichwohl verpflichtet ist, das Kind an dem Religionsunterricht in der öffentlichen Volksschule teilnehmen zu lassen, sofern er nicht den Nachweis erbringt, daß für den religiösen Unterricht des Kindes anderweit nach behördlichem Ermessen in ausreichender Weise gesorgt ist. Dieser Erlaß-Unterricht soll wie jeder Privatunterricht von der Aufsichtsbehörde beaufsichtigt werden. Der diesem vom 16. Januar datirten Erlasse zu Grunde liegenden Aufassung stehen, so führt der Minister nach Mittheilung des „Staats-Anzeigers“ aus, die Bestimmungen des Art. 12 der preussischen Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 um so weniger entgegen, als dieser Artikel nach seinem Schlusse die freie Religionsübung nur in so weit zuläßt, als dadurch der Erfüllung der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten kein Abbruch geschieht. Zu diesen gehören aber nach Artikel 21, Absatz 2, in Verbindung mit Artikel 24, Absatz 1 und 2 der Verfassung, desgleichen nach den in den einzelnen Landesbestimmungen geltenden Vorschriften des Familienrechts auch die Sorge dafür, daß das Kind während des religionsunmündigen Alters nicht ohne Unterricht in der Religion gelassen wird.

Nach dieser Logik kann man auch die freie Religionsübung vollständig beseitigen; man braucht nur die Angehörigkeit zu einer bestimmten Kirche für eine bürgerliche und staatsbürgerliche Pflicht zu erklären. Der Zweck, die Jugend im Glauben der Kirche zu halten, wird durch diesen Zwang am wenigsten erreicht werden, weit eher noch das Gegenteil, indem die Kinder der Dissidenten die im elterlichen Hause aufgenommenen Lehren unter der Schuljugend weiter verbreiten werden.

**Deutsche Pharisäer erheben** — anlässlich der jüngsten Kammerprügelei in Paris — ihre christlich-germanischen Augen fromm zum Himmel und danken Gott, daß in Deutschland, der frommen Kinderstube, Solches nicht möglich sei. Die Herren Pharisäer irren sich — sie kennen die Geschichte des deutschen Reichstags nicht. Als Liebknecht 1870 gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen sprach, wurde er von einer tobenden Rote umringt und der Ruf: Haut ihn! ertönte. Bei dieser und bei späteren Gelegenheiten gingen Abgeordnete der Rechten und der nationalliberalen Partei mit geballten Fäusten, schimpfend auf Liebknecht los, und nur das Dazwischentreten von Freunden der Radauparlamentarier verhinderte, daß jene geohrfeigt wurden und eine allgemeine Prügelei entstand. An Laur's und Castelin's fehlt es auch in dem deutschen Reichstage nicht — nur daß das deutsche Blut etwas weniger heiß ist als das französische, und der Weg vom Worte zur That bei uns etwas länger — was übrigens oft gerade kein Vortheil.

Und da gerade von parlamentarischen Radausereien die Rede ist, so sei noch erwähnt, daß zu Ende der 60er und zu Anfang der 70er Jahre der ehrwürdige Professor Gwald, einer der „Göttinger Sieben“, ehrwürdig durch Charakter, Gelehrsamkeit und Alter — er zählte an die 80 Jahre — jedesmal wenn er im Reichstage gegen die Annexion seines Heimathlandes Hannover sprach, von etlichen Duzend ihn umdrängenden nationalliberalen und konservativen Reichstags-Abgeordneten in pöbelhaftester, wahrhaft empörender Weise verhöhnt und insultirt wurde. Verglichen mit diesen Szenen, die uns heute noch nach 20 Jahren und mehr bei der Erinnerung mit Ekel und Jörn erfüllen, war der letzte französische Kammerstandal noch verhältnismäßig harmlos.

**Herr Eugen Richter**, der einsehen mag, daß sein Verhalten zum Buchdruckerstreik weder ehrenvoll noch klug war, sucht sich jetzt als Freund der Buchdrucker aufzuspielen, der sie rechtzeitig gewarnt habe, wödingegen die Sozialdemokraten, wie er duzentmal gesagt, zum Streik gehen hätten, und wie er jetzt sagt, „erst nach der Niederlage der Streikenden mit ihrer Meinung heraustritten und ihn — den zärtlichen Mahner — „der Arbeiterfeindschaft zeigen“.

eine Beschäftigung zu finden, die vor dem Hungertode schützt. Ja, Herr Doktor, wenn man, so wie ich, einen Blick in's Geschäftsleben gethan hat, und man hört dann in den Gerichtsstuben, was für Ansichten die Herren Assessoren und Gerichtsräthe vom Leben haben und aussprechen, und was für Urtheile da manchmal gefällt werden, da wird Einem ganz anders zu Muth, aber nicht besser. Sehen Sie, ich denke bei meiner Stellung so: Du bist die bloße Hand, ein willenloses Werkzeug, und wenn Du's nicht thust, so thut es jedensfalls ein Anderer, und da gehe ich meines Wegs geradehin und sehe so wenig wie möglich rechts oder links. Aber so einem armen Teufel, der sich nicht anders zu helfen wußte und doch gar nichts dafür kann, daß die Welt so miserabel eingerichtet ist, ein paar Jahre Arbeitshaus zuzubüßern, das brächte ich nicht zu Stande, und wenn mir's selbst an Hals und Kragen ginge, ebensowenig wie ich an Stelle der Frau Majorin sein möchte, die neulich ihr Dienstmädchen wegen Entwendung eines Stückchens Seife polizeilich arretiliren ließ.“

„Nun, ich ersehe aus Ihren Worten, Herr Niemer, daß Sie das Herz noch ziemlich auf dem rechten Fleck haben.“

„Es geht nun, wie es geht. Da ist hier zum Beispiel als mein Gegenstück mein Kollege Schneider, dem hat das Herz niemals zu schaffen gemacht. Habe ich nicht recht, Schneider?“

„Da hast Du freilich Recht,“ sagte der Kleine, unbedenklich zustimmend.

„Sehen Sie, dieser Mann hat sich durch seine unerschütterliche Verunstaltung einen solchen Respekt bei seinen Vorgesetzten erworben, daß man kein Bedenken trug, ihm die Verhaftung seines eigenen Bruders aufzutragen, als er sich dazu erbot. Und er erbot sich nicht etwa dazu, um durch sein Erscheinen dem Bruder das Peinliche seiner Lage zu erleichtern, ihn zu trösten, seine Einbringung so glimpflich wie möglich einzurichten, nein, er hat mir selbst gestanden, daß er dabei an weiter nichts gedacht, als daß der Jüngsterlohn in der Familie bleiben sollte. Hast Du das nicht gedacht, Schneider?“

Das ist frech gestunken. So sieht die Sache nicht. Herr Richter hat von dem Streik nicht „abgemahnt“ — rohspahenmäßiges Geschimpfe ist kein Abmahnen — abgemahnt haben nur die Sozialdemokraten. Abgemahnt haben wir mündlich und schriftlich — schon im September, als die Frage des Streiks brennend wurde —, abgemahnt haben wir im „Vorwärts“, — abgemahnt haben unsere Genossen und Organe fast überall, während Herr Eugen Richter den gelbprohigen Prinzipalen, welche die Buchdrucker planmäßig in den Streik hinein-treiben wollten, nach Kräften behilflich war und den verhassten Arbeitern gewohntermaßen in die Waden fuhr. Als die Buchdrucker — denen keine andere Wahl blieb, wenn sie ihre Organisation nicht selbst zerstören und in die Gewalt der Herren Prinzipale geben wollten — sich zum Aufnehmen des Handschubes entschlossen und in den Streik gingen, da schwanden für uns selbstverständlich alle Bedenken: Die Buchdrucker kämpften für eine gute und gerechte Sache — sie waren nicht leichtsinnig in den Kampf gegangen, sondern nach reiflicher Erwägung und in Rothwehr — und wir traten mit aller Kraft für die gute und gerechte Sache ein. Herr Eugen Richter aber schimpfte pflichtschuldig weiter, fuhr den Buchdruckern pflichtschuldig in die Waden und denunzirte sie zur Abwechslung pflichtschuldig der hohen Staatsregierung. Das ist die Wahrheit und sie soll Herrn Eugen Richter weder vergessen noch geschenkt werden.

**Um die Ehre des Wahlkreises Ottensen-Pinneberg**, der in unserem Genossen Mollenbuh einen waderen Vertreter im Reichstage besitzt, zu retten, traten am Sonntag eine Anzahl Vertrauensmänner des die Kartellparteien umfassenden nationalen Vereins dieses Wahlkreises in Elmshorn zusammen. Mit den Freisinnigen wollen sie in Verbindung treten, um bei den nächsten Wahlen den Wahlkreis zurück zu erobern. Da nur up! sagt der Hamburger. Der Wahlkreis wird seine Ehre besser zu wahren wissen, als daß er sie nochmals dem schmählichen und gewissenlosen Treiben der Kartellbrüder preisgeben wird, denen um einen Zipfel der Macht zu erhaschen, alles, Vaterland, Freiheit, Recht, Gewissen und Gemüth, feil ist. Das Volk hat längst seinen Stab gebrochen über das Zubaltherthum Bismarck's.

**Das neue Schweizer Auslieferungsgesetz**, welches soeben die Zustimmung des Nationalrats, wenn auch gegen eine starke Minorität, erhalten hat, ist von sehr fragwürdigem Werth. Die wichtigste Bestimmung enthält Artikel 10, welcher die politischen Verbrechen und Vergehen betrifft. Wegen solcher wird die Auslieferung nicht bewilligt, mit Ausnahme der Fälle, in denen die Handlung, um deren willen die Auslieferung verlangt wird, obgleich der Thäter einen politischen Beweggrund oder Zweck vor-schützt, vorwiegend den Charakter eines gemeinen Verbrechens im einzelnen Falle nach seinem Ermessen über die Natur der strafbaren Handlung auf Grund des Thatbestandes. Wenn die Auslieferung bewilligt wird, so stellt der Bundesrath die Bedingung, daß der Auszuliefernde weder wegen eines politischen Verbrechens noch wegen seines politischen Beweggrundes oder Zweckes bestraft werden dürfe.

Das sind durchaus ungenügende Bürgschaften. Reaktionen Regierungen haben die Gewohnheit, politische Vergehen zu gemeinen Verbrechen zu stampeln. Die deutschen Flüchtlinge von 1848 und 1849 wurden in den meisten Fällen wegen Mordes, Kassentrabes, und ähnlicher gemeinen Verbrechen verfolgt. Und die russische Regierung, die jetzt bei Auslieferungen am meisten in Frage kommt, hat eine wahre Virtuosität darin, ihre politischen Gegner mit gemeinen Verbrechen zu belasten. Vor etwa 15 Jahren wurde der Nihilist Retschajeff, der in Rußland einen Gendarmen verwundet und einen Spion getödtet hatte, als gemeiner Verbrecher von der Schweiz ausgeliefert, was seiner Zeit einen Sturm der Entrüstung hervorrief. Der Bundesrath entschuldigte sich nachträglich damit, daß die Aktenstücke, welche die russische Regierung vorgelegt hatte, um Retschajeff's Verbrechercharakter zu beweisen, unansechtbar gewesen seien. Nun — derartige Aktenstücke sind immer unansechtbar — das Papier ist geduldig. Und was nützt die Bedingung, daß der Ausgelieferte nicht wegen politischer Vergehen

„Ja, das habe ich freilich gedacht.“

„Dieser Mann gehört jedensfalls in die Zeit der alten Römer,“ bemerkte der Schriftsteller lächelnd.

„Ein ganzer Napoleon,“ sagte ich „hnen“, fügte Niemer hinzu, „der alte Napoleon nämlich, und Schneider verehrt denselben dermaßen, daß er alle Anreden des Kaisers an seine Truppen auswendig kann. Wenn ich gar nichts mehr mit ihm anzufangen weiß, dann ziehe ich Vergleichs zwischen ihm und dem Kaiser Napoleon, und dann wird er gefügig wie ein Ohrwurmchen, obwohl er sich sagen sollte, daß er zwar ein sehr fester und auch verständiger Mann, aber ohne höheren Gedankenflug ist. So merkt er sich zum Beispiel alle Listen und Finten, die in sein Fach einschlagen, aber neue erfindet er nicht, da muß ich allemal herhalten mit meinem bischen Genie. Trotzdem nehme ich ihn immer mit, weil er mich am besten unterstützt. Und dadurch ist er auch zum Theil zu seiner Berühmtheit gekommen, denn das muß Du doch zugehen, Schneider, daß Du das große Genie eigentlich nicht bist, für das man Dich aus-schreit?“

„Das große Genie bin ich freilich nicht.“

„Sie entschuldigen, meine Herren,“ rief unser junger Bekannter, indem er sein Glas leerte und aufstand, „ich glaube, es ist die höchste Zeit, daß wir von hier ausbrechen, wenn wir noch in jenen hohen Hallen Einlaß finden wollen.“

„Es ist nur wegen des Hausmanns,“ der vielleicht im besten Schlafes geweckt würde, sonst ist das Hineinkommen dort jederzeit leichter und sicherer, als das Herauskommen. Wenn es Ihnen also gefällig ist, wollen wir gehen.“

In der That verursachte der Eintritt in das Haus Niemandem eine Unbequemlichkeit. Nur oben beim Wachtmeister dauerte es ein ziemliches Weilchen, bis sich die Leute aus den Armen des ersten Schlafes wanden und dem nächtlichen Besuch die Thür öffneten.

**Erstes Kapitel.**

Die geschlossene Gesellschaft.  
Der freundliche Leser würde uns gewiß ärgern, wollten wir, gleich den beiden Gerichtsdienern, an der Pforte umkehren,

bestraft werden darf, sondern bloß wegen der gemeinen, un-berentwillen er ausgeliefert worden? In diesen „gemeinen Verbrechen“ sind ja die politischen enthalten. Der ausgelieferte Retschajeff wurde in Rußland nicht als Nihilist und politischer Verbrecher verurtheilt — behüte! — man schickte ihn auf Lebenszeit als gemeinen Mörder in die Bergwerke des Ural, wo er inzwischen gestorben ist.

Und Aehnliches kann auch unter dem neuen Auslieferungungsvertrag geschehen. Es wäre gut, wenn derselbe einer Urabstimmung unterworfen, und vom schweizerischen Volk zurückgewiesen würde. Mag der Bundesrath einen besseren Vertrag ausarbeiten! Sonst ist das Asylrecht der Schweiz ein reiner Spott! —

**Zur Skandalzene im französischen Abgeordneten-**hause wird uns aus Paris unterm 20. d. M. geschrieben: Wie so oft im öffentlichen Leben, hat es sich auch gestern wieder gezeigt, daß Macht vor Recht geht. Wer die Macht besitzt, kann ungestraft das Ungeheuerlichste begehen. Ungestraft? Noch schlimmer als das: unter dem Beifall all Derer, die von und aus dieser Macht mittelbar oder unmittelbar Nutzen ziehen. Die Skandalgeschichte, die sich in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses abgespielt, ist dem Leser sicherlich schon zur Genüge aus den telegraphischen Nachrichten bekannt. Würde es sich also bloß um diese selbst handeln, wäre jedes Wort überflüssig. Etwas anderes ist es aber mit der Beurtheilung dieser Skandalzene. Wer die heute erschienenen Blätter zur Hand nimmt, findet — mit Ausnahme der zwei, drei boulangistischen — fast kein einziges, das den unerhörten Fall, daß ein Minister ein Mitglied des Parlaments ohrfeigt und noch dazu im Hause selbst, gebührend verurtheilt. „L'Estafette“, das Organ Jules Ferry's, bringt diesbezüglich einen Leitartikel mit der Ueberschrift: „Il a bien fait“ — „Er hat recht gethan“. Und dieses: Er hat recht gethan, recht gethan, einen Abgeordneten in öffentlicher Sitzung zu ohrfeigen, zieht sich fast ausnahmslos durch die ganze Presse der herrschenden Klasse. Einige machen sogar, den Namen des Abgeordneten Laur benützend, der wie Lor (das Gold) ausgesprochen wird, den Witz, daß Constances zum Finanzdirektor ernannt werden wird, „puisqu'il — krapper heißt sowohl schlagen als prägen — „puisqu'il s'entend si bien à frapper Laur“ — „weil er das Gold so gut zu prägen versteht“.

Man braucht wahrlich kein Freund der Boulangisten zu sein — und wer kein Zarenlecker, Deutschensprecher oder Antisemit ist, kann es kaum mit ihnen halten — um das Vorgehen des Ministers des Innern aufs Schärfste zu verdammen. Was würde dieselbe Presse aber dazu sagen, wenn irgend ein Abgeordneter einen Minister ohrfeigen würde? Sie fände sicherlich kein Wort, scharf genug, um einen solchen Frevel genügend zu brandmarken, keine Zichtigung stark genug, um eine solche Unthat weit zu machen. Warum findet sie aber im umgekehrten Fall nicht einmal ein Wort des Tadel's für den Minister? Weil Herr Laur ein Boulangist ist? Was aber diesem Abgeordneten geschah, könnte ja morgen ebenso gut einem sozialistischen Abgeordneten geschehen, die ja bekanntlich auch nicht gut auf Herrn Constances zu sprechen sind. Allerdings würden diese nicht so feige wie Laur gewesen sein, der nachträglich erst bei Rochefort telegraphisch anfragte, wie er dem Minister beikommen soll, sondern sie hätten ihn, der zuerst die Hallen der Gesetgebung entweicht hat, die Backenstreiche auf der Stelle doppelt heimgezahlt.

Allerdings ist Herr Constances in öffentlicher Sitzung beleidigt worden; aber dafür giebt es Strafen, die im Reglement des Abgeordnetenhauses verzeichnet sind. Und wenn der Minister des Innern gar so zart besaitet ist, gar so seine Nerven besitzt, daß er außer sich geräth, weil ihm ein Abgeordneter von der Tribüne aus sagt, daß er ein von der öffentlichen Meinung Gebrandmarkter ist, dann kann und darf er sich nicht monatelang von einem Blatte Tag für Tag aller nur denkbaren Schändlichkeiten zeihen lassen, wie dies der „Intransigant“ gethan und noch thut, ohne dieses Blatt vor dem ordentlichen Gerichte zur Rechenschaft zu ziehen. Glaubte er sich aber zu erlauben über diese Angriffe, dann dürfte er noch weniger in Parlamente gegen die Worte Laur's thätlich reagieren, weil da der Präsident des Hauses zu seinem Schutze ist, der mit dem Reglement in der Hand jede Ausschreitung eines Abgeordneten gleich zu ahnden weiß.

ohne einen Blick auf die Räume und auf die Gesellschaft zu werfen, die uns seit unserem ersten Kapitel nicht mehr fremd sind. Die Bewohner sind allem Anscheine nach bereits in tiefem Schlafe, denn Alles erscheint finster und still. Das Konversationszimmer ist leer, im Spielzimmer liegen die gewöhnlichen Bewohner: Frank und der Advokat Streit, im tiefsten Schlummer und werden weder durch das Geräusch der Thüre, noch durch das Licht der Lampe geweckt, mit welchem der Wachtmeister, der jetzt im langen Schlafrocke und mit halbgeschlossenen Augen dahinschwandelt, seinem neuen Pflegebefohlenen vorankuchelt. Angelangt im Meditationzimmer, deutet der Wachtmeister auf zwei Bettstellen mit Strohmattzen und Stroh-Kopfkissen, und bemerkt:

„Hier sind noch zwei leere Betten, benötigen Sie davon, welches Sie wollen; meine Frau wird gleich die Decken bringen.“

„Sehr einfach, sehr spartanisch,“ erwiderte der junge Mann; „gut, daß ich nicht verdoht bin. Aber so viel Diogenes bin ich doch nicht, daß ich nicht das Bettuch vermittle.“

„Sprechen Sie morgen darüber mit meiner Frau, für heute Nacht müssen Sie sich behelfen,“ entschied der Bestrengte.

Inzwischen kam auch schon die Frau Wachtmeisterin mit der Decke, die sie auf der einen Matratze ausbreitete, worauf sie sich mit einer „guten Nacht“ entfernte; ein Beispiel, das von dem Herrn Gemahl alsbald nachgeahmt wurde. Im dritten Bette, welches noch im Zimmer stand, lag Jemand, der die Decke bis übers Ohr gezogen hatte und kaum durch einen Athemzug sich von einem Todten unterschied.

Der Wachtmeister hatte die Lampe mit sich genommen; tiefe Dunkelheit umgab deshalb den Ankommling. Er hörte noch die Thüren öffnen und zumachen, dann ein freischendes Schließen der äußeren Thüre des Konversationszimmers und dann war Alles wieder still wie im Grabe.

(Fortsetzung folgt.)

Von welcher Seite man daher auch das Vorgehen des Ministers des Innern betrachte, bleibt es ein verdammenwertiges. Die Boulangeristen selber haben allerdings kein Recht, es zu verurteilen; denn während des Boulanger-Kommunismus, als sie sich schon nahe der Macht näherten, haben sie überall, wo sie die Mehrheit bildeten, sich gleich Vanditen benommen, die Joden, der ihnen in den Weg kam, jämmerlich verhauchten. Dies entschuldigt aber keineswegs das höchst brutale Vorgehen des Ministers. Und schließlich sind Ohrfeigen keine Antwort; noch weniger aber eine Reinigung von Anschuldingungen des „Intransiganten“, auf den ja die Ohrfeigen eigentlich gemünzt waren. —

Was wir über die „anarchistische“ Bombenverschwörung von Walsall in der vorgestrigen Nummer schreiben, findet in dem gegenwärtig zur Verhandlung stehenden Prozeß gegen die sechs wegen geschwüdrigen Besitzes von Sprengstoffen Angeklagten seine Bestätigung. In der gestrigen Verhandlung wurde das Geständnis eines der „Anarchisten“ verlesen, in welchem die fünf anderen Angeklagten des anarchischen Treibens beschuldigt werden und behauptet wird, die von ihnen verfertigten Bomben seien für das Ausland bestimmt gewesen. Hier, wie in so vielen ähnlichen Fällen, stellt es sich heraus, daß es sich um eine Lockspiegel-Angelegenheit handelt, der eine Anzahl leichtgläubiger und verworrenen Köpfe zum Opfer fallen. —

Die nichtswürdigen und albernen Lügen, die in der ausländischen namentlich französischen Presse verbreitet werden, und gegen die sich ein, vom Leipziger „Wähler“ teilweise veröffentlichter Brief Liebfrechts an einen französischen Freund richtet, finden sich gesammelt in dem vornehmsten Pariser Skandalblatt, dem „Figaro“, dem zynischsten Vertreter des Kapitalismus. Und da man die Korrespondenten des Blattes kennt, so ist man auch in der Lage, ihre Spuren zu verfolgen. Diese führen denn auch, mit der Deutlichkeit von Tierfährten in frisch gefallenem Schnee, zu den sauberen Gewährleuten der sauberen Herren. Und da treffen wir denn lauter alte Bekannte: den Herrn Oberwinder vom Stöder'schen „Volk“, einige andere Adjutanten des Herrn Stöder, und die Wiederwänner, welche das hiesige Klatschblatt der „Unabhängigen“, die Londoner „Autonomie“, das Amsterdamer „Recht für Alle“ und andere Organe des Antisemitismus und Mundradikalismus mit geistiger Speise versorgen. Es ist dies ebenso charakteristisch und ehrenvoll für die sauberen „Figaro“-Herren wie für die gleich sauberen Gewährleute. Wir machten schon vor dem Erfurter Kongreß auf das Treiben und die Verbindungen des undefinierbaren „Wyzewa“ vom „Figaro“ aufmerksam — seit dem Kongreß ist er rückhaltloser „Oppositions“-Liebhaber, jedoch ein etwas indiskreter, insofern er das ganze Verhältnis aller Welt auf die Nase hängt. In der letzten Nummer des „Socialiste“ sind die „Wyzewa“ und Konsorten gebührend an den Pranger gestellt. Und wenn wir in der Sache erwähnten, so geschieht es nicht, um die Lieferanten der französischen Skandal-Bourgeoisie zu kennzeichnen — das wäre ein überflüssiges Beginnen — sondern um unseren französischen Freunden zu zeigen, aus welchen Quellen die Verleumdungen der deutschen Sozialdemokratie ihre Information schöpfen, und welcher Handlungs- und Bundesgenossen sich die Bourgeoisie in ihrem Verzweiflungskampf gegen das siegreich vordringende Proletariat bedient. —

## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

154. Sitzung vom 22. Januar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats von Marschall, von Kottenburg.

Auf der Tagesordnung steht die erste und eventuell zweite Beratung des Handelsvertrages mit der Schweiz. Staatssekretär v. Marschall: Der vorliegende Vertrag schließt sich an die Handelsverträge, welche vor Weihnachten vom Reichstage angenommen sind. In der Polemik über den Werth der Handelsverträge überhaupt ist seitens der Gegner immer nur von den Vortheilen gesprochen worden, welche wir möglicher Weise von den Verträgen haben könnten, nicht aber von den drohenden Nachtheilen, welche dadurch abgewendet werden. Letzteres ist aber die Hauptsache. Mit unserer Schutzollpolitik haben wir den einheimischen Markt gesichert; es handelt sich aber auch darum, unsere Exportinteressen zu wahren, und zwar besser als durch die Meistbegünstigung. Bestehen nirgends Tarifverträge oder treten die bestehenden außer Kraft, so hat die Meistbegünstigung ja gar keinen Inhalt. Die Schweiz hat seit 1861 eine ganze Reihe von Tarifverträgen abgeschlossen, und alle die Vortheile daraus sind uns wie eine reife Frucht in den Schooß gefallen; wir dagegen haben in derselben Zeit unsere Zollnovellen erlassen, welche sich ganz wesentlich auch gegen die Schweiz gerichtet haben. Der Konventionaltarif der Schweiz hört aber am 1. Februar auf und damit auch unsere Vortheile aus der bisherigen Meistbegünstigung. Der neue schweizerische Generaltarif von 1891 würde unsere Ausführ außerordentlich hart treffen, und wir würden darauf der Schweiz keinen Vorwurf machen können. Hier liegt also ein Verhältnis vor, das uns nicht veranlassen konnte, die Hände in den Schooß zu legen. Lassen wir übrigens den alten Vertrag fortbestehen, so würden manche Gegner des neuen Vertrages erst recht unzufrieden sein. Das Deutsche Reich ist aber nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich stark, und keineswegs hat um jeden Preis ein Zollkrieg mit der Schweiz vermieden werden sollen. Aber warum leichten Herzens mit einem Lande, mit dem wir seit Jahrzehnten in guten Beziehungen gestanden haben, und das für 200 Millionen Mark deutscher Erzeugnisse jährlich aufnimmt, Streit vom Zaun brechen und einen Zollkrieg beginnen? Ein gerechter Anlaß dazu würde nur vorliegen, wenn die Schweiz unsere Anträge und Anregung ohne Grund zurückwies. Das ist aber nicht der Fall gewesen. In der Presse ist vorzüglich darauf hingewiesen worden, daß die schweizerische Zollföhr nach dem Vertrage vielfach höher ist als die deutsche. Es liegt das an dem Umstande, daß die Schweiz in dem Handelsverträge mit Frankreich 1862 gegen französische Konzessionen erhebliche Gegenkonzessionen gemacht hat, auf die wir doch unmöglich Anspruch machen können, da wir jene Konzessionen in dem Umfange, wie Frankreich 1862 es that, nicht gemacht haben. Es ist widersinnig, wenn von unseren Schutzöllnern der Vorwurf erhoben wird, daß wir nicht genug Konzessionen von der Schweiz erlangt haben. Die Streitigkeiten über alten und neuen Kurs sind müßig; die verhandelten Regierungen werden den-

jenigen Kurs innehalten, der auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik dem nationalen Interesse entspricht.

Abg. Graf Kanitz (Dt.): Die Ausführungen des Staatssekretärs über den schweizerischen Generaltarif kam ich nicht ganz unterschreiben. Wenn auch die Handelsverträge nicht zum Freihandel führen, so ist es doch ein bedeutender Umschwung, den sie bewirken, denn sie beschränken unsere Aktionsfreiheit ganz erheblich. Prinzipielle Bedenken gegen diesen Umschwung habe ich nicht, aber die Art der Durchführung ist das Bedenkliche. Ein anderer wichtiger Umstand ist die Frage der Differenzialzölle. Die Konzessionen, welche wir Oesterreich und Italien gemacht haben, fallen Dänemark, Norwegen, Schweden und Amerika ohne jede Gegenleistung in den Schooß. Das verschlechtert unsere Situation gerade Rußland und Rumänien gegenüber. Ferner sind die in den Verträgen vereinbarten Zollsätze für Deutschland nicht besonders günstige. Das gilt ganz hervorragend von dem schweizerischen Handelsvertrage. Der schweizerische Zollsatz für Gold- und Silberwaaren betrug bisher 30 %; der neue Generaltarif hat 300 % angesetzt, welche uns großmüthig auf 200 % ermäßigt worden sind. So treibt die Schweiz Zollpolitik. Es ist wohl selten vorgekommen, daß ein wirtschaftlich weit stärkerer Staat in einem Vertrage so sehr den Kürzeren gezogen hat. Fast alle Industriellen verurtheilen einmüthig diesen Vertrag, so vor allem die Baumwoll-Industriellen. (Medner führt dies im einzelnen aus.) In dem Vertrage liegt eine tiefgehende Schädigung unserer Industrie, gerade so wie die anderen Verträge unsere Landwirtschaft geschädigt haben. Ich kann auch diesem Vertrage nicht zustimmen. (Beifall rechts.)

Abg. Vamberger (dfr.): Die Betrachtungen des Grafen Kanitz sind dieselben gewesen, wie er sie schon vor den Ferien zum Westen gegeben hat. Die einzige neue Behauptung, daß die deutsche Industrie den Vertrag einmüthig verurtheilt, ist zwar neu, aber nicht richtig. Von der Textil-, der Eisen-, der chemischen Industrie ist diese Klage nicht erhoben worden. Auch ist es ein Ueberschuss, unsere so kräftig entwickelte, durch Fleiß und Gewissenhaftigkeit, Thätigkeit und Tüchtigkeit so ausgezeichnete Industrie, als ob sie des Schutzes bedürftig, so schwach und hilflos zu schildern, daß sie durch diesen Tarifvertrag dem Ruin entgegengedrückt werde. Graf Kanitz steht auf dem Standpunkte des gänzlich autonomen Tarifs, der nach meiner Meinung nicht zum Heil des Reiches gelangen kann, auch zu Zeiten der Bismarckschen Handelspolitik nie getheilt wurde, wenigstens nicht in der Theorie. Deshalb haben wir in jener Ära Handelsverträge abgeschlossen, die allerdings immer inhaltsloser und zuletzt bloße Meistbegünstigungsverträge wurden. Die gegen den schweizerischen Vertrag erhobenen Bedenken gehen nach beiden Seiten, einmal sollen zu viel Konzessionen gemacht, andererseits zu wenig Konzessionen erreicht worden sein. Ich kann mich aus beiden Rücksichten nicht entschließen, dem Vertrag feindselig entgegenzutreten. Natürlich ist es und tritt überall hervor, daß jeder Interessent sich zu Gunsten des anderen überwiegt glaubt. Zu bedauern sind also vor allem die Unterhändler auf beiden Seiten, sie konnten es nicht Allen recht machen und wurden, was sie auch thaten, von Allen angegriffen. Die Darlegungen der Baumwollspinner kennen wir auch schon aus dem Jahre 1879, wo Herr v. Barnbüler der Hauptwortführer war. Trotz aller damaligen Voraussetzungen hat sich die Feinspinnerei nicht entwickelt, jedenfalls nicht sich von Auslande unabhängig machen können. So wenig wie seit 1879, so wenig wird die Feinspinnerei dies in den nächsten 10 oder 12 Jahren leisten, es ist das eben undurchführbar. Ueberdies tritt die Ausfuhr an Gespinnsten ganz ungemein hinter diejenigen von Erzeugnissen der Textilindustrie zurück. Gewisse schutzöllnerische Handelskammern greifen allerdings sogar die Erleichterungen des Veredelungsverfahrens heftig an; in einer solchen Eingabe wird sogar von dem „vielbelagerten“ Veredelungsverfahren gesprochen! Der Vorschlag eines Zollkrieges ist wirklich nicht recht begründet einem Staate gegenüber, mit dem wir seit 1815 in Frieden leben; ein solches Verfahren Deutschlands gerade der Schweiz gegenüber trägt etwas besonders Gefährliches in sich. Die Zollkriege haben zu keiner Zeit Segen gebracht; auch hier pleocantur Achivi. Das soll man nicht zu Gunsten einiger Baumwollendünge heraufbeschwören. Man braucht ja bloß auf das Ergebnis des Zollkrieges zwischen Italien und Frankreich zu blicken. Ich hoffe, daß, wie in etwa 10 Jahren die früher freihändlerischen Konservativen sich zu Schutzöllnern verwandelten, in den nächsten 10 Jahren eine Wandlung in der anderen Richtung eintreten wird. (Beifall und Weisfall.)

Abg. v. Stamm (Rp.): Wenn wir der Schweiz etwas verdanken in dem Vertrage, dann ist das nicht dem Freihandel, sondern dem Schutzzoll zu verdanken. (Widerpruch links.) Wenn die ganze Industrie zum Freihandel übergeht, können wir allerdings die Sache auch mitmachen, für die Eisenindustrie unterschreibe ich das ohne weiteres; aber für Deutschland, im Herzen Europas, von Schutzöllnstaaten eingeschlossen und nur nach Norden gegen England offen, ist dieses System unmöglich. Die Eisenindustrie hat sich gegen den Vertrag nicht vernehmen lassen, weil sie von demselben kaum berührt wird, dasselbe gilt von den beiden anderen Industrien, die Herr Vamberger angeführt hat; man kann also dem Grafen Kanitz nicht Unrecht geben. Die Baumwollspinner müssen über die Herabsetzung des Zollsatzes für seine einträchtige Garne über Nr. 60 englisch von 30 und 31 auf 24 % beunruhigt sein. Der Hauptsturm richtet sich gegen den Umstand, daß 11 ermäßigte Positionen im schweizerischen Tarif über 100 Zollerhöhungen gegen den jetzigen Zustand gegenüberliegen. Die Erregung darüber kann doch Niemand wundern. Trotz dieser Umstände verwerfe ich den Vertrag nicht. Die Aktion der Regierung der Schweiz gegenüber würde dann so geschwächt sein, daß aus ein Resultat überhaupt nicht mehr zu rechnen wäre. Andererseits behalten wir ja die Aussicht, daß durch die Verhandlungen der Schweiz mit Frankreich uns noch weitere Vortheile durch die Meistbegünstigung erwachsen. Auch stimme ich für den Vertrag, um endlich Ruhe für die Industrie zu schaffen, um den Beunruhigungsballon, vor allem auch in der Presse, meinerseits mit Verneigungen zu helfen.

Abgeordneter von Vennigen (nationalliberal): Ich hatte zuerst geglaubt, daß eine kommissarische Beratung der Vorlage allen Beteiligten nur förderlich sein könnte; jetzt aber, so kurz vor dem 1. Februar, ist das nicht mehr thöricht. Einzelne Bedenken sind allerdings hervorgetreten, die sich nicht recht im Plenum aufklären lassen, und für die sich eine freie Kommission vielleicht zusammenfinden möchte; dabei ist aber vorausgesetzt, daß die Regierung zu dieser Gruppe Vertreter sendet. Ich bin von meiner Fraktion angefordert, diesen Gedanken auszuregen. Ueber Auslegung und Anwendung der Bestimmungen hinsichtlich des Veredelungsverkehrs und der Verzollung nach dem Bruttogewicht bestehen derartige Zweifel. Was sonst den Vertrag angeht, so kann von der Schweiz doch wirklich nicht verlangt werden, daß sie von allen Seiten von schutzöllnerischen Staaten eingeschlossen, immer den Freihandel anrecht erhält. Den Verkehr mit der Schweiz zu pflegen und zu erleichtern, muß Deutschland sich schon in Anbetracht der Höhe des Exports anlegen sein lassen. Wir haben nach der Schweiz Erzeugnisse im Werthe von 180, die Schweiz nach Deutschland Erzeugnisse im Werthe von 177 Millionen Mark eingeführt. Aber der Export der Schweiz nach Deutschland beträgt fast 1/4 des ganzen schweizerischen Exports, ihr Interesse an der Pflege der Verkehrsbeziehungen ist daher viel größer als das unsrige. Das Recht, ihre autonomen Tarife zu erhöhen, kann aber der Schweiz nicht abgesprochen werden; mit Drohungen und Pressionsmitteln dagegen vorzugehen, halte ich nicht für angebracht. Wir haben speziell nichts zu thun, was die Schweiz wirtschaftlich oder politisch in die Arme Frankreichs treiben würde. Am Schlusse seiner Rede spricht Medner seine besondere Freude über den Abschluß dieses Systems von Handelsverträgen aus, welches ein Hauptbedürfnis der deutsch-politischen der jüngsten Zeit sei. Daß Deutschland 1879 die Schutzzölln-Aera eingeleitet habe, sei nicht als eine historische Legende, denn lange vor 1879 hätten

Rußland, Italien, Oesterreich Schutzöllle eingeführt; nur in Frankreich sei erst 1891 der schutzöllnerische Tarif zu Stande gekommen. Aber allerdings hat Deutschland durch seine Entscheidung in diesem Sinne der ganzen Bewegung einen gewissen Stempel aufgedrückt. Das Aufhören des wirtschaftlichen Kampfes würde vielleicht auch für die Weiterentwicklung der liberalen Parteien von großem Vortheil sein. Es könnten doch Zeiten kommen, wo sich jetzt bekämpfende Parteien wieder gemeinsam zusammenschließen können, ja müssen, auf einem Gebiet, das nicht nothwendig auf materiellem Gebiet zu liegen braucht. Solche Annäherungen würden auch eine Befundung unserer Parteiverhältnisse überhaupt nach sich ziehen. Was die Getreidezölle anbelangt, so habe ich, der ich nur für die Hälfte des ursprünglichen Satzes von 1879 gestimmt habe, den Wunsch auszusprechen, daß auch in dieser Beziehung die Parteien in ihren Bestrebungen auf weitere Herabminderung sich eine gewisse Resignation auferlegten. Schutzöllle auf Getreide sind heute anders zu beurtheilen als früher, wo die Landwirtschaft unter ganz anderen Verhältnissen lebte. Durch die totale Veränderung aller Verkehrs- und Produktionsverhältnisse ist die Landwirtschaft in eine schwere Krise gerathen, die die ganze Aufmerksamkeit des Staates herausfordert und mit den Schutzölllen bekämpft worden ist. (Beifall links.)

Um 5 1/2 Uhr wird die weitere Beratung auf Sonntagabend 1 Uhr vertagt.

## Parteinachrichten.

Zur Warnung. Der in der deutschen sozialdemokratischen Presse und speziell auch im „Vorwärts“ schon wiederholt als Schwindler und Kassenrunder gebrandmarkter Zigarettenfabrikant Emil Krampka scheint den deutschen Boden nach und nach zu heiß gefunden zu haben, denn er sucht nun seine Deutelschneiderei im Auslande fortzusetzen. So wird uns aus Rotterdam in Holland berichtet, daß sich dort Krampka bei den Genossen um Unterstützung bewahrt, indem er erzählt, er sei in Deutschland wegen Majestätsbeleidigung stöbernd verfolgt und es stände ihm bei der Rückkehr eine schwere Gefängnisstrafe in Aussicht. An diesen Angaben ist kein wahres Wort; wir können unsere im Auslande lebenden Genossen nur auf das Dringendste vor jenem Erbschwindler warnen.

Ein Kreisstag der Sozialdemokratie der Mansfelder Bezirke findet am 14. Februar in Eisleben statt. Die gewaltthätigen Bemühungen der „Ordnungs“-Parteien, die gesegneten Gesilde ihres Machtbereichs vor dem Ansturm der sozialdemokratischen Horden zu schützen, haben gerade das Gegentheil des Erhofften zur Folge gehabt. Die Zahl unserer Anhänger ist so gewachsen, daß die Schaffung einer geeigneten Organisation der Mansfelder Sozialdemokratie nothwendig wurde. Der Kreisstag ist zu diesem Zwecke einberufen.

In Fahr errang die Sozialdemokratie bei den Stadtverordneten-Wahlen zum ersten Mal einen Sieg. Es wurden zwei unserer Kandidaten gewählt.

Im Sonneberger Gemeinderath beantragte der sozialdemokratische Stadtverordnete Wehder die Aufhebung des Schulgeldes. Der Gemeinderath beharrte den Antrag sehr eingehend, und da das Budget seiner Meinung nach die völlige Aufhebung des Schulgeldes noch nicht zuläßt, so dehnte er die Verteilung vom Schulgeld wenigstens auf drei weitere Steuerstufen und zwar bis zu 900 M. Einkommen aus.

In Gera hat der nationalliberale Stadtrath Schneider, der bei der letzten Gemeinderathswahl sich zu Ungunsten des freistimmigen Redakteurs und Landtags-Abgeordneten J. F. J. um 96 Stimmen verlor, sein Amt „aus Gesundheitsrücksichten“ niedergelegt.

Anschluß der Buchdrucker an die Sozialdemokratie ist weiter zu berichten aus Magdeburg.

Der sozialdemokratische Verein des dritten Hamburger Wahlkreises erzielte im Jahre 1891 eine Einnahme von 22 910,80 M., der eine Ausgabe von 19 335,49 M. gegenübersteht. Es verbleibt somit ein Kassendefizit von 3575,31 M.

Aus Friedberg in Hessen wird mitgetheilt, daß die Antisemiten Alles mögliche versuchen, um unseren Parteigenossen Fröh Schmidt geschäftlich zu ruinieren. Sie haben ihn durch Verbreitung allerhand Klatsches denn auch schon Schaden genug zugefügt, da er seine Kundschaft vornehmlich unter Bauern und Beamten, also unter Bevölkerungsklassen hat, die in jenem Distrikt den antisemitischen Demagogen noch glauben schenken. In erster Linie ist es der „Reichsherald“, das Blatt Wabers, welches diesem skandalösen Treiben obliegt. Trotzdem Bökkel Reichstags-Abgeordneter ist und schon aus Rücksicht auf die Würde seines Mandats dafür sorgen müßte, daß sein Blatt leiblich wahr schreibt, bringt dasselbe unbedenkliche Angriffe der niedrigsten Art gegen Schmidt und unsere Partei. Natürlich spielt unter denselben der alte Schwindel, unsere Partei sei verübelt, auch seine Rolle. Es läßt sich danach ermesen, was für ein Zeitalter der Schande über Deutschland heraufziehen müßte, wenn die Antisemiten Dummheit genug fänden, die ihnen zur Herrschaft verhelfen würden. Nicht das Auge im Kopfe würde diese Verleumdungen dem politischen Gegner gönnen.

### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

In Chemnitz waren mehrere Parteigenossen, welche gelegentlich der Maiseier an „unerlaubten“ Geldsammlungen betheiligt gewesen sein sollten, von Polizei-Amt zu je 30 M. Geldstrafe verurtheilt worden. Schöffen- und Landgericht ermäßigten die Strafe, das Ober-Landgericht erkannte jedoch auf völlige Freisprechung. Die Kosten des Instanzweges bleiben außer Anschlag.

Vertrauensmann Ernst Hofang in Dessau hat 30 M. Strafe zu bezahlen, weil er einige Beamte durch folgende Aeußerung beleidigt haben soll: „Mein Schwager wurde vom Salzbergwerk Leopoldsdall zuerst wegen zu hohen Alters (er ist über 40 Jahre alt) zurückgewiesen, dann aber, als er auf den Rath einiger Beamten sein Alter niedriger angab, als Bergmann angenommen.“

Redakteur Feldmann vom „Proletarier“ tritt am 22. Januar seine Strafhaft an. Am 29. Januar hat er sich nach in Reichenbach wegen einer geringfügigen Uebertretung des Pressgesetzes zu verantworten. Ferner hat der Redakteur Groth von der Bielefelder „Volksmacht“ am 19. Januar um Gefängnis-Quartier bezogen, um eine einmonatige Gefängnisstrafe zu verbüßen.

Walther May, der Redakteur des Chemnitzer „Beobachters“, erklärt in einer Briefkasten-Notiz, daß die Nachricht von seiner Verhaftung wegen des Weihnachts-Artikels unwahr und in unserer Mittheilung über diese Angelegenheit nur das Richtige sei, daß nach dem Manuscript jenes Artikels gebauscht wurde. Die Nachricht war von einem uns wohlbekannten Chemnitzer Parteigenossen eingeleitet worden, der allerdings der Redaktion des „Beobachters“ nicht angehört, von dem aber vorausgesetzt werden durfte, daß er genau unterrichtet war.

Das Kreisgericht Davos (Graubünden) hat einen deutschen Schneider wegen seines „sozialistischen Sündenregisteres“ ausgewiesen. Nach der Züricher „Arbeiterstimme“ bestand das Vergehen des Mannes darin, daß er Leiter der Schneider-Gewerkschaft war. Demnach läge wieder ein Fall gewöhnlicher Klassenjustiz vor.

\*) Die Lügen der Wyzewa und Konsorten brauchen wir unseren Lesern nicht vorzuführen, da diese, wenn es sie interessiert, die ganze Citanei in den obengenannten Blättern vorfinden.

## Theater.

Sonnabend, den 23. Januar.  
**Opernhaus.** Die Africanerin.  
**Schauspielhaus.** Ariel Kostra.  
**Festung-Theater.** Das vierte Gebot.  
 Cavalleria rusticana.  
**Deutsches Theater.** Kollege  
 Crampton.  
**Berliner Theater.** Der Hütten-  
 besitzer.  
**Residenz-Theater.** Madame Mon-  
 godin. Vorher: Modebazar Violet.  
**Wallner-Theater.** König Krause.  
**Friedrich-Wilhelmstadt Theater.**  
 Das Sonntagskind.  
**Thomas-Theater.** Cacao.  
**Sallealliance-Theater.** Der Wein-  
 eid-Bauer.  
**Ostend-Theater.** Hamlet, Prinz von  
 Dänemark.  
**Adolph Ernst-Theater.** Der  
 Langtengel.  
**Alexanderplatz-Theater.** Schwarze  
 Brüder.  
**Fernpalast.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Gebrüder Richter's Variétés.** Spe-  
 zialitäten-Vorstellung.  
**Theater der Reichshallen.** Spe-  
 zialitäten-Vorstellung.  
**Winter-Garten.** Spezialitäten-Vor-  
 stellung.  
**Konkordia-Palast-Theater.** Spe-  
 zialitäten-Vorstellung.  
**Bausmann's Variétés.** Spezialitäten-  
 Vorstellung.  
**Eiskeller.** Theater und Spezialitäten  
 Vorstellung.

**Gratweil'sche  
 Bierhallen.**  
 Kommandantenstr. 77-79.  
 Heute sowie täglich:  
 Auftreten der  
**Hamburger Gandebrüder**  
 Konzert- und Coupletsänger.  
 Anfang Hochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags  
 6 Uhr. Entree: Hochentags 10 Pf.,  
 Sonntags 25 Pf.  
 Empfehle meinen berühmten Mittags-  
 Tisch à la Duval. 3 Kegelhähnen  
 6 Billards, 2 Säte. 1169L

**Etablissement Buggenhagen  
 am Moritzplatz.**  
 Täglich:  
**Unterhaltungs-Musik.**  
 Direction A. Ködman.  
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.  
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.  
 Spezial-Ausfucht von Pagenhofer  
 Export-Bier, Seidel 15 Pf.  
 641 F. Müller.

**Castan's Panopticum**  
 Friedrichstr. 165a, Ecke Behrenstr.  
**Neu:**  
**Die fliegende  
 Geigen-Fee.**  
 Lebend, ohne Extra-Entree. Neueste  
 musikalische Illusion. Vorstellungen:  
 12 Uhr u. 1 Uhr. - 4, 5, 6, 7, 8 und  
 9 Uhr Nachmittags.  
 Kolossal-Gruppe: Bauern-Aufstand!  
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.  
 Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Ab.

**Passage-  
 Panopticum.**  
 Leben große  
 Wachsfiguren und  
 Gruppen, Dioramen,  
 Sandstuh-Panorama  
 mit Gewitter.  
 Im Theater-Saal (ohne  
 Extra-Entree): Täglich  
 v. 8 Uhr ab Vorstellung  
 von Spezial. I. Rang.  
 Entree 50 Pf.

**Viel neue Spezialitäten.  
 La belle Irene,**  
 die tätowierte Amerikanerin in  
**Pränscher's anatomischem  
 Museum**  
 nur noch kurze Zeit Kommandantenstr.  
 Täglich für erwachsene Herren.  
 Dienstag und  
 Freitag für **Damen.**

**Wo speisen Sie?**  
 In der alt pommer-  
 schen Küche, Oran-  
 nienstr. 181, Hof pt.  
 bei Klein! Frühst.  
 80 Pf., Mittagstisch  
 mit Bier 60 Pf., Abendstisch von 80 bis  
 50 Pf. nach Auswahl. 1896B

Freunden und Bekannten empfehle  
 mein **Weiß- u. Saisischbier-Lokal**  
 früher Reichenbergerstraße  
 jetzt Püchlerstraße Nr. 7.  
 1090b) **Fritz Schalkke.**

**Martin Klein,**  
 Uhrmacher, 1476L  
**25 Neue Hochstr. 25**  
 empfiehlt sein Lager aller Arten  
**Band- und Taschenuhren.**  
 Reparaturen zu soliden Preisen.

**Circus Renz.**  
**Karlstraße.**  
 Sonnabend, den 23. Januar 1892,  
 Abends 7 1/2 Uhr:  
**Parade-Gala-Vorstellung.**  
 Zum 125. Male:  
**„Auf Helgoland“**  
 oder: Ebbe und Fluth.  
 Große hydrologische Ausstattungs-  
 Pantomime in 2 Abtheilungen mit  
 National-Tänzen (60 Damen), Auf-  
 zügen. Neue Einlage: **Die Garde-  
 Husaren.** Fernere Einlage: **Die  
 Mäuren u. Dampfsschiff- und Boot-  
 fahrten, Wasserfälle, Kiefernfontänen** mit  
 allerlei Lichteffekten etc., arrangirt und  
 inszenirt vom Direktor E. Renz. Außer-  
 dem: 4 hohe Schulen, ger. v. d. Damen  
 Fris. Clot. Hager, Oceana Renz, Vidal  
 u. Helga Hager. **6 irische Jagd-  
 pferde,** zus. dress. u. vorgef. v. Herrn  
 Franz Renz. Eine **Jahnenquadrille,**  
 ger. v. 16 Damen. 4 Gebr. Briatore,  
 Akrobaten. Sisters Lawrence a. N.  
 Trapez. Auftreten der vorzügl. Reit-  
 künstlerinnen u. Reitanfänger. Komische  
 Entrees etc.  
 Morgen, Sonntag: 2 Vorstellungen.  
 Nachmittags 4 Uhr (1 Kind frei). Auf-  
 vielf. Verlangen: **„Die Courisfen.“**  
 Abends 7 1/2 Uhr: **Auf Helgoland.**  
**E. Renz, Direktor.**

Empfehle mein **Vereinzimmer,**  
 20-40 Pers. fassend, auch als Jubiläum-  
 zu benutzen. **Fritz Sommer,**  
 1091b) Stallschreiberstraße 58.

**Vereinzimmer, 15 u. 50 Pers.**  
 fast zu vergeb. **Frida, Simeonstr. 28.**

**HOHENZOLLERN-GALERIE**  
 an der Molke-Brücke neben dem Lehrter Bahnhof.  
**Größtes historisches Rundgemälde.**  
 Brandenburg-Preussen von der Zeit des Grossen Kurfürsten bis zur  
 Gegenwart. 1917L.  
 Besichtigung 9 Uhr Vorm. bis 11 Uhr Abends. Die Direktion.  
 Eintritt bis 25. Januar 2 Mk.

**Freie Volksbühne.**  
 Morgen, Sonntag, Nachmittags 2 Uhr, findet im Bellealliance-Theater  
**für die II. Abtheilung (grüne Karten)**  
 die vierte Vorstellung im zweiten Vereinsjahr statt. Zur Aufführung kommt:  
**Nora,**  
 Schauspiel in drei Akten von Henrik Ibsen.  
 Das Ausloosen der Plätze beginnt wie immer um 1 Uhr und wird das  
 Theater 10 Minuten nach 2 Uhr geschlossen. 1092b  
 Dieselbe Vorstellung findet am 31. Januar für die III. Abtheilung  
 (braune Karten) statt.  
 Säulenanschlag erfolgt zu keiner der beiden Vorstellungen mehr und  
 wird in Zukunft almonatlich nur noch einmal, zur Erst-Aufführung jeden  
 Stüdes stattfinden.  
 Es wird deshalb gebeten, daß die Mitglieder sich die Spieltage merken.  
 Mitglieder der I. Abtheilung können gegen Nachzahlung von 50 Pf. die  
 Vorstellung sich noch einmal ansehen. Neue Mitglieder werden in den  
 Jahrestellen und im Theater aufgenommen.  
 Auch wird wiederholt bekannt gemacht, daß Kindern der Zutritt nicht  
 gestattet ist.  
**Der Vorstand.**

**Chausseestr. 88. Eiskeller. Chausseestr. 88.**  
 Sonnabend, den 23. Januar cr.,  
**Grosser Wiener Masken-Ball**  
 des Gesangsverein „Steinelle“. Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes.  
 Billets à 50 Pf. bei Hahn, Lindowstr. 17; Baath, Keffel-  
 straße 40, Hof 1 Tr.; Seyerich, Ackerstr. 53 (Restaurant). 163/18  
 Hierzu ladet ein **Das Komitee.**

**Arbeiter-Bildungsschule.**  
 Sonntag, den 24. Januar, Abends 6 Uhr:  
**Zwei große Versammlungen.**  
**Süd-Ost-Bezirk** in Schmiedel's Festsaal, Alte Jakobstr. 32. Vortrag  
 des Herrn Ledebour über: „Die deutschen Stämme und ihre Dialekte“.  
 Diskussion. Verschiedenes. Geselliges Beisammensein mit Tanz und Vorträgen  
 unter gefälliger Mitwirkung der Frau Palm.  
**Süd-Bezirk** im großen Saal der „Bockbrauerei“. Vortrag des Herrn Türk  
 über: „Sibirien“. Diskussion. Nachdem gefelliges Beisammensein und Tanz.  
 Gäste sind freundlichst eingeladen.  
 Den Schülern der Säbshule zur Nachricht, daß der Unterricht in  
 Deutsch III wieder am Sonnabend stattfindet. 431/11

**Kranken- und Sterbefälle der Hutmacher-Gesellen zu Berlin  
 (E. H. No. 67).**  
**General-Versammlung**  
 am Sonntag, den 24. Januar cr., Vormittags 10 Uhr,  
 im Lokale des Herrn Kruse, Pappel-Allee 3-4.  
 Tagesordnung:  
 1. Kassenbericht. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Wahl der Revisoren und  
 Krankenkassensche. 4. Verschiedenes. 1067b  
**J. A.: Otto Tschoppe, Fischerstr. 8.**

**Freireligiöse Gemeinde.**  
 Sonntag, Vormittags 10 1/4 Uhr, Rosenthalerstr. 33:  
 Vortrag von Frau  
**Henrich-Wilhelmi über: „Fenerbestattung“.**  
 Gäste sehr willkommen.

**Achtung! 4. Wahlkreis.**  
**Große P. Afs-Versammlung**  
 am Sonntag, den 24. Januar, Vormittags 10 1/2 Uhr,  
 im Böhmischem Brauhause, Landsberger Allee 11-13.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Max Schippel, über: Das  
 neue Programm der Partei. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
**Der Einberufer.** 301/14

**Circus G. Schumann.**  
**Friedrich-Karl-Platz, Ecke Karlstr.**  
 Der Zirkus ist geheißt.  
 Heute, Sonnabend, Abends 7 1/2 Uhr:  
**Große Clown- und Komiker-  
 Vorstellung.**  
 Wer sich amüsiren will, muß  
 heute kommen.  
 Besonders hervorzuheben: J. 1. Male  
**Reisende Künstler vor 30 Jahren,**  
 höchst komisches Entree des Clowns  
 Little Fred und seiner 3 Lehrlingen.  
**Pas de deux,** von Miss Adele u. Mr.  
 Jos. Hodgini. 3 fache Springfahr-  
 schule, ger. v. Herrn Ernst Schumann  
 Schulpsied „Albert“, ger. v. Frä.  
 Adele Schumann. **Doppel-Jockey,**  
 Mr. Jos. Hodgini u. Victor Bodini.  
**Parodie auf den engl. Jockey** v.  
 Clown Tanti. **Der imitirte Frosch,**  
 vorzügliche Kautschukproduktion von H.  
 v. Borgh. **Clown Tanti mit seiner  
 Großmutter zu Pferde,** höchst kom.  
 Szene. **Der eifersüchtige Schuster,**  
 sehr kom. Intermezzo von mehreren  
 Clowns der Gesellschaft.  
 Zum Schluß der Vorstellung:  
**Berliner Kinder im Sommer und Winter.**  
 Große Wasser- und Feuer-Pantomime  
 mit sensationellen Licht, Wasser- und  
 Feuer-Effekten, großem Ballet u. mili-  
 tärischen Evolutionen.  
 Sonntag Nachmittag 8 1/2 Uhr:  
**Extra arrangirte Kinder-Vorstellung.**  
 Preise f. Kinder Logenstg 1.50. Sperrstg  
 1 R. 1. Platz 60 Pf., 2. Pl. 40 Pf.,  
 3. Pl. 20 Pf.  
 Abends 7 1/2 Uhr: Große Vorstellung  
 mit neuem Programm: **Berliner Kinder  
 im Sommer und Winter.**

**10 Pfg.** Die heute erschienene **Zu haben**  
 pro Nummer und Woche. **Dr. 4** bei allen  
 Zeitungsvorkäufern  
 und  
 Trinkhallen.

**Berliner  
 Illustrierten  
 Zeitung**

enthält unter Anderem nachstehende Illustrationen:  
**Mordprozeß Mathus.**  
 Vollbild der Verhandlung. Portraits des Vorliegenden, des Staatsanwalts,  
 des Verteidigers und der Mörderin. - Ein Rendez-vous am Potsdamer  
 Platz. - Pastor Witte. - Eine Schullehrerin. - Hervorragende Per-  
 lichkeiten der Woche. - Ein Damen-Ringkampf.  
**Man abonniert**  
 auf die wöchentlich erscheinende „B. S. Z.“ für die Zeit von Mitte Januar cr.  
 bis 1. April cr. durch Einsendung von  
**Einer Mark**  
 in Briefmarken oder per Postanweisung an die  
**Expedition der Berliner Illustrierten Zeitung,**  
 Berlin W., Leipzigerstrasse 134.  
 Für Abonnement nach dem Auslande (Weltpostverein) sind 50 Pfg. mehr  
 einzufenden.

**Orts-Krankenkasse der Tischler und Pianoforte-Arbeiter.**  
 Die Mitglieder-Versammlungen betreffend die Aufstellung des  
 Delegirten eventuell Neuwahl derselben finden in folgenden Lokalen statt:  
 1. Bezirk des Kassirers Schulze II (früher Schüh): **Sonntag, den  
 24. Januar, Vormittags 10 Uhr, in „Habel's Brauerei“**, Bergmann-  
 straße. Zahl der zu wählenden Vertreter 42.  
 2. Bezirk des Kassirers Schrepffer: **Sonntag, den 31. Januar,**  
 Vormittags 10 Uhr, im „Eiskeller“, Chausseestrasse. Zahl der zu  
 wählenden Vertreter 46. Im Bezirk des Kassirers Schrepffer wählen die  
 freiwilligen Mitglieder, welche ihre Beiträge direkt im Kassenlokal bezahlen, mit.  
 Bei der hohen Wichtigkeit der Delegirtenwahl ist es Pflicht aller Mit-  
 glieder, sich recht zahlreich zu betheiligen.  
**Die Kommission.**

**Große öffentliche  
 Versammlung für Männer u. Frauen**  
 am Sonntag, den 24. Januar, Nachm. 4 Uhr, bei Knebel, Badstr. Nr. 58  
 Tages-Ordnung:  
 Vortrag: Aus Gegenwart und Zukunft. Ref.: Frau Henrich-Wilhelmi,  
 433/3  
**Der Einberufer: Paul Heitmann.**  
 Gemüthliches Beisammensein und Tanz.

**Buchbinder-Männerchor Berl.**  
 Alle Kollegen, Kolleginnen und Freunde des Vereins werden hiermit zu  
 dem am **Sonntag, den 24. Januar,** und von da ab bis auf Weiteres  
 alle vierzehn Tage in Feuerstein's Tunnel, Alte Jakobstr. 73, stattfindenden  
**geselligen Abend**  
 verbunden mit Tanz und Vorträgen freundlichst eingeladen. Anfang 6 Uhr.  
 439/8  
**Die Kommission.**

**Oeffentl. Volksversammlung**  
 am Sonntag, den 24. Januar, Vormittags 10 Uhr, im Weddingpark des  
 Herrn Schröder, W. Neustraße Nr. 178.  
 Tagesordnung:  
 1. Vortrag des Herrn Böffel über „Zweck der zu gründenden Ge-  
 nossenschafts-Bücherei“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
 95/3  
**Die Agitations-Kommission.**

**Achtung, Rixdorf!**  
**Oeffentliche Sozialdem. Volksversammlung**  
 Sonntag, den 24. Januar cr., Vormittags 10 1/2 Uhr,  
 bei Barta, Bergstr. 120 (großer Saal).  
 Tages-Ordnung:  
 1. Das Sozialdemokratische Programm und die Taktik. Ref.: Reichs-  
 tags-Abgeordneter B. Schmidt-Frankfurt a. M. 2. Diskussion. 3. Bericht  
 der Revisoren. 4. Mittheilungen des Vertrauensmannes. 420/14  
 Es ist Pflicht eines jeden Genossen zu erscheinen.  
**Der Vertrauensmann.**

**Friedrichshagen.**  
**Große öffentl. Volks-Versammlung**  
 für Männer und Frauen  
 am Sonntag, den 24. Januar cr., Vorm. 11 Uhr, im Gesellschaftshaus.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Fortsetzung der Diskussion. Warum legt der Vertrauensmann sein  
 Amt nieder? 2. Wahl eines Vertrauensmannes. 3. Verschiedenes. 378/11  
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Einberufer.**

**Allen Inhabern v. Schuhwaarengesch!**  
 zeigen wir hiermit an, daß wir von Montag, den 25. Januar, Vormittags  
 10 Uhr ab, die Verkaufshallen jeglicher Schuhwaaren in den Stadtbahn-  
 bögen 6, 7 und 8, Etablissement „Zum Prälaten“, Königstraße am  
 Alexanderplatz, eingerichtet haben. Eintritt für alle Legitimirteten frei!!  
 1085b  
**Der Vorstand.**

# 1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 19.

Sonnabend, den 23. Januar 1892.

9. Jahrg.

## Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

4. Sitzung vom 22. Januar, 11 Uhr.

Am Ministerische: Graf von Caprivi, Miguel, Graf von Zedlitz, von Werle, von Seyden, Thiele.

Die erste Beratung des Staatshaushalts-Stats für 1892—93 und fortgesetzt.

**Abg. Graf Limburg-Stirum:** Ich bin mit der Anschauung des Finanzministers einverstanden, daß die Sparsamkeit notwendig ist. Herr von Huene hat gestern erklärt, daß er von der Sparsamkeit zurückgekommen sei. Herr von Huene und seine Freunde waren am sparsamsten, als sie sich in der radikalsten Opposition befanden. Jetzt, wo ein sanfter Wind für das Zentrum weht, finden sie das nicht mehr praktisch. (Weiterkeit rechts; Widerspruch im Zentrum.) Die Verpachtung der Domänen haben zum Teil vorgelegt aufgelöst werden müssen, weil die Pächter im Konkurs gerieten. Ueber die Ergebnisse der Einkommensteuer haben wir keine so optimistischen Anschauungen gehabt, wie manche andere Leute; es ergibt sich daraus jetzt, daß es der Landwirtschaft im Osten schlecht geht. Die Einschätzung wirkt wie eine großartige Enquete. Die Anweisung des Finanzministers über die Einschätzung muß geändert werden in einem Punkte, im § 27, wo gestattet ist, wenn eine Einschätzung nicht erfolgen kann, die Grundlagen des Vermögens anzugeben. Wir haben das dahin verstanden, daß die Unmöglichkeit auch in der Person des Besitzers liegt. Wir werden diese Frage noch weiter verfolgen, ebenso die Frage der Diäten für die Mitglieder der Voreinschätzungskommission (Zustimmung).

Die Ausgaben der Eisenbahnen haben sich gesteigert aus den Gründen, die der Eisenbahnminister angeführt hat. Bezüglich der Löhne möchte ich bemerken, daß die Verwaltungen Löhne geben, welche die ortsüblichen weit übertreffen. Für die betreffenden Betriebsleiter ist das bequem, aber der Landwirtschaft laufen die Arbeiter weg. Darauf möchte ich Rücksicht zu nehmen bitten. Das Lob der Privatbahnen, welches Herr Rickert anstimmte, war durchaus unzutreffend. Die Klagen über die schlechten Wagen, die Mächtigkeitslosigkeit der Privatbahnen, ihr Verstreuen recht viel Geld zu schaffen, sind doch wohl noch zu sehr in aller Gedächtnis, als daß man Herrn Rickert zustimmen könnte. Die Verstaatlichung war das einzige Mittel, um die nicht lobenden Sekundärbahnen herbeizuführen. Außerdem sind viele Tarifereleichterungen herbeigeführt und die Eisenbahnschulden vermindert worden. Wenn trotzdem über die Staatsbahnen geklagt wird, so muß ich sagen: Die Ansprüche sind zum größten Teil übertrieben. (Widerspruch bei den National Liberalen.) Das Bestreben, die schwankenden Einnahmen der Eisenbahn zu sichern und zu garantieren, ist ansichtslos; eher wäre die Quadratur des Kreises zu lösen. Das zeigt das Eisenbahn-Garantiefest. Der Schwerpunkt liegt nicht in solchen gesetzlichen Vorschriften, sondern in den Menschen, hier in diesem Hause, welches sich der Verwendung der Ueberschüsse der Eisenbahnen für allgemeine Staatszwecke widersetzen muß. Daß die Aufbesserung der Gehälter nicht fortgesetzt werden können, ist bedauerlich; hoffentlich führt die Sparsamkeit bald dazu, daß damit fortgefahren werden kann. Bei der Verhinderung der Luxusbauten werden wir dem Finanzminister zur Seite stehen. Beim Bau des Abgeordnetenhauses werden wir darauf sehen, daß es ein gutes Geschäftshaus wird. Ich fühle mich hier ganz wohl, aber für die Bureau's und die Altkaufmännerei ist das haushälterische Maß nicht mehr brauchbar. Zur Aufbesserung der Lage der Landwirtschaft in den östlichen Provinzen sind 150 000 Mark ausgesetzt. (Weiterkeit rechts.) Das erinnert mich daran, daß unter dem Ministerium Camphausen man einmal zugeben wollte, daß man für die Landwirtschaft auch etwas thue: man schuf ein landwirtschaftliches Museum (Weiterkeit).

Man hat der Landwirtschaft den Zollschutz genommen, den man ihr nicht ersetzen kann; man hat es schiefweise genommen und will es löfelfweise wiedergeben (Weiterkeit rechts). Erfreulich ist die Aufbesserung der Gehälter der Lehrer der höheren Lehranstalten. Die Summe für Erziehung und Schulwesen läßt sich damit nicht vergleichen; denn es handelt sich dabei nur um einen Ersatz für etwas Genommenes. Ist es richtig, jetzt in der Zeit knapper Finanzen den Etat mit jährlich 1 Million Mark für einen Dom zu belasten? Ich bin der Meinung, daß wir damit warten müssen. Der Rückfall bei den landwirtschaftlichen Böden trifft nicht den Staat, sondern die Gemeinden, das heißt hauptsächlich wieder die Landwirtschaft. Das wird zur Folge haben, daß das Land sich noch mehr entvölkert, daß die wohlgeleiteten ländlichen Arbeiter zu Sozialdemokraten werden. Dieser Prozeß vollzieht sich langsam. Die Finanzlage ist im Allgemeinen keine schlechte. Ein Staat, dessen ganze Schulden durch die Eisenbahnen gedeckt sind, der außerdem noch Domänen, Forsten und Bergwerke besitzt, steht ganz gut da. Aber es herrscht leider die Neigung vor, die Einnahmen wegzunehmen und die Ausgaben zu vermehren. Deshalb müssen wir sagen: Wollt Ihr Verbesserungen bei den Eisenbahnen oder bei anderen Dingen, so bezahlt sie. Die Ausgaben müssen in manchen Punkten noch vermehrt werden, namentlich müssen die Gehälter der Beamten von unten nach oben verbessert werden. Wenn unsere Finanzlage also eine unbefriedigende ist, so werden wir dem Finanzminister zur Seite stehen. (Beifall rechts.)

**Finanzminister Miguel:** Ueber den Sinn des § 27 des Einkommensteuer-Gesetzes ist seitens der Regierung kein Zweifel geblieben, aber es ist zugegeben, daß die strikte Durchführung dieser Auffassung im ersten Jahr der neuen Einschätzung recht schwierig sein wird. Wann soll der Steuerpflichtige berechtigt sein, eine Deklaration zu unterlassen? So weit kann man nicht gehen, so sagen, daß sie immer unterbleiben soll, wenn der Steuerpflichtige keine Aufzeichnung gemacht hat über seine Einnahmen und Ausgaben. Im ersten Jahre wird man allerdings etwas nachsichtig sein müssen. Gerade von hervorragenden Landwirthen haben wir die Bitte gehört, hierbei stehen zu bleiben, weil es für die Landwirtschaft von Bedeutung ist, die Landwirthe zu zwingen, über ihre Verhältnisse Aufzeichnungen zu machen. (Vermengung rechts.) Es wird weiter nichts verlangt, als daß über die bareen Ausgaben und Einnahmen Aufzeichnungen gemacht werden. Eine Folge der Einschätzung wird es sein, daß die Steuerpflichtigen sich selbst ihrer Verhältnisse besser bewußt werden. Wir haben auch schon die Erfahrung gemacht, daß die Bestimmungen über die Diäten für die Mitglieder der Voreinschätzungskommission nicht aufrecht erhalten werden können. Bezüglich der Reform der Eisenbahntarife sagte der Herr Rickert gestern, daß eine Ermäßigung der Tarife nicht unbedingt eine Verminderung der Einnahmen herbeiführen müsse. Das ist richtig. Aber es giebt Tarifermäßigungen, welche dauernde, und solche, welche vorübergehende Einnahmevermindernungen zur Folge haben. Deshalb muß man immer die Verhältnisse untersuchen und prüfen, ob man einen Einnahmeverlust ertragen kann. (Zustimmung rechts.)

**Abg. v. Huene (B.):** Für die kleinen Landwirthe wird das Einkommensteuer-Gesetz eine Wohlthat werden, wenn er seine Einnahmen und Ausgaben schwarz auf weiß nachweisen kann; sonst wird ihm immer gesagt werden, du mußt ein höheres Einkommen haben. Daß die Handelsverträge eine Einnahmever-

mindernung von 16 1/2 Millionen Mark zur Folge haben, weiß ich noch nicht. Jedemfalls kann ich dem Syenen der Handelsverträge nicht Widerstand leisten, wenn dieselben zum Wohle des Ganzen dienen. Wir haben bei 5 M. Zölle die schlechtesten Zölle gehabt; wir gute Ernten haben, genügen 3,50 M. und wenn wir schlechte Ernten haben, helfen uns 10 M. nicht, wenn wir nichts verkaufen können. (Zuruf des Herrn von Kardorff: Danach brauchen wir überhaupt keine Zölle!) Wenn der Bimetallismus eingeführt wird, dann brauchen wir nach Herrn von Kardorff auch keine Zölle. Unsere Sparsamkeit ist durch den Grafen Limburg verdächtigt worden, weil wir zur Regierung in der Opposition standen. Ist das ein Grund, die sachliche Prüfung eines Antrages auf Erparungen zu unterlassen? Was die Herren Kulturkämpfer für Bauten und für Dispositionsfonds im Kultusministerium ausgegeben haben, werden sie niemals verantworten können. Wir haben das vertreten, was wir für richtig halten; aber trotz aller Mißhandlungen, die uns zu Theil geworden sind, haben wir uns niemals zurückgehalten, wenn es galt, das Wohl des Ganzen zu fördern. Wer hat die wirtschaftliche Politik der Regierung unterstützt? Kann man einer solchen Partei eine radikale Opposition vorwerfen? Ich bedauere, daß Graf Limburg das gesagt hat. Wir werden immer unsere Ansicht vertreten, mag der Wind wehen, wie er wolle. (Zustimmung im Zentrum.)

**Abg. v. Zedlitz (H.):** Herr v. Huene hat erklärt, daß der Volksschul-Gesetzentwurf die christliche Schule verwickliche. Das bedeutet, daß der vorjährige Entwurf das nicht that. Dagegen muß ich Widerspruch erheben; auch der frühere Entwurf schuf die christliche Schule, er ließ nur der Geistlichkeit keinen so großen Spielraum. Wenn auf unsere Gesetzgebung die ausschlaggebende Stellung des Zentrums von Einfluß ist, dann trifft die Schuld zum Theil die freisinnige Partei, welche diese Stellung des Zentrums hat sichern helfen. Der Ministerpräsident hat den Kernpunkt nicht getroffen. Denn es kommt nicht darauf an, daß man das Gute nimmt, wo es sich findet, sondern darauf, daß die Ansichten derselben Regierung innerhalb kurzer Zeit gewechselt haben. (Zustimmung links.) Die Politik der freien Hand bringt die Gefahr, in das Treiben der Tagespolitik zu geraten und der gerade entscheidenden Partei dienstbar zu werden. Hoffentlich werden die Erklärungen des Kultusministers in zweisprachigen Provinzen Beruhigung schaffen; aber der Spracherlaß hat doch die Wirkung gehabt, daß der Ausschluß der polnischen Sprache aus der Volksschule Unvorsichtig gemacht ist. Auf den Etat will ich nur ganz kurz eingehen. Ich bin einverstanden mit den Ausführungen des Finanzministers und des Grafen Limburg-Stirum über die Lage des Eisenbahnetats und die dadurch bedingte Finanzlage. Aber sparsam sein darf man nicht bei Ausgaben, welche zur Hebung des Volkswohlstandes dienen. Auf die Handelsverträge will ich nicht eingehen; die Landwirtschaft hat sich mit einem Zoll von 3,50 M. eingerichtet, und ich will nur hoffen, daß man ihr für die nächsten 12 Jahre wenigstens Ruhe lassen wird.

Unsere Landwirtschaft muß, weil wir uns immer mehr zum Industrieestaat entwickeln, gefördert werden auf jede Weise; es wird dies mehr geschehen müssen, als im Etat geschehen ist. Die Ausgaben für solche Dinge sind dringender Natur und dürfen nicht zurückgestellt werden. Mit dieser Ausnahme bin ich einverstanden mit der vom Finanzminister proklamirten Sparsamkeit.

**Ministerpräsident Reichskanzler v. Caprivi:** Zu meiner Freude kann ich mich mit dem, was der Vorredner in Bezug auf den Unterschied zwischen dem diesjährigen und dem vorjährigen Volksschulgesetz-Entwurf angeführt hat, insofern einverstanden erklären, als auch ich diesen Unterschied für nicht so tiefgehend halte (Weiterkeit links), wie dies nach den gestrigen Ausführungen scheinen möchte. Der Entwurf ist dem Umfange nach erweitert, aber er stützt sich auch da auf eine seit langer Zeit bestehende Praxis und ich weiß, daß der Kultusminister den Beweis führen wird. Die Staatsregierung hat im vorigen und in diesem Jahre das Motiv geleitet, so viel als möglich mit unseren katholischen Mitbürgern zum Frieden zu gelangen und einen Zustand zu schaffen, mit dem die katholische Kirche zufrieden sein kann. Die jetzige Regierung hat den Kulturkampf nicht geführt, wir haben das Ende, den Abbruch des Kulturkampfes übernommen. Wir stehen in einer sehr schwierigen Zeit, wir stehen einer Entwicklung von Kräften im Innern des Staates gegenüber, gegen welche wir alle Mittel unternehmen müssen. (Beifall rechts und im Zentrum.) Daß zu den wesentlichen Mitteln diesen Bewegungen gegenüber die Schule gehört, ist keine Frage. Daß aber die Schule von diesem speziellen Gesichtspunkt aus der Religion nicht entbehren kann, ist eben so richtig. (Beifall rechts.) Braucht die Schule die Religion, so braucht sie das Christenthum, welches nicht aufgefagt werden kann ohne Konfession und dazu bedarf der Staat des Zusammenhangs mit der Konfession. Das ist eine logische Schlussfolgerung, die garnicht anzufechten ist. Es kann aber das Maß gestritten werden, thun Sie das in der Kommission, aber diese Grundfrage werden Sie nicht aus der Welt schaffen. Machen Sie die Schule religionslos. Wenn Sie das wollen, verstehe ich die Angriffe gegen das Volksschul-Gesetz. Wenn Sie das nicht wollen, stellen Sie sich auf dem Boden der konfessionellen Schule. Der Vorredner hat dann die Regierung ermahnt, einen festen Kurs zu halten. Was meine Person angeht, so bin ich mir einer Schwankung nicht bewußt. Wir haben die Gesichtspunkte, die wir für recht erkannt haben, verfolgt, soweit wir konnten. Wenn Herr von Zedlitz daran die Mahnung knüpft, daß wir nicht vergessen dürfen, daß wir uns auf die überwiegende Mehrheit der Volkvertretung zu stützen haben, so möchte ich bemerken, daß die wesentlichen Gesetze, die wir vorgebracht und durchgesetzt haben, immer eine ziemlich große Mehrheit gefunden haben, ob immer diejenige Mehrheit, die der einen oder anderen Partei gestiel, ist etwas anderes. Ich habe mir angedenkt erlaubt, daß die ganze Entwicklung, welche den Parteien einen wirtschaftlichen Charakter giebt, es der Regierung immer schwerer machen wird, mit bestimmten Parteien zu gehen. Sie sehen die Konsequenzen wirtschaftlicher Regierungen jenseits des Ozeans. Mit jedem Aufkommen einer anderen wirtschaftlichen Partei eine andere Regierung. Wirtschaftliche Parteien folgen eine bestimmte begrenzte Interessenpolitik. Jede hat naturgemäß das Beharren, ihre Interessen durchzusetzen. Daraus folgen Kollisionen zwischen den Parteien und wenn eine wirtschaftliche Partei zur ausschließlichen Herrschaft kommt, so würde sie über das Ziel hinausschießen. Es würde dann kommen, was ein Gelehrter, der sich mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigt, sagt, daß freihändlerische und schutzzönerische Perioden von 12 Jahren abwechseln, es würde dann immer ein Umschlag in die entgegengesetzte Richtung erfolgen; daß damit alle Mal nicht bloß politische, sondern wirtschaftliche Umwälzungen verbunden wären, ist zweifellos. Die Regierung muß also bei Zeiten solchen wirtschaftlichen Ercessen vorbeugen und kann daher mit wirtschaftlichen Parteien nur bis zu einem gewissen Grade mitgehen. An welche Partei soll die Regierung sich halten und wie sehen diese Parteien aus? Ich bin im ganzen der Meinung, daß die innere Befolgung unserer gegenwärtigen Parteien nicht dazu angethan ist, einer Regierung eine feste Stütze zu geben, daß sie sich von ihr gar in das Schlepptau nehmen lassen könnte. Der Vorredner hat bezweifelt, daß die Handelsverträge auf zwölf Jahre gehalten werden. Es gehört zu den charakteristischen

Zeichen der grassirenden Beunruhigung-Epidemie, wenn man der Regierung keine positiven Vorwürfe machen kann, dann treibt man hypothetische Politik und sagt: Wir trauen Euch einen ganzen Haufen von Niederträchtigkeit zu. Daß es der Wille der Staatsregierung ist, die bestehenden Verträge auf zwölf Jahre zu halten, ist deutlich genug zum Ausdruck gekommen. Wenn man sich hätte zu einer geringeren Zeitdauer verstehen wollen, wären die Verhandlungen vielleicht leichter geworden. Aber darauf haben wir uns nicht eingelassen, weil wir die Ueberzeugung haben, daß Ruhe und Stabilität zu den ersten Anforderungen im wirtschaftlichen und im politischen Leben gehören; und zur Herbeiführung der Stabilität möchte ich Ihnen ein unbefangenes Eingehen auf den Volksschul-Gesetzentwurf empfehlen. (Beifall rechts.)

**Abg. Cremer (Zeltow)** bestreitet, daß die Eisenbahneinnahmen eine bedenkliche Verminderung zeigen; solche Schwankungen kommen bei jeder Betriebsverwaltung vor und wenn solche Differenzen ein bedenklicher Verlust wären, dann wäre Nothwendig schon längst Pleite.

**Abg. Sattler (nall.)** führt aus, daß die Anhänger des Staatsbahn-Systems unter seinen Freunden sich noch nicht vermindert hätten, weil die Sekundärbahnen und die sonstigen Meliorationen ohne die Staatsbahnen nicht hätten durchgeführt werden können. Seit Jahren sind die Ueberschüsse der Eisenbahnen immer für die allgemeinen Staatsausgaben verwendet worden; es zeigt sich jetzt, daß es ein Fehler war, nicht einen gewissen Grenzgrad zwischen den Eisenbahn- und den allgemeinen Finanzen zu ziehen. Die Frage muß jedenfalls geprüft werden und deshalb habe ich den Antrag gestellt, den Eisenbahnetat einer besondern Kommission zu überweisen. Die Beunruhigung in den zweisprachigen Landestheilen des Ostens ist weniger durch die einzelnen Maßnahmen hervorgerufen, als dadurch, daß überhaupt auf diesen Gebieten etwas geändert ist. (Zustimmung links.) Die Verhinderung der polnischen Frage wird stets eine wunde Stelle in der preussischen Entwicklung sein; gerade deshalb sollte man sich jeder Aenderung auf diesem Gebiete enthalten und lieber etwas Unvollkommenes bestehen lassen als durch Aenderungen Beunruhigungen hervorrufen. Bezüglich des Volksschul-Gesetzes bemerkt Redner, die Religion wolle man nicht aus der Schule entfernen, wie Herr von Huene uns entgegenstellt. Die Vorlage stimmt in den meisten Punkten mit dem Antrag Windthorst überein, sie enthält keine fast vollständige Ausführung, und macht daneben die Privatschulen so frei, wie sie es noch niemals in Preußen gewesen sind. Das Goble'sche Gesetz hat ganz andere Vorschriften und bei diesem Gesetz erklärte der Reichskanzler, daß man dem Wunsche der Kirchen entgegenkommen sei, so weit es das Staatsinteresse gestatte. Die Vorlage ist nicht eine einfache Ausführung der Verfassung, sondern eine Interpretation derselben, wie sie bisher nur von kirchlicher Seite vorgebracht ist. (Zustimmung links.) Diese Auffassung des Verfassungsrechts ist auch nicht konservativ; denn auch die Konservativen haben bisher daran festgehalten, daß zwar konfessionelloser Unterricht ertheilt werden soll, aber vom Lehrer im Auftrage des Staates. Deshalb hoffe ich, daß das Gesetz nicht zu Stande kommt. Das deutsche Volk sieht jetzt auf Preußen; denn es muß jetzt entschieden werden, ob die Schule dem Ultramontanismus ausgeliefert werden soll. Mit diesem Gesetz überschreitet die Regierung die Grenze, bis zu welcher ein Zusammenarbeiten aller Parteien möglich ist. (Zustimmung links.) Und als Partei könnte das Zustandekommen des Gesetzes angenehm sein; es würde die Segel unserer Partei mächtig anschwellen (Abwarten!) Aber unser Partei-Interesse ist nicht entscheidend, die Hauptsache ist, daß der konfessionelle Friede nicht zerbricht wird. Mögen daher die Konservativen überlegen, wie sie sich in dieser Frage stellen wollen. (Lebhafter Beifall links.)

**Kultusminister Graf Zedlitz:** Ich habe das Volksschul-Gesetz möglichst schnell dem Hause vorgelegt, und ich bin aus Kreisen, die Herrn Sattler sehr nahe stehen, gebeten worden, meine Meinungen zu sagen und aus meinem Herzen keine Würdeergüsse zu machen. Das ist doch kein Anlaß, die Staatsberatung über die Volksschul-Vorlage zu machen. Zeitungsnachrichten zufolge soll ich die Geschäfte des Zentrums besorgen und mit den Führern des Zentrums Rücksprache genommen haben. Mit allen Parteien, das Zentrum ausgenommen, habe ich über das Schulgesetz gesprochen. Was das Handelsgesetz betrifft, so bin ich als einfacher Referendarminister dazu überhaupt nicht berechtigt und in der Schätzung der Handelsgeschäfte befinde ich mich in Uebereinstimmung mit dem Ministerpräsidenten. Herr Sattler sowohl als auch Herr Hobrecht haben keine Thatsachen für die Beunruhigung bezüglich der Polenfrage angeführt. Begründete Beunruhigungen müssen doch auf Thatsachen beruhen. Ich kenne doch Polen auch ebenso gut wie der Abg. Sattler aus Hannover. (Weiterkeit bei den Polen.) Gute Deutsche aus Polen sind mit mir darin einverstanden gewesen, daß man die Gopfer nicht mehr aus der Welt schaffen kann, weil man die Menschen nicht wegchaffen kann. Wir müssen in der Provinz Posen neben einander leben und da ist es besser, uns zu verständigen, als miteinander den Kampf bis auf das Messer zu führen. Nichts kann uns Deutschen der Ostprovinzen verderblicher werden als dieses ewige Witten um die Stühle der preussischen Regierung. Wir müssen auf eigene Füße kommen und ich freue mich, daß dazu die Ansätze gegeben sind. Auf das Volksschul-Gesetz einzugehen ist eigentlich schwierig, denn es werden nicht die einzelnen Paragraphen bezeichnet. (Zuruf: § 112!) Das Verrecht des kirchlichen Kommissars. Es ist mir peinlich, darauf einzugehen; die Herren scheinen nicht zu wissen, daß der kirchliche Kommissarius jetzt das Verrecht gegen das Lehramts- Zeugnis überhaupt hat. Dieses Recht soll restringirt werden. Die Herren scheinen das Schul-Verwaltungsrecht nicht zu kennen. (Widerpruch.) Ich habe die Bestimmungen zum Theil aus früheren Entwürfen übernommen, z. B. aus dem Fall'schen Entwurf. Der letztere will bezüglich der Lehrbücher die Zustimmung der kirchlichen Behörde, der jetzige Entwurf verlangt nur das Einvernehmen. Eine Verständigung über den Privatunterricht können wir leichter im Rahmen des Volksschulwesens erzielen als bei der Regelung des höheren Unterrichts. Die Konfessionsschulen überwiegen; der ganze Bestand an Simultanschulen im Lande ist 503; 1882 zogen sie 517. Trotzdem die Unterrichtsverwaltung eine Zeit lang die Simultanschulen förderte, hat die Bevölkerung sich dadurch nicht bestimmen lassen. Ob das Gesetz konservativ ist, wage ich nicht zu entscheiden. Ich bin niemals ein Parteimann gewesen, sondern immer ein Einspinner. Ich habe das Gesetz nach meiner Ueberzeugung gemacht, nicht nach einer Parteilichkeit, sondern auf Grund meiner Kenntniß der Verwaltungspraxis. Ich bin kein eigenwilliger Mann und deshalb habe ich nicht den Anspruch erhoben, daß Alles unverändert bleiben muß. Wenn Sie das Gesetz einmal ohne die vorgesehene Meinung betrachten wollen, so werde ich bereit sein, Ihre Aenderungsvorschläge anzunehmen. (Beifall im Zentrum.)

**Abg. Rickert (Hr.):** Wenn der Kultusminister behauptet, daß er mit Mitgliedern der freisinnigen Partei verhandelt und Zustimmung gefunden habe, so muß ich das bestreiten; ich möchte ihn bitten, Namen zu nennen. Wir sind alle einig in der Verwerfung des Gesetzes. So sehr ich die Schulpolitik des Ministers

bekämpfe, so sehr bin ich bereit, seine Polenpolitik zu unterstützen. Durch Ausnahmefolge werden die Polen nicht bekämpft, deswegen haben wir die Polengesetzgebung des Fürsten Bismarck verworfen auf die Gefahr hin, als Reichsfeinde erklärt zu werden. Meinen Freunden aus Polen ist von der Beunruhigung der Deutschen durch die Polenpolitik nicht bekannt geworden. Herr v. Hedlich hat uns vorgeworfen, daß wir dem Zentrum zu einer ausschlaggebenden Stellung verholfen hätten. (Zuruf: Gefolgschaft des Zentrums!) Lassen Sie doch die schlechten Worte. Wir wären zufrieden, wenn wir das Zentrum überall auf unserer Seite hätten, namentlich im Reichstag. Auf dem Gebiete der Schule werden wir stets dem Zentrum entgegengetreten. daß die Schulverwaltung seit 100 Jahren so geführt sei, wie das Schulgesetz sie jetzt kodifiziert, ist eine lächerliche Behauptung. Unter Bethmann-Hollweg war jedenfalls eine andere Praxis geltend. Der Minister sollte einmal die Lehrer fragen, was sie von dem Unterrichtsgesetze denken. Warum ist Herr von Goltzer gegangen? Kardinal haben sich die Verhältnisse im Kultusministerium geändert. Was heißt es, daß wir die Religion aus der Schule entfernen wollen? Sind das nicht ähnliche Vorwürfe, wie sie früher dem Zentrum gemacht worden sind, daß sie Staatsfeinde sind? Hödel war bewandert in allen religiösen Dingen, die die Schule lehrte. Die Staatsordnung wird geschützt nicht durch eine Konfession, sondern durch die allgemeinen Sittengesetze, welche alle Religionen enthalten. In dem religiösesten Lande der Welt, in Schottland, ist der Religionsunterricht aus der Schule entfernt. Der Reichskanzler hat mich mißverstanden, ich hatte hauptsächlich die Frage aufgeworfen: Wie ist es möglich, daß dasselbe Ministerium den Entwurf des Herrn von Goltzer vorlegt, und damit begründet, daß er das äußerste sei, was der Kirche konsentiert werden könne, und daß jetzt ein prinzipiell davon abweichender Entwurf vorgelegt wird? Diesen Widerspruch hat Herr v. Caprivi nicht gelöst. Eine gewisse Stetigkeit in den Anschauungen und Maßregeln der Regierung ist notwendig, das ist die Grundlage für das Vertrauen, welches das Parlament der Regierung entgegenbringt. Heute mit dem Zentrum, morgen mit den Konservativen und übermorgen mit den National-Liberalen gehen, das konnte Fürst Bismarck mit seinen Machtmitteln auch der Krone gegenüber, das Ministerium Caprivi kann es nicht. Wir hätten gewünscht, daß eine Regierung gekommen wäre, welche gegen die Stetigkeit, Klarheit und Durchsichtigkeit einer einfachen volksthümlichen Politik den Boden bereit hätte zu einem vertrauensvollen Verhältnis zum Volk. Die Vererbung der Parteien hat aufgehört. Wir haben keine Begünstigung von der Regierung verlangt, aber das Zeugnis verlangen wir, daß wir frei und unabhängig nach unserer Ueberzeugung und nach unserer Vaterlandsliebe die Regierung unterstützen und sie bekämpfen, wo wir es für notwendig halten. Wenn der Kultusminister bei meinen Äußerungen gelacht, so sage ich, auch wir sind Patrioten, die es mit dem Wohl des Vaterlandes so ehrlich meinen wie er. (Beifall links.)

Kultusminister Graf von Hedlich: Wenn der Redner mich länger kennen würde, würde er wissen, daß ich die höchste Achtung vor der Ueberzeugung des Anderen habe. Wenn ich gelacht habe, so geschah es, weil etwas in der Debatte lag, was die Sache nicht tragisch auffassen ließ. Bezüglich des angegriffenen Erlasses über den Religionsunterricht der Kinder von Diszidenten, will ich mittheilen, daß ich von dem Herrn von Bethmann-Hollweg — den Herr Hedlich gerühmt hat — bei diesem Erlass abgeschrieben habe. (Große Heiterkeit.) Der Erlass entspricht durchaus dem, was in Preußen geltendes Recht ist. Ich habe mich bei meinen Mäthen eingehend in dieser schwerwiegenden Frage informiert.

Abg. Szuman (Pole) spricht seine Verwunderung darüber aus, daß man über die Erlasse des Ministers von Hedlich so großen Lärm mache. Die Verfügungen seien sachlich vollständig berechtigt und würden von den Polen mit Genugthuung entgegengenommen.

Abg. Bödiker (Z.): Die Behauptung, daß die Zentrums-partei Bewilligungen erteilt oder ausgesprochen habe, je nach dem kalten oder warmen Winde, der von der Regierung her wehe, müsse er als eine Besichtigung der Zentrums-partei zurückweisen. Die Sparsamkeit des Finanzministers geht der Justizverwaltung gegenüber über das Gesetz hinaus. Nach der Verfassung sollen die Richter vom Könige auf Lebenszeit ernannt werden. Zur zeitweisen Wahrnehmung richterlicher Geschäfte sollen Assessoren u. s. w. herangezogen werden können, die nicht vom Könige ernannt werden und nur vorübergehend mit Vätern besetzt werden. In Berlin sind von 146 Abtheilungen nur 104 Richter vorhanden, drei werden neu verlangt, also 30 Abtheilungen sind durch Hilfsrichter besetzt. Das sind fortwährende Verhältnisse, nicht vorübergehende. Die Zahl der Richter hat von 1880—1890 um 1,5 pCt. zugenommen, die Bevölkerung um etwa 10 pCt. Die Zunahme der Geschäfte war eine noch viel größere. Nur die Stabilität der des Finanzministers hindert hier eine Besserung.

Justizminister v. Schelling: Ich habe bei meinem Amtsantritt die Wahrnehmung gemacht, daß bei der Gerichtsorganisation eine zu geringe Rücksicht erfolgt ist, daß eine Ergänzung der Richterzahl kaum in dem der Zunahme der Bevölkerung entsprechenden Maße erfolgt ist. Eine Besserung ist eingetreten seit dem Amtsantritt des jetzigen Finanzministers, dessen Beziehungen zu den Justizorganen bekannt ist. Ich bin der Ueberzeugung, daß der Finanzminister auf dem von ihm betretenen Wege vorschreiten wird. Der jetzige Etat mußte sich eine gewisse Beschränkung auferlegen. Ich bin in der Lage, aus dem reichen Material die nöthigen Hilfsrichter zur Verfügung zu stellen.

Finanzminister Miquel: Ich danke dem Justizminister für seine Aeußerung. Ich stehe mit dem Abg. Bödiker auf demselben Boden, daß bei der Justizpflege nicht gewartet werden darf. Aber daß man den Schaden nicht auf einmal kurieren kann, daß man schrittweise vorgehen muß, wird Herr Bödiker auch nicht bestreiten. Ich könnte auch noch dringlichere Bedürfnisse nennen aus dem Gebiete der Verwaltung; es müßten verschiedene Regierungsbezirke und Kreise, die jetzt nicht mehr ordentlich verwaltet werden können, getheilt werden. Aber solche überkommenen Schäden kann man nicht auf einmal beseitigen.

Darauf wird die Debatte geschlossen. Der Antrag der Abgg. v. Eyvern und Sattler, den Eisenbahn-Etat einer besonderen Kommission zu überweisen, wird gegen die Stimmen der Mehrheit der National-Liberalen und einiger Freikonservativen abgelehnt. Angenommen wird der Antrag: die Budget-Kommission zur Beratung des Eisenbahn-Etats um 7 Mitglieder zu verstärken.

Darauf werden die bedeutenderen Etats an die Budget-Kommission verwiesen.

Schluß 9¼ Uhr. Nächste Sitzung Montag 11 Uhr (erste Sitzung des Volkschul-Gesetzes).

## Tokales.

**Arbeitslose!** Die Arbeiter-Bildungsschule stellt ihre gut geheigten vier Schulräume, Wallerstraße 179a, Hagelbergerstraße 43, Markstraße 31 und Reichenbergerstraße 133, in denen eine große Zahl hiesiger und auswärtiger Zeitungen zur Benutzung ausliegen in der Zeit von 9 Uhr früh bis 6 Uhr Abends allen Arbeitslosen gern zur Verfügung.

Die grimmigste Kälte der letzten Tage hat in unmittelbarer Nähe von Berlin bereits ihre Opfer gefordert. Die bürgerliche Presse registriert diese „Fälle“ ganz hinten, kurz vor dem Polizeibericht und fügt der Notiz kein Wort des Bedauerns, kein Wort des Mitleides hinzu. Was sollte sie auch, die dummen

Arbeiter waren ja an ihrem Tode selbst schuld: was laufen sie bei solchem Wetter draußen auf der Landstraße herum, wo es doch in Berlin schon drei Wärmestuben giebt. Der Bourgeois ist ebenfalls entrüftet über den Leichtsinns dieser Leute, für sie sind ja die Wärmestuben da. Sieht einer der Arbeitslosen länger in einer solchen Wohlthätigkeitsanstalt, als dem biedereren Bürger recht ist, dann geht das Geschimpfe wieder los: Was sitzt denn der Stromer den ganzen Tag am warmen Ofen, was ihm nichts kostet, soll er doch hinaus gehen und sich Arbeit suchen, Arbeit giebt's immer. Mit dieser Logik stören ihm die folgenden Meldungen seines bürgerlichen Leiborgans keineswegs seinen kostbaren Appetit:

Am Dienstag Morgen wurde auf der Chaussee nach Hallenberg ein Arbeiter erfroren aufgefunden. Die Leiche wurde als die des Arbeiters Aug. Vogel rekonstruirt. Am Montag Morgen wurde in einem Geschäft bei Nummelsburg ein etwa 27 Jahre alter Mann aufgefunden, dessen beide Beine erfroren waren und der infolge dessen nicht mehr im Stande war zu gehen. Der Bedauernswürthe wurde nach Nummelsburg geschafft und starb schon wenige Stunden darauf. Gestern Morgen wurde in der Köpnick-Heide ein Arbeiter S. aus Berlin erfroren aufgefunden, der, um Verdienst beim Gishauen auf dem Müggelsee zu suchen, nach Friedrichshagen zu gehen beabsichtigt hatte.

Der letzte Todte giebt der bürgerlichen Presse noch ganz besondere Veranlassung, ihr gemüthliches Gern zu zeigen. Als der Erfrorene gefunden wurde, fand man bei ihm eine Branntweinflasche. Die ist nun der Beweis, daß der Arbeiter sich während des Marzches berauscht hat, dann niedergesunken und erfroren ist. Mit anderen Worten also, der Mann war betrunken und das war sein Unglück. Der satte Bürger macht sich sofort ein Stück seiner Moral aus der Geschichte zurecht, er greift nach seinem „Schützen“ und schreit: „Seht, das kommt von dem perfiden Schnapsausfluß!“ Nun möchten wir den sehen, der bei der schneidenden Kälte durch die Köpnick-Heide nach Friedrichshagen zu Fuß wandert, ohne für eine Stärkung Sorge zu tragen. Daß sich der arme Mensch von Arbeiter, der zum Gishauen hundentweit läuft, keinen Orbstoff Branntwein nachfahren lassen kann, wird auch wohl die bürgerliche Presse begreifen können. Der Mann hat wahrscheinlich keine 50 Pfennig in der Tasche gehabt, als er seine Wanderung antrat. Davon hat er den größten Theil für Essen veransagt und sich für den Rest Branntwein gekauft. Was soll er sich denn sonst weiter kaufen? Der eifrige Wind hat den Proletarier, der zudem mit einem dicken Pelz nicht angehan war, widerstandsunfähig gemacht gegen die Einwirkungen des Fustels, er brach zusammen und starb.

Die Berliner Arbeiterkolonie ist zur Zeit überfüllt, täglich müssen Arbeitslose, die sich zur Aufnahme melden, abgewiesen werden, weil jede Arbeitsstelle besetzt ist. Wenn sich die Arbeiter schon in hellen Hausen nach solchen Kolonien drängen, dann muß es weit gekommen sein, denn das in denselben auf keinen grünen Zweig zu kommen ist, weiß schließlich Jeder. Daß der Andrang zu den Kolonien ein großer ist, wird natürlich von den Gründern derselben dahin ausgelegt, daß sich der sogenannte „Arbeiter“ da so wohl fühle wie der Fisch im Wasser. Daß der Andrang nur deshalb stattfindet, weil es noch viel schlimmer ist, arbeits- und obdachlos auf dem Pflaster zu liegen, ist ein für die Herren unfaßbarer Gedanke. Wie es in dem Berliner Kolonie-Cyclusum aussteht, geht aus folgender Schilderung hervor:

Die Arbeiter sind in zwei Klassen eingetheilt, die „weitere Güte“ sind die Lohnarbeiter, „erster Güte“ ist die Stütze der Altkorndarbeiter. Der Lohnarbeiter erhält pro Tag 90 baare Pfennige, er darf also pro Woche 5,40 M. Lohn sein nennen. Dieser schöne Lohn ist sich sofort in Wohlgefallen auf, denn hieron hat er folgende Abzüge zu bezahlen: Kostgeld (70 Pf. pr. Tag) gleich 4,90 M., Altkorngeld (12 Pf. pr. Tag) = 84 Pf., das macht pro Woche 5,88 M. Bilanz: Einnahme 5,40 — Ausgabe 5,28 — Ueberschuß pro Woche 12 (zwölf) Pfennig! Selbst der Arbeiter will nun jede Woche ein frisch gewaschenes Hemd anziehen, das Waschgeld kostet 10 Pf., so daß er noch über ganze 2 Pf. disponieren kann, da darf er sich aber nicht raufen lassen, sonst sind diese auch schon verausgabt. Der Mann läßt sich aber nicht raufen, er will für den Sonntag ein luxuriöses Leben führen. Er macht also einen krummen Buckel, entsetzt seinem Reichthum von 2 Pf. und sucht bei dem Herrn Inspektor um eine Audienz nach. Er wird empfangen und wenn er viel Glück hat, wird ihm der Anlauf von — einer Stange Kautabak bewilligt. Damit wird nun während des ganzen Sonntags renommirt, ein Nestchen bleibt schließlich auch für die Woche übrig.

Die Altkorndarbeiter in der Tischlerei und Bürstenfabrik sind wohlhabende Leute im Verhältnis zu dem Lohnstarven. Einzelne der Altkorndarbeiter machen ein Plus von 2 bis 3 Mark pro Woche, — aber das sind nur Einzelne, die Mehrzahl rangirt auf dem gleichen Nivoe wie die Lohnarbeiter. In der Strohhäufensfabrik giebt es 4 oder 5 glückliche Plankmacher. Wie arbeiten aber auch diese Leute! Sie verzichten auf jede Lebensfreude, sie sind nur noch als zufällig Mensch gewordene Maschine zu betrachten.

Bei dem weitaus größten Theil der Arbeiter ist die Möglichkeit, etwas zu verdienen, überhaupt ausgeschlossen. Wir führen für diese Behauptung folgendes Beispiel an: Etwa 50 Kolonisten werden in neuester Zeit mit Kaffeelernen beschäftigt, — eine bekannte Strafanstalts-Arbeit. Für das Lesen eines Hundes Kaffee wird 1 1/2 Pf. bezahlt. Das Lesen besteht darin, daß aus einem Saal voll roher Kaffeebohnen die schlechten, farbigen oder zerbrochenen Bohnen herausgesucht werden müssen. Das ist eine ziemlich mühselige Sache. Um das Tagespensum (d. i. das Kostgeld u. s. w.) zu erreichen, müssen ca. 55 Pfund Kaffee gelesen werden. Nun denke man sich einen Mann der schwieligen Faust — Kaffee lesen! Der muß schon ein Taufend-läufer sein, wenn er es auf 30 bis 40 Pfund bringt! Da dekretirt der Inspektor einfach, es muß Abends zwei Stunden länger gearbeitet werden, denn das Pensum muß erreicht werden. So sitzen nun die Kernisten bis Abends 9 Uhr festgebunden an den Tischen mit kalten Füßen und klammen Händen, denn behaglich warm ist es in den Arbeitsstunden keineswegs. Und wenn die Kolonisten auch noch diese Zeit gearbeitet haben, dann haben sie doch noch ein Paar Groschen Schulden zu verzinsen. Sie müssen das dann sehr oft hören, denn das schlimmste Verbrechen eines Kolonisten ist, der Verwaltung der Kolonie noch etwas schuldig zu sein.

So sieht's in der Berliner Arbeiterkolonie aus. Und da wird von gewisser Seite noch behauptet, die Arbeiter seien glücklich, wenn sie in der Kolonie Aufnahme fänden. Wer in diesem „Glück“ Gezüge findet, dem ist nicht zu helfen, wir wissen aber, daß der Arbeiter erst dann wirklich glücklich sein kann, wenn er in einem Staat lebt, der den vollen Ertrag der Arbeit ihm gewährt.

Im Zentral-Arbeitsnachweis für Arbeitslose herrscht jetzt naturgemäß ein kolossaler Andrang. Der Nachweis befindet sich bekanntlich neben der Wärmehalle am Alexanderplatz, gegenüber vom Polizeipräsidium. Eintritt hat aber nur der Arbeit-suchende, der 20 Pf. zu zahlen in der Lage ist. Trotzdem sprechen etwa 400 Personen täglich dort vor. Von Morgens 8 Uhr bis Abends 1/2 Uhr dürfen die Leute auf Arbeit warten — in den meisten Fällen allerdings vergeblich. Die „Beamten“ des Nachweises sind sich der Verantwortlichkeit ihrer Stellung wohl bewusst, sie haben einen derben Unteroffizierdickum am Leibe, so daß man oft meint, die Arbeitssuchenden seien Rekruten, die Angelegten Unteroffiziere. Der Herr Inspektor hat z. B. eine Stelle. Er wird von allen Seiten um die Adresse besorgt. Eine Fluth von Schimpfwörtern entströmte dem Gebege der Böhme des Ge-strengen: Was wollt Ihr? Ihr Stroche, die Ihr so nach Arbeit

schreit, müßt alleammt hinausgeschmissen werden! Das Heraus-schmeißen bezogte der Herr Inspektor aber nicht selbst, diese Arbeit ist dem Herrn Kontrollleur vertrauensvoll überlassen. Dieser Herr war früher Schlossergeselle und ist nicht wenig stolz auf seine Körperkraft. Vergangenen Dienstag verübt dieser Herr einen Hinauswurf, am Mittwoch theilte er erst Ohrfeigen aus und läßt sich erst dann in dem Geschäft des Hinauswerfens. Daß der Nachweis noch ganz gute Geschäfte macht, geht aus der Thatsache hervor, daß sich vom 1. bis 30. Januar gegen 700 Personen neu haben einschreiben lassen. Beschäftigung erhielten gegen 100 Personen, — zu welchem Lohn und unter welchen Bedingungen ist nicht zu kontrolliren. Auf jeden Fall sind dieselben bis heute noch nicht Hausbesitzer geworden.

Ueber den Abschnitt der Postanweisung bringt der „Anz. für Komtoir und Bureau“ folgenden beachtenswerthen Artikel: Das Geschäftsbüro A. hatte einen sehr regen Verkehr in Postanweisungen, meist auf kleinere Beträge lautend. Die Abschnitte wurden bei der Ankunft sofort von den Anweisungen getrennt und der Betrag nach Erkennen dann in das Kassendbuch eingetragen. Die Uebertragung in das Kontenbuch erfolgte aus dem Kassendbuche. Nun begab es sich, daß bei Abschluß der Bücher sich ein Fehlbetrag von 30 M. vorfand, ohne daß es den vereinten Anstrengungen des Buchhalters und Kassirers gelingen wollte, den Fehler ausfindig zu machen. Da erhielt eines Tages die Firma A. eine Postkarte von einem Kunden, durch welche derselbe um Bestätigung des Empfanges einer Postanweisung bat. Dem Buchhalter fiel dies auf, da der Kunde bisher eine derartige Forderung nie gestellt hatte. Im Kassendbuch waren 30 Mark für denselben eingetragen. Man sah aber nicht allein im Kassendbuche nach, wie es sonst bei Bestätigungen üblich war, sondern man suchte auch den Abschnitt, welcher zu der Postanweisung gehörte, hervor. Auch hier fanden 30 M., indes fand sich bei näherer Prüfung, daß der an der 8 aufwärts gezogene Strich in einer lichterlen Färbung erschien als die übrigen Züge der 8 und 6. Infolge dieser Wahrnehmung hatte man allen Grund, sich zunächst bei der Post zu erkundigen, ob die betreffende Postanweisung wirklich den Betrag von 30 und nicht vielleicht von 50 M. enthalten habe. Die erhaltene Auskunft bestätigte den Verdacht. Nicht 30, sondern 50 M. waren eingezahlt worden und damit klärte sich auch die Differenz in der Kasse auf. Die Firma nahm an, daß es auf einen Betrag abgegeben war. Man stellte dem Kunden eine Falle. Er sollte veranlaßt werden anzugeben, welchen Betrag er eingezahlt. Er gab denselben auf 30 M. an und hielt man nunmehr die betrügerische Absicht für zweifellos. Nun hatte der Kunde aber die Falle gemerkt. Er schrieb einen ziemlich groben Brief an die Firma, und rügte deren unordentliche Buchführung, da sie nicht einmal im Stande sei, ihm über seine Zahlungen Auskunft zu geben. Er verzichtete auf die Mittheilung, da er den verlegten Postschein wiedergeliefert und daraus ersehen habe, daß er irrtümlich nur 30 M. eingezahlt habe. Gleichzeitig berichtete er seine Reue über den Betrag von 30 M. für die Firma A. war bei der Sache weiter nichts zu thun, da sich nicht nachweisen ließ, daß der Kunde die Fälschung begangen.

Für die Postbeamten besteht keine Vorschrift zu prüfen, ob der eingeschriebene Betrag auf der Postanweisung mit dem Abschnitt übereinstimmt. Für die Post ist nur die Anweisung maßgebend.

Es ist somit dem Adressaten nur zu rathe, genau zu prüfen, ob die auf der Postanweisung und dem Abschnitt nieder-geschriebenen Beträge übereinstimmen.

Die der größten Schemenwürdigkeiten Londons ist das Hauptpostamt an jedem Nachmittage um 6 Uhr. Um diese Zeit schließt die Annahme für die „foreign mail“ für die ausländische Post. Für die Aufnahme der Briefe und der Zeitungen sind Briefkasten bestimmt, deren Umfang an die Größe Noah erinnert und deren Einschnitte von einer Weite sind, daß ein Mann bequem hineinklettern könnte. Anfang ist dadurch vorgebeugt, daß die Briefe in eine für Unbefugte unerschließbare Tiefe versinken. Punkt sechs Uhr aber schließen diese Kassen sich auf automatischen Wege. Nun ist es ein über alle Maßen festselndes Schauspiel, daß auch stets Hunderte von Neugierigen anjehet, diejenigen zu beobachten, welche die Postaufgabe bis zum letzten Augenblick hinaus-geschoben haben und nun heranstürmen, um noch vor Thorschluss zu kommen. Wer bis auf eine, ja, auch nur eine halbe Minute vorher eintrifft, hat es gut. Die Menge, welche immer mehr anschwillt, weil jeder, der seine Last losgeworden ist, einen Moment verbleibt, um die weiteren Vorgänge zu beobachten, läßt willig eine Gasse offen. Nun aber hebt die große Glocke zum Anschlagen der Stunde aus. Langsam, schwerdröhnend schallen ihre Schläge, weithin vernehmbar. Wer bis dahin zur Post lief, jagt und flieht nun. Athemlos kehrt er mit seiner Last heran. Schon ist der zweite und dritte Schlag verklungen, neue Boten erscheinen auf den Stufen und nun, da sie die Briefkästen kaum noch erreichen können, beginnen sie, ihre Burfgeschicklichkeit zu zeigen. In weitem Bogen über die Köpfe der Zuschauer fort fliegen die zusammengewinkelten Pakete, die allermeisten erreichen ihr Ziel und verschwinden, wo ein daneben fällt, helfen freundliche Hände nach, es schlägt 4 — 5 — noch ein besonders großes Bündel Zeitungen nimmt im Fluge einen Hut mit in den Oerks — 6 — die Klappe fällt und fürchtbar ent-tauscht zieht der Bote ab, der nun ein beträchtliches Straßporto zu zahlen hat. — Wenn auch nicht in ganz solchem Umfange und mit ganz solcher Hast, so spielten sich doch ähnliche Szenen gestern Mittag um 2 Uhr bei Herrn Lütten hinter dem Gishause ab. Um 2 Uhr war der letzte Termin für die Annahme der Selbst einschaltungen, und wie nicht anders zu erwarten, hatten sehr viele die allerdings nicht gerade „reizende“ Aufgabe bis zum letzten Momente verschoben. Auf den verschiedenen Post-Akannahmestellen in der Stadt hatte man sich schon während der letzten Tage kluger Weise gerüstet. Wer einen Einschreibebrief an „Lütten“ hatte, brauchte das nur zu sagen, um sofort abgefertigt zu sein, denn die Post-Empfangs-beschleunigungen lagen fertig ausgegeschrieben und bis auf die Unterschrift aufgehäuft da. In einigen Postbüros des Westens sollen bis zu 1000 solcher Einschreibebriefe aufgegeben worden sein. Aber sehr groß war auch die Zahl Derer, welche meinten, daß sie am besten thäten, ihre Antwort auf seine freundliche Einladung Herru Lütten persönlich zu überbringen und die sich deshalb in die Höhe des Lütten begaben. Hier stand auf dem Vorlur ein Briefkasten mit einem Umfang, desgleichen man in Berlin noch nicht gesehen. Wenn er sich ein wenig mehr auswächst, wird er die Größe eines bescheidenen Häuschens haben. Und hier hinein wanderten laut Anschlag die Selbst einschaltungen. Wie viele Millionen wird sein unerfährlicher Wagen im Laufe der letzten Tage verschlungen haben? Von zwölf Uhr an kamen die Spätlinge, von ein Uhr an die Säumigen, von halb zwei Uhr an die Vergesslichen, denen ihre Sünden und ihre etwaigen Folgen noch im letzten Momente einfielen. Sie kamen zu Fuß, in Droschken und in Equipagen, es war eine sehr stattliche Zahl und der Vorjaal war stets gefüllt, gerade so wie es schließlich der Briefkasten mit dem Riesenbauch war. Man hatte Fürsorge getroffen, Punkt zwei Uhr die Zeitgrenze zu markiren. Wer zu spät kam, wird es vielleicht später empfinden, daß Pünktlichkeit neben anderen ihr zugeschriebenen Bedeutungen in diesem Falle auch die Weisheit des Stenerzahlers war.

Das vergebliche Warten der zu einer Schöffengerichts-Verhandlung geladenen Zeugen wurde neulich in der Presse gerüht. Daß diese Klage Erfolg gehabt hat, geht aus folgender Mittheilung der „Volksztg.“ hervor: Eine Anklage wegen grober Unfug sollte vorgestern vor der 96. Abtheilung des Berliner Schöffengerichts verhandelt werden. Der Termin war um 10¼ Uhr anberaumt, die Sache gelangte aber erst später zum Aufsat. Da nachher noch zahlreiche Verhandlungen mit sehr vielen Zeugen anstanden, beschränkte sich der vorstehende Richter auf die Feststellung der Personalien des Angeklagten.

für deren einen ein Rechtsanwalt als Vertreter erschienen war, und verlagte alsdann die Fortsetzung der Verhandlung auf 1/2 Uhr. Als Grund für diese außergewöhnliche Maßregel gab der Vorsitzende an, daß in dieser Sache eine zeitraubende Verlesung einer Broschüre stattfinden müsse und die Erörterung der Rechtsfrage viel Zeit in Anspruch nehmen würde. Er könne und wolle es aber nicht verantworten, daß wie jüngst in einer anderen Abtheilung geschehen ist, deshalb so zahlreiche Personen stundenlang auf dem Korridor warten müßten. Gegen 1/2 Uhr waren die Verhandlungen noch nicht bis zum Schluß geblieben — es fanden deren außer der genannten noch vier andere an. Der geladene Rechtsanwalt erklärte, daß er sich nunmehr entfernen würde. Da nun die beiden erschienenen Angeklagten eine Trennung der Sache nicht wünschten, beschloß der Gerichtshof, die Verhandlung auf eine Woche zu vertagen.

Eine noch nicht aufgeklärte Angelegenheit, die ein Menschenleben zum Opfer gefordert hat, beschäftigt gegenwärtig die Behörden. Erst am Donnerstag ging von einem Berichtserstatter, der mit der Kriminalpolizei Fühlung unterhält, den hiesigen Zeitungen eine Notiz zu, laut welcher in der Nacht vom 14. zum 15. Januar auf dem Alexanderplatz eine Schlägerei stattgefunden habe, bei welcher auch das Wasser eine Rolle gespielt haben soll. Als der Strahl weitbin hörbar wurde, eilten Nachtwächter und auch Schutleute hinzu, um den Streit zu schlichten. Einer der an dem Streit Beteiligten war der Gutmocher Orkar Niemann. Es ist noch nicht festgestellt, welche Szenen sich von dem Augenblick an abgespielt haben, in welchem die Nachtwächter einschritten. Thatsache ist aber, daß Niemann mittelst Drosche um 5 oder 1/2 Uhr früh nach dem 30. Polizeirevier in der Elisabethstraße transportiert worden ist. Niemann war schwer verwundet, er hatte eine scharfbare Verletzung am Unterleib, von einem Säbel oder breitem Messer herrührend. Das Revier ist kaum eine Viertelstunde vom Krankenhaus entfernt, ein Kranentransport-Institut ist in fünf Minuten zu erreichen. Der schwer Verletzte wurde erst um 1/2 Uhr im südlichen Krankenhaus am Friedrichshain eingeliefert, wo er in der Nacht vom 17. zum 18. seiner Verletzung erlegen ist. Die Direktion des Krankenhauses hat die Staatsanwaltschaft von dem Vorfalle benachrichtigt und diese hat eine Untersuchung eingeleitet. Unter den Beamten, welche in den Streit eingriffen, befand sich auch der städtische Wächter Karl Lehmann. Dieser hat seinen Säbel gezogen und nach dem Zeichenbefehl rührt die Wunde des Verstorbenen von einem Säbelhieb her. Ob die Angabe, Niemann sei gefittentlich oder versehentlich selbst in den Säbel des Wächters gerannt, zutreffend ist, wird wohl die Untersuchung ergeben.

Das Urtheil wider die Mächts wird mit dem Ablauf des heutigen Tages rechtskräftig, da Revision nicht eingelegt worden ist. Die Verbrechenin dürfte in der alternativen Zeit nach der Strafanstalt in Luckau überführt werden. — Beiläufig sei bemerkt, daß in dieser Anstalt ein Sohn des früheren Polizeipräsidenten von Berlin, Herr von Madat, die Direktorstelle bekleidet.

In der Köpenicker Mordsache ist gutem Vernehmen nach eine Wendung eingetreten, insofern als die Schützt ihren Bräutigam künftighin zu verlassen sucht. Sie hat nämlich ihr früheres Geständniß, daß sie ihren Mitschuldigen in die Wohnung des Ermordeten hineingelassen habe, wieder zurückgenommen und behauptet nun, daß Verbrechen ganz allein ausgeführt zu haben. Rutille selbst bestreitet hartnäckig jede Theilnahme an der That. Es sind jedoch bei ihm zwei Taschentücher beschlagnahmt worden, die eine starke Abfärbung zeigen und daher zur Untersuchung dem Gerichtsmitr Dr. Rein überwiesen worden sind. Der Beschuldigte erklärt, daß es lediglich rothe Farbe wäre; Dr. Rein hat demgemäß festzustellen, ob nicht vielmehr die bedenkliche Färbung der Tücher von Menschenblut herrühre. In diesem Falle wäre ein wichtiges Indizium für die Schuld des Rutille gefunden.

Drilltage sind gestern bei der ohnehin schon reich mit Kindern gesegneten Familie des Arbeiters Ebert, Fuhrwerkstr. 33, eingeleitet. Die drei Knaben sind recht munter, denn sie wissen nicht, welche Bedrängniß ihr Erscheinen den Eltern verursacht.

Die Schwäne der Havel und Spree werden, sobald im Winter strenge Kälte sich einstellt und die Flüsse sich mit Eis bedecken, in ihr Winterquartier nach Spandau gebracht; dasselbe befindet sich hier auf dem Röhrlengraben. Nach Spandau werden befördert die Schwäne auf der Unterhavel bis Kladow, auf der Oberhavel bis Oranienburg und auf der Spree bis Berlin. Die Einbringung verursacht diesmal wegen des so plötzlichen Eintretens des scharfen Frostes nicht geringe Schwierigkeiten; viele Thiere müßten losgerast werden. Hier werden die Schwäne auf Kosten des Hofjagdams mit Gerste gefüttert. Sobald aber das Eis vor der Sonne zerrinnt, duldet es sie nicht länger auf dem Röhrlengraben. Sie unternehmen dann aus eigenem Antrieb zu Wasser die Wanderung nach ihren früheren Stätten, und alsbald beginnt unter ihnen das Liebesleben, wobei es zwischen den Männchen oft blutige Kämpfe seht.

Die Havel fordert im Sommer wie im Winter ihre Opfer an Menschenleben. Der Fluß und die Seen sind jetzt in weiter Ausdehnung mit Eis bedeckt, und des Eisports wegen kommen täglich hunderte von Schlittschuhläufern, die meist mit den lokalen Verhältnissen nicht vertraut sind. Da halten wir es für geboten, auf die Gefahren aufmerksam zu machen, welche das Betreten des Eises an verschiedenen Punkten im Gefolge haben kann. Die größte Vorsicht ist bei Benutzung der Eisbahn der Unterhavel und ihrer Seen zu üben. Wer dort die Verhältnisse nicht genau kennt, soll sich lieber fernhalten. Die Bahn wird von der Regierung nicht verpachtet, und niemand hat die Pflicht, für die Sicherheit des Publikums zu sorgen. Vor allem entferne man sich nicht zu weit von den bewohnten Anstadelungen der Ufer. Anders verhält sich die Sache mit der Oberhavel und dem Tegeler See. Hier hat ein Pächter die erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen zu treffen. Das Eis hat übrigens schon eine solche Stärke erlangt, daß Pferd und Wagen dasselbe passiren können.

Polizeibericht. Am 21. d. M. Morgens wurde der Bauwächter Sely in einem Zimmer des Neubauses Nylsestr. 21 durch Kohlenrauch, der aus einem brennenden Heizofen entströmte, betäubt aufgefunden und nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht. — Vor dem Hause Gräner Weg 36 fand Nachmittags ein Zusammenstoß zwischen einem Möbelwagen und einem Arbeiterwagen statt, wobei der Fahrer des Letzteren von seinem Eig herabgeschleudert wurde. Er erlitt dabei einen Bruch des Oberarms und mußte nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht werden. — Im Laufe des Tages fanden 3 Brände statt.

**Berichts-Beitrag.**

Ein sozialdemokratisches Liederbuch hat dem Verfasser dem Schriftsteller Max Regal, sowie dem früheren Redakteur des „Vorwärts“, Kurt Baake, eine Anklage wegen Aufreizung verschiedener Gesellschaftsklassen gegeneinander zugezogen, die gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I verhandelt wurde. Das fragliche Buch ist bei Dieck in Stuttgart verlegt worden. Der Angeklagte Baake, der hier gleichzeitig einen Handel betrieb, erhielt eine Sendung von mehreren hundert Exemplaren, welche von der hiesigen Polizei als im erwähnten Sinne die öffentliche Ordnung gefährdend, in Beschlag genommen wurde. Im gestrigen Termine stellte sich heraus, daß der Angeklagte Regal

in München wohnt, während der Mitangeklagte Baake seinen Wohnort nach Hamburg verlegt hat. Der Gerichtshof war auch der Ansicht, daß die Verbreitung von Stuttgart aus geschehen sei und erklärte sich deshalb für unzuständig.

Es scheint jetzt schon ziemlich sicher zu sein, daß der Prozeß Prager das Schwurgericht noch einmal wird beschäftigen müssen, denn es soll kein Zweifel mehr darüber obwalten, daß der Oberlieutenant a. D. von Koge, welcher als Geschworener in jenem Prozesse fungierte, zur Übernahme des Geschworenenamtes nicht besugt war. Nach § 84 des Gerichtsverfassungsgesetzes kann dieses Amt nur von einem Deutschen versehen werden und Herr von Koge soll thatsächlich österreichischer Staatsangehöriger sein. Derselbe ist ursprünglich Deutscher, hat sich dann aber vor langen Jahren in Oesterreich naturalisiren lassen, ohne daß nach seiner Rückkehr nach Deutschland ein formeller Wiedereintritt in den preussischen bzw. deutschen Unterthanenverband stattgefunden hätte. Dem Vernehmen nach hat der Präsident des Schwurgerichts gestern bei Gelegenheit der Ausloosung der Geschworenen Herrn v. Koge direct nach dem Sachverhalt gefragt und soll von diesem die Antwort erhalten haben, daß er selbst nunmehr zweifelhaft darüber geworden sei, ob er zum Geschworenenamt qualifizirt erscheine. Da Herr v. Koge, der übrigens unserer Erinnerung nach s. Z. auch im Prozeß Gräf als Geschworener fungierte, bei verschiedenen Verhandlungen dieser Periode als Geschworener mitgewirkt hat, so dürfte sich vielleicht auch für alle diese Prozesse die Ungiltigkeit ergeben. — Die Mutter und der aus Wien hierher geleitete Bruder der Frau Dr. Prager, welche jetzt täglich viele Stunden auf dem Korridor des Gerichtsgebäudes darauf warten, daß ihnen die Sprech-erlaubnis gewährt werden soll, haben jetzt übrigens Herrn Rechts-anwalt Dr. Frey Friedmann damit betraut, die Sache der Frau Prager weiterzuführen. Dr. Fr. war schon von Anfang an dazu außersehen gewesen, die Vertbeidigung in Gemeinschaft mit Herrn Rechtsanwalt Klausnig zu führen, da sich aber in dieser Beziehung Differenzen herausstellten, blieb der letztere der alleinige Sachwalter der Frau Prager.

Ein gelbeses Ringelein hat der ehrenwerthen Frau Kimmel, welche gestern als Zeugin von der Verurtheilung des Straflammer erschien, viel Verdruß bereitet, denn es war ihr Trauring, der eines Tages verschwunden war und da ihr Ehe-mann in solchen Dingen seinen Spah versteht, so hat die Kerntse viele böse Stunden durchkosten müssen. Frau Kimmel hatte eine mit ihr in demselben Hause wohnende Freundin Namens Rein. Beide hielten treu zu einander in guten und in bösen Tagen; reichte die der Einen das Wirtschaftsgeld, bis zum Ultimo nicht aus, dann schloß die andere vor und langte bei der Einen der Kasse oder die Feuerung nicht zu, so erschien die Andere als die Wetterin in der Noth. Da erregte sich im Juli vorigen Jahres etwas, was die gute Freundschaft mit einem Schlage vernichtete und außerdem die Frau Rein auf die Anklagebank brachte. Frau K. vermählte nämlich eines Tages ihren goldenen Trauring und alles Suchen nach demselben war vergebens, obgleich sich Frau R. eifrig an dem Suchen betheiligte und die vor ihrem Manne zitternde Freundin tröstete. Da kam der letzteren ein schwarzer Verdacht, den sie auch der Polizei mittheilte. Die Folge war eine polizeiliche Hausdurchsuchung bei Frau R., welche zunächst von dem Verbleib des Ringeleins nichts wissen wollte, dann aber, als zum Oeffnen ihrer Behältnisse gedrungen werden sollte, einen Pfandschein präsentierte und eingestand, daß sie aus Ueberfluß an Geldmangel den Ring heimlich genommen und versteckt habe. Sie wollte der Meinung gewesen sein, daß die Freundin event. Nichts dagegen haben werde. Das Schöffengericht verurtheilte sie wegen Diebstahls zu 1 Tag Gefängniß. Auf die von der Angeklagten eingelegte Berufung hatte sich die Strafkammer mit der Angelegenheit zu befassen. Rechtsanwalt Dr. Haase als Verteidiger der durch die Strafe schwer bedrückten Angeklagten suchte in juristischer Beziehung den Nachweis zu führen, daß die Angeklagte bei der innigen Freundschaft, welche sie mit der Zeugin verknüpfte, in der That hätte annehmen können, daß die letztere gegen die Mitnahme des Ringes nichts haben würde. Nach seiner Meinung begiüne die strafbare Handlung erst mit der Hingabe des Ringes an den Pfandleiher, dann liege aber nur eine Unterschlagung vor, welche mit Geld geföhnt werden könne. Die Staatsanwaltschaft selbst habe die Sache nicht so schlimm aufgefaßt, denn der an dem Schöffengericht amirende Staatsanwalt habe ihm selbst die Verschreitung des Unabwesenden angerathen. Für die Zeugin ist die Geschichte allerdings schlimm genug ausgefallen, denn, wie sie mit betrübter Miene eingestand, hat ihr Ehe-mann ihr diesen Streich ihrer Freundin lange nicht vergeben und ihr den goldenen Reifen bis zum heutigen Tage nicht wieder anvertraut wegen — leichtfertigen Umgehens mit einem solchen Talisman! — Die Verurtheilung kam zu der Ansicht, daß hier Diebstahl vorliege und der Vorsitzende bedauerte sogar, daß der Gerichtshof das Strafmaß nicht erhöhen könne, da sonst bei der Raffinirtheit der Angeklagten und dem groben Vertrauensbruch auf eine „weit höhere Gefängnißstrafe“ erkannt worden wäre.

Der schlechte Ruf, in dem die Schlächter in Betreff ihres Schnellfahrens bei den Organen der Anklagebehörde stehen, zeigte sich recht deutlich in einer Verhandlung, die kürzlich vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Der Schlächtermeister Heinrich Laske befand sich wegen fahrlässiger Körperverletzung auf der Anklagebank. Am 23. September v. J. fuhren mehrere Schlächterwaggen von der Zentral-Markthalle kommend, durch die Neue Friedrichstraße. Der Schlächtermeister König war der erste in der Reihe. Ein alter Herr, der den Straßenrand überschritt, wurde beinahe von dem Wagen gestreift. Jörnig schlug er mit seinem Stock gegen den Wagen. Der Stock zerbrach. Der alte Herr rückte sich, um die Stücke vom Pflaster aufzuslesen. In diesem Augenblicke kam auch Vöschle's Fuhrwerk heran und ehe dasselbe zum Stehen gebracht werden konnte, wurde der alte Herr von der Scheere zu Boden gestosen. Er erlitt nur leichte Verletzungen. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten ein Jahr Gefängniß und sofortige Verbastung, da nur eine energische Bestrafung im Stande sei, dem gemeingefährlichen Schnellfahren der Berliner Schlächter Einhalt zu thun. Der Gerichtshof erkannte auf 20 M. Geldstrafe. — Wegen der 20 M. werden die Schlächter allerdings anderen Leuten die Knochen ruhig weiter entzweihahren.

Zu dem in Nr. 15 abgedruckten Gerichtsfalle „Der seltene Fall“ theilt Herr Max Ray, Ballstr. 11, mit, daß er mit dem in dem Bericht erwähnten Zugsapierfabrikanten Ray nicht identisch ist.

Am Donnerstag Abend fand im „Zeppiger Garten“ eine zahlreiche öffentliche Verhandlung des Berliner Anwaltvereins statt, in welcher nach Erledigung der Tagesordnung das Verhalten des Landgerichtsdirektors Brausewetter in der Strafsache kontra Schweizer und Gen., wie auch sein sonstiges Verhalten in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Schwurgerichts einer Besprechung unterzogen wurde. In der Verhandlung herrschte allseitige Anerkennung darüber, daß in den zur Sprache gebrachten Fällen die sogenannten „Rechtsbelehungen“ des Herrn Brausewetter mit dem Gesetze nicht vereinbar gewesen und sein Verhalten gegenüber der Vertheidigung mit den Pflichten eines Vorsitzenden zur objektiven Leitung der Verhandlung und mit der dem Anwaltstande schuldigen Achtung in Widerspruch steht, daß somit eine Stellungnahme der gesammten Anwaltschaft gegenüber diesem Verhalten des Herrn Brausewetter sowohl im eigenen Interesse der Anwaltschaft, wie im Interesse der Rechtspflege dringend geboten sei. Es konnte jedoch nach Abgabe der Statuten des Vereins ein Beschluß von der Versammlung noch nicht gefaßt werden, weil

der Gegenstand noch nicht auf der Tagesordnung stand. Es wurde deshalb einstimmig beschlossen, innerhalb der nächsten acht Tage eine außerordentliche Versammlung des Anwaltvereins einzuberufen, in welcher über die erforderlichen Maßnahmen Beschluß gefaßt werden soll. — Wie und weiter mitgetheilt wird, zirkulirte gestern im Gerichtsgebäude in der Jüdenstraße unter den Rechtsanwälden eine Liste, die sich bald mit den Namen derjenigen Anwälde bedeckte, welche sich verpflichten wollten, vor Herrn Brausewetter nicht mehr zu plaidiren.

**Soziale Uebersicht.**

In Wiewer (Kreis Selbhausen) wurden die dem Verbannde angehörigen Bergleute gemahregelt. In der Zeitung deutscher Bergleute wird zu Sammlungen für dieselben aufgefordert. — Es leben unsere Freunde: die Feinde!

Bremen. Die Differenzen der Tischler mit den Inhabern der Werkstätte von Braasch & Zbindahl sind beigelegt.

Die Stettiner Droschkenbesitzer werden nicht streiken. Ihr „Prinzipal“, die Polizei, ist nachgiebiger gewesen, als die Droschkenbesitzer jedenfalls sein würden, wenn das von ihnen beschäffigte Fahrpersonal mit Forderungen hinsichtlich der Verbesserung seiner Lage an sie heranträte.

Ueber den Streik der Kutsher der Pariser Droschken-gesellschaft „Urbaine“ theilt die „Voss. Zig.“ Erseuliches mit. Danach kommt immer mehr Geld für die Ausständigen ein, abgesehen von den 10 000 Fr., die der Gemeinderath bewilligte. In Paris fahren jetzt ungefähr 10 000 Droschken; von diesen gehören 1800 der Urbaine, deren Kutsher sämtlich feiern. Die Kutsher der anderen Gesellschaften, sowie die kleinen Fuhrherren steuern emsig zur Unterstützung bei, jeden Tag mehrere Tausend Franken, wozu noch anderes kommt. Es ist sogar die Rede davon, die arbeitenden Kutsher ordentlich zu besteuern, wozu sich die meisten verstehen dürften. Dem seitdem die 1800 Droschken außer Betrieb sind, haben die anderen um so bessere Einnahmen. Ein Kutsher giebt gern 1 Frk. den Tag, weil er jetzt 3—4 Franks Mehreinnahmen hat. Dank der vielen Gesellschaften und Freistlichkeiten ist gerade jetzt eine gute Zeit für die Kutsher im Allgemeinen.

Welchen Umfang die Ausperrung der im Streik befindlichen gewesenen Buchdruckergehilfen annimmt, das lassen schon die bis jetzt bekannt gewordenen Zahlen erkennen. In Leipzig sollen nach der Angabe des „Korresp.“ von den 1500 Ausstehenden rund 900, in Berlin von nach gegnerischer Angabe 1600—1700 Ausstehenden 300 eingestellt werden, in Stuttgart sind 350 von 700, in Frankfurt a. M. von 300—400 sage und schreibe 15 eingestellt worden, in Dresden 130 von 370. In Breslau werden von der gleichen Zahl Ausstehender etwa 100 am Ort in Kondition getreten sein, Hannover behält, wie ein Inserat in heutiger Nummer vermuthen läßt, mindestens 150 Ausgesterrte von 400 im Streik gewesenen Kollegen übrig. Was den Mittelbrudstädten meldet Bremen das Uebrigbleiben von 40 anständigen und 19 zugereisten Kollegen — nicht mehr als 100 waren zusammen ausständig; Mainz behält von 70—80 Ausständigen 40 übrig ohne die Zugereisten und vorher Konditionsgelosen; in Würzburg besteht eine schwarze Liste von ungefähr 40 Mann — 70 bis 80 standen aus. Die „Sieger“ machen eben ganze Arbeit und sehen sich ein unvergänglich Denkmal; welchen Haß und Abscheu sie damit säen, wie unglücklich sie die Gehilfenschaft hierdurch gegen sich aufreizen, das bedenkten sie nicht. Dafür wird sich bald die im Gewerbe thatsächlich existirende Reservewelt bis auf den letzten Mann zahlen lassen und es wird sich zeigen, daß die gehilfenfeis vor dem Streik angegebene höchste Zahl eine unbeachtliche Beschönigung sondergleichen in sich schloß. Allein die oben aufgeführten 10 Städte, welche in normalen Zeiten zusammen etwa 3500 Gehilfen beschäftigen, weisen jetzt, wie obige Zusammenstellung ergibt, ein Arbeiterlokalentingent von 3700 Mann auf, das sind 38,95 pCt. — Angesichts dieser von den Unternehmern durch die Verweigerung des Neunstundentages veranlaßte vollständige Proletarisirung von Tausenden bilden sich die Buchdruckergehilfen noch ein, dieselbe so schnell behandelte Gehilfenschaft werde mit ihnen die sogenannte Larifgemeinschaft auf neue eingehen und dadurch die im Gegensatz zu den Einkünften anderer Gewerbetreibender verhältnismäßig hohen Reueuen der großen Buchdruckerbesitzer auch ferner auf Kosten des druckenden Publikums zu schätzen! Die Thoren!

Die Rache des Kapitals. Der Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer“ schreibt in seiner neuesten Nummer:

Die Prinzipalität schwoigt auf un noble Weise in ihrem „Siege“. Schwarze Listen von großem Umfang, Ausschluß der streikenden Gehilfen auf das geringste Maß zu beschränken; in den Mittelbrudstädten werden kaum 50 pCt. der Ausstehenden eingestellt, in den Großstädten dürfte das Resultat noch winziger sein. Zum Theile mögen diese Thatsache ja die Verhältnisse bedingen, vielfach aber tritt die Absicht der Ausperrung unserer prinzipientreuen Kollegen offen hervor. Auf Tausende beläuft sich die Zahl der Ausgesterrten! Demgegenüber rufen wir die gesammte Kollegen- und Arbeiter-schaft des In- und Auslandes zur Hilfe an für unsere Opfer! Seht die Sammlungen, seht die Extra-Nummern fort wie bisher! Schätzen wir unsere Bräutten vor der Verfolgung des Kapitalismus! Es ist die höchste Ehrenpflicht, den Ausgesterrten mit allen Kräften zu helfen!

Die Internationalität der Arbeiterbewegung im Allgemeinen, wie der Gewerkschaftsbewegung im Besonderen kommt bei der Unterstüzung der Ausständigen am allermeisten zum Ausdruck. Einen schönen Beweis für die Solidarität der Arbeiter aller Länder giebt auch die Abrechnung, welche über den Streik der Wiener Buchdrucker gegeben wird. Der Ausständen dauerte 18 Wochen und erforderte eine Gesamtausgabe von 177 733,16 Gulden. Die Einnahme ergab 118 319,34 Gulden, hiervon wurden 68 578,19 Gulden von der Arbeiterschaft Oesterreichs aufgebracht. Zu den weiteren 54 741,15 Gulden lieferten die verschiedenen Länder nachstehende Beiträge: Argentinien 34,34, Bulgarien 70,08, Dänemark 906,18, Deutschland 43 197,88 (74 951,60 M.), England 1843,81, Frankreich 678,60, Italien 1601, Luxemburg 46,12, Norwegen 213,54, Rußland 32,76, Schweiz 6887,88, Schweden 480,88, Serbien 56,00 und Spanien 43,50 Gulden. Diese Zusammenstellung ergibt uns nicht nur einen Beweis dafür, daß die Arbeiter aller Länder sich solidarisch fühlen, sondern sie zeigt auch, welche gewaltigen Summen durch die wirtschaftlichen Kämpfe, die nur eine Folge der gegenwärtigen ungeroegelten Produktion sind, ausgegeben werden müssen, um die Arbeiter vor der gemeinsten Sklaverei und Ausbeutung zu bewahren.

Spezialkongresse der Vertreter der einzelnen Industriezweige. Die Generalkommission hat in Aussicht genommen, nach der Generaldiskussion über die Organisationsfrage, Kongresse der Vertreter derjenigen Berufe, welche sich zu einer Union verbinden können, zu arrangiren. Schon bei der Konferenz in Halberstadt haben derartige Zusammenkünfte der Vertreter der einzelnen Berufszweige stattgefunden und hat sich die Einrichtung zur schnelleren Klärung der streitigen Fragen, als durchaus zweckmäßig erwiesen. Auf der Halberstädter Konferenz ist die Zusammenstellung der einzelnen Industriezweige



Soziale Uebersicht.

Ausflug verschiedener Genossen von Wilmersdorf an die Arbeiter von Wilmersdorf und Umgegend.

Am Mittwoch, den 13. Januar, tagte im Viktoriagarten zu Wilmersdorf eine öffentliche Volksversammlung mit der Tagesordnung: Die bevorstehende Kommunalwahl.

Schon die Bildung des Bureaus zeigte, welchen kleinbürgerlichen Charakter die Versammlung in Betreff der Gemeindevorwahlen einzunehmen gedachte, da, trotzdem dieselbe vom Vertrauensmann der Sozialdemokratie einberufen war, man huldvoll einen freisinnigen Grundbesitzer zum ersten Vorsitzenden wählte.

Nach einem Vortrage des Genossen Meyer, welcher schon den Ärger einiger Grundbesitzer erregte, so daß dieselben den Saal verließen, wählte die Versammlung eine Kompromißkommission von sieben Mann, darunter einen Freisinnigen und einen Konservativen, welche für die Gemeindevahl ein Programm auszuarbeiten soll.

Arbeiter von Wilmersdorf, dem gegenüber fordern wir Euch auf, weist jeden Kompromiß mit Entrüstung von Euch, denn niemals wird die arbeitende Klasse von den gegnerischen Parteien etwas zu erwarten haben. Wollt Ihr etwas erreichen, so ist es Eure Pflicht, als Sozialdemokrat auf eigenen Füßen zu stehen und nicht, wie von anderer Seite gewünscht wird, von Euch sagen zu lassen, daß die Arbeiterschaft von Wilmersdorf mit einem blau-rosa-rothen, verworrenen Programm in die Gemeindevertretung einziehe!

Arbeiter Wilmersdorf! Stellt selbst ein Programm auf, und zwar auf Grund des sozialdemokratischen Programms. Hütet Euch vor der Dummheit des Kompromisses, denn Ihr und Niemand sonst würdet die Zeche bezahlen.

Wir erinnern diesbezüglich an die letzte Reichstagswahl, wo gerade von diesen Hausbesitzern uns mit Gewaltthatigkeiten gedroht wurde, weil wir ihnen nach ihrer Meinung die schönen Tage angenehmer Lebens verkürzen wollten. Jetzt möchte man dieselbe Arbeiterschaft, gegen die man sich damals verging, als Afschneider für seine Zwecke gebrauchen und sie schließlich noch die Kosten dessen bezahlen lassen.

Wögen die Arbeiter von Wilmersdorf, welche in jene Kommission gewählt worden sind, bevor sie zur Ausarbeitung des Programms einer anderen Partei die Hand bieten, sich überlegen, ob dies den Interessen der Arbeiterschaft zum Wohle oder zum Schaden gereicht. Unter allen Umständen warte man eine öffentliche Versammlung ab, welche die Interessen der Arbeiter zu schätzen wissen wird. Lieber nur einen einzigen wirklichen Sozialdemokraten in der Gemeindevertretung, als einen Heuschler. Lieber unsere übrigen Stimmen — wenn wir nur einen Genossen aufstellen können — auf beliebige, nicht aufgestellte Personen zersplittern, als unsere Gegner zu häufen!

Arbeiter von Wilmersdorf, nehmt Eure Interessen ernsthaft wahr, handelt wie es sich für klassenbewußte Arbeiter geziemt, seid selbständig!

Quittung über bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in der Zeit vom 30. Dezember 1891 bis 13. Januar 1892 eingegangene Gelder. Quartalsbeitrag der Musikinstrumentenarbeiter 20.—, Armen Arbeiterschaft (Maison) 74.25, Hagen i. W., Arbeiterschaft (Maison) 179.50, Verband der Bauarbeiter 100.—, Quartalsbeitrag des Fadvereins der Töpfer Pamburg 5.—, Kontobucharbeiter bei F. A. Schmidt, Berlin 5.—, Maurer Bergedorf 23.50, Quartalsbeitrag des Verbandes der Logenbrüder 26.—, Quartalsbeitrag des Verbandes der Werftarbeiter 54.—, Quartalsbeitrag des Verbandes der Barbier 15.—, Verein der Rutscher Hamburgs von 1890 50.—, Quartalsbeitrag des Verbandes deutscher Textilarbeiter 60.—, Schuhmacher Barnstedts 50.—, Zimmerer Verband, Breech 25.—, Quartalsbeitrag des deutschen Tischlerverbandes (1. Quartal 1892) 480.—

H. Dammann, Kassirer, Sankt-Petersburger-Str. 13, I.

Versammlungen.

Die Volksversammlung, welche im „Reynpalastr“ abgehalten wurde, in der am 21. d. Mts. Abgeordneter Wedel über die Frage: Was lehren uns die letzten großen Streiks?, sprach, bot ein herzerhebendes Schauspiel. Schon Stunden vor der angelegten Zeit erschienen die ersten Versammlungsbesucher, deren Zahl im Verlaufe der Stunden lawnenartig anschwellte. Ganze Menschenströme ergossen sich in das Versammlungsgelände, Frauen wie Männer, in kurzer Zeit die weiten Räume bis in die zweite Galerie hinauf füllend; selbst der Bühnenraum wurde freigegeben und war im Handumdrehen von einer weltspinnigen Menschenmenge erfüllt. 5000 Personen und darüber hatten Einlaß gefunden, ungezählten Hunderten blieb der Eintritt infolge der schließlich erfolgten polizeilichen Sperrung des Lokals verweigert. Bald nach 8 Uhr eröffnete Genosse Kohlmann die impoante Versammlung. Nachdem sodann das Bureau, bestehend aus Kohlmann, Lätzerow und Timm, konstituiert worden war, nahm Wedel das Wort zu seinem Vortrage: Die großbürgerliche Gesellschaft, so führte derselbe aus, erfreut sich in Deutschland noch seines langen Besandes; denn noch treten immer mehr Erscheinungen zu Tage, welche deren längeres Bestehen in Frage stellen. Zu diesen Erscheinungen gehören auch die mit immer größerer Heftigkeit auftretenden Klassenkämpfe. Diese sind allerdings nicht Neues und wurden schon im Alterthume von unterdrückten Sklaven gegen ihre Herren geführt. Auch das ganze Mittelalter hindurch kamen die Klassenkämpfe mehr oder minder akut zum Ausdruck, jedoch nie mit solcher Schärfe wie in der Gegenwart. Dies lag in den damaligen Verhältnissen. Die damalige Produktionsweise war gegen die heutige eine primitive, kleinbürgerliche. Den Arbeitern war noch die Möglichkeit geboten, zur Selbstständigkeit zu gelangen. Ein so scharfer Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit, wie in heutiger Zeit, trat bei all den Kämpfen, von denen Redner einige historische Beispiele vom 13. Jahrhundert an vorführte, nie zu Tage. Charakteristisch ist aber, daß auch schon zu jener Zeit die Behörden sich auf die Seite der Unternehmer stellten. Diese feindselige Stellung der Staatsgewalt gegenüber den Arbeitern zieht sich durch die Jahrhunderte hindurch bis in die Gegenwart hinein. Das Koalitionsverbot ist bei uns erst in neuerer Zeit aufgehoben worden, nachdem die herrschenden Klassen das den Arbeitern zugesagte Unrecht zum Theil eingesehen hatten und jenes Verbot nicht mehr brauchten, da sie ohnedies Mittel genug besaßen, ihre Interessen nach Wunsch zu wahren. Wenn auch das Jahr 1848 in gewissem Sinne eine Arbeiterbewegung veranlaßte, so ist doch von einer solchen eigentlich erst seit den sechziger Jahren zu reden. Als die Bourgeoisie immer mehr politische Macht erlangte, erwachte auch bei den Arbeitern das Verlangen nach größerer Selbstständigkeit. Es entstanden Arbeiterorganisationen, Gewerkschaften, die theilweise noch heutigen Tages bestehen. Vor allem waren es die durch ihre soziale Stellung mehr

begünstigten Buchdrucker, welche sich zu organisieren anfangen und eine Organisation schufen, die heute noch besteht. Die Buchdrucker hatten hierbei mancherlei Vortheile vor anderen Arbeitern voraus. Das Buchdruckgewerbe ist von jeher ein mehr kapitalistisches gewesen. Der größte Theil der Gehilfenchaft hatte nicht Aussicht, sich eine Selbstständigkeit zu erringen, da es hierzu bedeutender Geldmittel bedurfte. Anders war es in anderen Gewerben und dies änderte sich erst mit der Entwidlung der kapitalistischen Produktionsweise. Infolge dessen bestand unter den Buchdruckern ein größerer Korpsgeist. Dazu kam, daß das Gewerbe, trotzdem es auf kapitalistischer Grundlage beruht, auf die Handarbeit angewiesen war. Trotz aller Bemühungen ist es auch heute noch nicht gelungen, Schmaschinen erfolgreich einzuführen. Allerdings soll jetzt in England eine Schmaschine erfunden sein, die alles bisher Dagewesene an Vollkommenheit übertrifft. Mit einer solchen Eventualität werden auch die Buchdrucker früher oder später zu rechnen haben, da der Kapitalismus durch die Klassenkämpfe sich immer mehr bemächtigt, Maschinen an Stelle der menschlichen Arbeitskräfte zu setzen. In anderen Gewerben war die revolutionäre Wirkung der Maschinen mit ein Hindernisgrund sich in ähnlicher Weise wie die Buchdrucker zu organisieren, während andererseits durch die Theilung der Arbeit und den veränderten Arbeitsprozeß die alten Organisationen zerrissen wurden. Dieser Prozeß hat in den letzten beiden Jahrzehnten in keinem Lande — Amerika ausgenommen — so revolutionärend gewirkt, wie in Deutschland. Deshalb ist es schwer, schnell Organisationen zu schaffen, die dem Kapitalismus dauernd Widerstand zu leisten vermögen. Neben dem Buchdruckerverbande besteht von den älteren Organisationen noch die der Zigarrenarbeiter. Auch hier hat die Maschine noch wenig Eingang gefunden, dafür aber die billige Frauenarbeit. Dieses Gewerbe bietet das merkwürdige Schauspiel der Rückkehr zum Kleinbetrieb aus dem Großbetrieb. Die behördlichen hygienischen Fabrikvorschriften haben viele Fabrikanten veranlaßt, den fabrikmäßigen Großbetrieb aufzugeben und kleine Arbeitsstätten einzurichten. Die Produktion ist größtentheils zur Hausindustrie geworden, welche die Organisation ungemein erschwert. Das Beispiel der Buchdrucker veranlaßt nun auch andere Arbeiter, sich zu organisieren, und so enthand allgemach eine wirkliche Arbeiterbewegung. Inmitten der kapitalistischen Produktionsweise ist es naturgemäß, daß ein Interessenkampf zwischen Kapital und Arbeit besteht, weil die Interessen beider grundverschieden sind. Der Kapitalist ist bestrebt, die Arbeitslöhne zu kürzen, die Arbeitszeit zu verlängern, der Arbeiter dagegen ist bemüht, die Arbeitslöhne zu erhöhen, die Arbeitszeit zu verkürzen. Dieser Interessenkampf zwischen Kapital und Arbeit wird sich um so mehr verschärfen, je mehr der gegenseitige Konkurrenzkampf der Unternehmer diese zur immer intensiveren Ausbeutung der Arbeiter drängt. Ein solcher Kampf zwischen Kapital und Arbeit bedarf daher wohlbedachter Vorbereitungen. Der Kapitalist befindet sich von vornherein dem Arbeiter gegenüber in einer machtvolleren Position, hat infolge seiner sozialen Stellung bestimmenden Einfluß auf die Staatsgewalt und macht diese seinem Interesse dienbar. Alle bisherigen Staaten waren noch Klassenstaaten, in denen die herrschenden Klassen sich die Staatsgewalt dienstbar machten. Die Klassengegensätze in der Gesellschaft übertragen sich auch auf den Staat und dieser muß Vieles thun, was er als Repräsentant der Gerechtigkeit nicht thun dürfte. Die Arbeiter lernen hieraus, daß der Einzelne machtlos ist und daß sie nur zur Waffe der Organisation greifen müssen. Der gleiche Gedanke hat sich aber auch in den letzten Jahren in den Kreisen der Unternehmer Bahn gebrochen und man beginnt, geschlossen gegen die Arbeiter vorzugehen. Die Arbeiter befinden sich demgegenüber betreffs ihrer Organisation in einer schlimmen Position. Zunächst kommt in Betracht die große Zahl, und — viele Köpfe, viele Sinne! Dann sind noch viele in den Traditionen aufgewachsen, welche die bürgerliche Gesellschaft in eigenen Interesse ihnen eingepflanzt hat; die Staatsgewalt hat ferner gleichfalls ein Interesse daran, daß die Dinge so bleiben, wie sie sind und trägt nach Kräften das Ihrige dazu bei durch Ausnutzung der bürgerlichen Machtfaktoren Schule und Kirche. Von diesem Gesichtspunkte aus hat das bekannte Wort: „Die Religion muß dem Volke erhalten bleiben“, eine sehr tiefe Bedeutung. Mit diesen Thatsachen haben die Arbeiter schwer zu kämpfen und die Beseitigung der Hindernisse geht nicht so schnell, wie wohl Viele wünschen. Die Abhängigkeit der Arbeiterschaft tritt zu Tage gelegentlich der Ausübung der politischen Rechte. Viele, sehr Viele wählen heute noch anders als sie sollten. Leider! Doch ist der Zustand nicht hoffnungslos. Diese Arbeiter lernen immer mehr erkennen, daß sie sich auf falschen Wegen befinden. Ihre Ansprüche erfordern vor allem Freiheit der Organisation und große Körperlichkeit. Der Organisation der Arbeiter werden aber die größten Hemmnisse in den Weg gelegt; deshalb ist sie, zumal in den 23 deutschen Vaterländern, nicht so durchzuführen, wie sie sein sollte. Dafür sorgen die verschiedenen Vereinsgesetze. Diese bilden die Handhabe, die gemeinsame Organisation für größere Bezirke unmöglich zu machen. Soll ein Kampf Aussicht auf Erfolg haben, so müssen die Arbeiter der jeweiligen Bezirke die Gewißheit haben, die Kollegen ganz Deutschlands hinter sich zu haben. Eine derartige Organisation ist aber nicht ohne Weiteres durchzuführen, da nach dem preussischen Vereinsgesetz politische Vereine nicht mit einander in Verbindung treten dürfen; in Sachsen und Bayern genügt schon die Beschäftigung mit öffentlichen Angelegenheiten zu diesem Verbote. Auch die Buchdrucker sind genötigt gewesen, ihre alte Organisation verschiedentlich umzugestalten. Während die Arbeiterorganisationen auf Schritt und Tritt verfolgt werden und viele zerstört worden sind, können die Unternehmer sich frei entfalten, ohne daß ein Staatsanwalt je Veranlassung nähme, gegen sie einzuschreiten trotz aller Ungefährlichkeiten, die sie begeben. (Redner erinnert nur an den Fall Kühnemann etc.) Der Staat thut auch hier das Seine. So bestehen in Königl. Staatsverwaltungen, bei der Marine u. s. w. Bestimmungen, nach welchen Arbeiter von der Arbeit ausgeschlossen sind, die sich zur Sozialdemokratie bekennen, auch wenn sie in politischer Beziehung in keiner Weise thätig sind. Das ist ein Maß von Intoleranz, die mit dem Begriffe der Gleichheit vor dem Gesetze im Widerspruch steht. Die Unternehmerklasse ist bestrebt, ihre Organisationen in der gedachten arbeitereindlichen Tendenz immer mehr zu vervollkommen. Diese Handhabung des Klassenkampfes muß bei den Arbeitern naturgemäß Ansehen und Erbitterung hervorrufen, sowie das Bestreben, die Erkenntnis dieser Thatsachen in immer weitere Kreise zu tragen und immer weitere Kreise zur Erkenntnis der herrschenden Ungerechtigkeit zu bringen. Die wirtschaftlichen Kämpfe der letzten Jahre zerfallen in zwei Kategorien: in Angriffsstreiks, die unternommen werden, um günstige Konjunkturen auszunutzen gleich den Unternehmern und Vortheile irgend welcher Art für die Arbeiter zu gewinnen, und in Abwehrstreiks, die unternommen werden, um das Bestreben der Unternehmer, in schlechten Konjunkturlagen die Lage der Arbeiter zu verschlechtern, zu hindern. Zur Ausb. bringt dieser berechtigten Behauptungen ist den Arbeitern von der bürgerlichen Gesellschaft die Koalitionsfreiheit anerkannt worden. Bei einem solchen wirtschaftlichen Kriege hat man, wie ein General in einer Schlacht, alle Faktoren abzumägen, um den Sieg zu erringen. Bei Angriffsstreiks ist zu erwägen, daß die Zeit der günstigen Konjunktur

für die einzelnen Gewerbe eine verschiedene ist. Dieser Umstand ist insofern von Bedeutung, als, wenn der Kampf einer streikenden Gewerkschaft über die normale Zeit hinaus dauert, diese auf die Unterstützung anderer Gewerkschaften angewiesen ist. Nach dieser Richtung hin haben die Arbeiter in Deutschland wenig zu erwarten, da die allgemeine Lage eine schlechte ist und die Arbeiterorganisationen erklärlicherweise schwach sind. Die englische Arbeiterklasse befindet sich der deutschen gegenüber in einer günstigeren Position. Sie hat es verstanden, sich große Organisationen und materielle Machtmittel zu schaffen. Dies war nur möglich durch die insuläre Lage Englands, durch dessen See- und Handelsmonopol. Die Arbeiter konnten dort größere Forderungen stellen und erhalten, als auf dem Kontinente. Zudem war die englische Bourgeoisie viel weitläufiger, als die deutsche ist; sie gewährte deshalb den englischen Arbeitern weit größere Freiheiten, als die deutschen Arbeiter besitzen. Diese günstige Lage der englischen Arbeiter hat sich aber immer mehr verschlechtert und zwar in dem Maße, als die Großproduktion auf dem Kontinente an Bedeutung gewann, als Deutschland, Frankreich und Amerika mehr und mehr zu Industriestaaten wurden und England auf dem Weltmarkt Konkurrenz machte. Diesen Umständen mußte England Rechnung tragen. Da in Deutschland die Arbeitslöhne wesentlich niedriger, Amerika in der Entwicklung der Maschinen-technik England überflügelt hatte, sah sich die englische Bourgeoisie veranlaßt, immer scharfer gegen die Arbeiter vorzugehen. Die englischen Arbeiter haben aber die veränderte Lage begriffen. Noch vor zehn Jahren wäre es unmöglich gewesen, denselben den Gedanken an eine internationale Verbindung beizubringen; jetzt macht sich auch bei ihnen immer mehr die fortschreitende Erkenntnis bemerkbar, daß die Arbeiter aller Kulturländer Hand in Hand gehen müssen. Diese Erkenntnis ist sichtbar in die Erscheinung getreten bei den internationalen Arbeiterkongressen in Paris und Brüssel. Bei dem letzten Streik der deutschen Buchdrucker sind die englischen Arbeiter zum ersten Male mit Enthusiasmus den deutschen Buchdruckern mit großen Summen beigeprungen. Diese Erscheinung ist von weittragender Bedeutung. Der Streik der deutschen Buchdrucker hat wiederum bewiesen, daß die bisherigen Kämpfe ungerecht sind, den Ansprüchen der Arbeiter gerecht zu werden. Die Buchdrucker hatten die bisher denkbar beste Organisation. Sie hatten auch begriffen, daß, im Falle dieselbe in Aktion treten sollte, sie materielle Machtmittel zur Verfügung haben müßten und haben dementsprechend Opfer gebracht. In Deutschland ist es bisher noch nicht dagewesen, daß eine Gewerkschaft mit einer Kriegskasse in Höhe von einer halben Million Mark in den Kampf trat. Wir haben gesehen, daß trotz alledem die Buchdrucker, trotz Organisation, trotz des sie befehlenden Korpsgeistes, trotz der gewaltigen Unternehmungen unterlagen. Für die erfolgte Niederlage sind eine ganze Reihe von Faktoren maßgebend. Einmal haben die Buchdrucker sich getrennt über die Widerstandsfähigkeit der Unternehmer. Diese sind unweil sehr reich und von sozialem Einflusse, standen zudem in dem Kampfe nicht allein, wurden vielmehr von staatlichen und städtischen Behörden und dem gesamteten Unternehmertum bereitwillig unterstützt. Die sächsische und bayerische Regierung machte ihnen sogar Militär dienbar, ein Verfahren, das entschieden verurtheilt werden muß. Wenn die Regierung jedergelt betont, daß der Staat ein Beschützer der Armen und Schwachen ist (Geldächter), dann darf sie nicht gerade gegentheilig handeln. Dazu kommen die Maßnahmen der Regierung gegen den Unterstühtungsverein, die feindselige Stellung gerade der freisinnigen Presse gegenüber dem Buchdruckerstreik. Die Buchdrucker haben durch diesen Streik erkennen gelernt, auf welcher Seite ihre Freunde und Feinde sich befinden. Diese Lehre ist nicht allein heilsam für die Buchdrucker, sondern für viele hundert Tausende von Arbeitern, die heute noch nicht wissen, auf welche Seite sie in politischer und sozialer Hinsicht gehören. Ferner kommt für die Niederlage der Buchdrucker in Betracht die ungeeignete Zeit, in welcher die gesamte Arbeiterschaft wie die einzelnen Branchen sich in einer Nothlage befinden, die herrschende Arbeitslosigkeit, die vielen Streikbrecher, — ein Umstand, welcher bei der fortschreitenden Proletarisierung der Massen die wirtschaftlichen Kämpfe immer mehr erschwert — und zu allem noch die Periode des wirtschaftlichen Niederganges. Alle diese Erfahrungen müssen jedem denkenden die Ueberzeugung aufzwingen, daß es mit diesen Kämpfen auf die Dauer nicht geht, daß die Chancen für die Arbeiter immer ungünstiger werden. Die Arbeiter müssen zwar fortfahren, sich zu organisieren, sich gewerkschaftlich zu organisieren und vermöge dieser Gewerkschaftsorganisationen bessere Lebensbedingungen sich zu erringen trachten, denn das bloße Vorhandensein einer thätigen Organisation wird die Unternehmer schon abhalten, Manches zu thun, was sie sich unorganisierten Arbeitern gegenüber erlauben würden. Die Arbeiter aber müssen erkennen, daß über diese Kämpfe hinaus sie noch weitere Ziele haben, daß sie sich nicht mit kleinen Konzeptionskämpfen innerhalb der heutigen bürgerlichen Gesellschaft begnügen, sondern diese Gesellschaft in eine bessere, sozialistische umzuwandeln haben, daß sie sich nicht nur gewerkschaftlich, sondern vor allem auch politisch betätigen, von ihren diesbezüglichen Rechten den ausgiebigsten Gebrauch machen, an Stelle der heutigen kapitalistischen Produktionsweise die gesellschaftliche sozialistische setzen. Dies ist die Aufgabe der ziel- und klassenbewußten Arbeiter. (Haußender Beifall.) Wedel beantragte hierauf die Annahme der Resolution, deren Wortlaut wir gestern bereits mitgetheilt haben.

Zu der dem Vortrage sich anschließenden Diskussion empfahl zunächst Duttmacher Bölle die Kontrollmarke als Kampfmittel. Buchdrucker John hielt dafür, daß der Buchdruckerstreik, wenn auch formell verloren, doch große Vortheile im Gefolge haben werde, schon durch die Aufklärung, welche die Berliner Kollegen, die in Berlin nicht wieder Arbeit finden, auch in die entlegensten Orte bringen würden. Die Buchdrucker seien nicht entmutigt, der Kampf werde f. B. mit erneuter Kraft und in größerem Umfange wieder aufgenommen werden. Größere Koalitionsfreiheit könne nur der Reichstag schaffen; derselbe habe aber bisher nur das Gegentheil getan. Es müsse eine den heutigen Verhältnissen angepaßte Organisationsform gefunden, Politik und Gewerkschaft völlig getrennt werden. Die Politik habe für die Zukunft zu sorgen, die Gewerkschaft für die Gegenwart; die Gewerkschaftsbewegung habe die Aufgabe, der heutigen Gesellschaft abzurufen, was möglich ist, mit den Waffen des Streiks und Boykotts. Redner plädierte für die Organisationsform der Buchdrucker.

Sandner Faetorow forderte zur Benützung aller den Arbeitern zu Gebote stehenden Mittel auf, um die politische und wirtschaftliche Macht zu erlangen, da durch Beiseitsetzen und Enthaltensamkeit nichts zu erreichen sei.

Frau Grobmann plädierte für Heranziehung der Frauen als Kampfgewinninnen. Würden erst die Frauen mit in der Bewegung stehen, so könnten die Männer mehr erreichen.

Fräulein Wabnitz skandirte der Vordrednerin in trefflichster Weise.

Schriftföher Kunfel versprach sich von dem rein gewerkschaftlichen Kampfe für die Zukunft nichts, empfahl vielmehr, neben der gewerkschaftlichen Organisation den politischen Kampf.

Maurer Wille zog aus dem Buchdruckerstreik die Lehre, daß die Zentralverbände nicht die wünschenswerthe Form der zu erstrebenden gesellschaftlichen Organisation seien.

Bebel stellte in seinem Schlusswort die weit verbreiteten Irrthümer betreffs eines Parteilebens an die streifenden Buchdrucker richtig. Die Partei sei nicht in der Lage, Hunderttausende herzugeben oder sich in die Gewerkschaftsbewegung einzumischen. Nebner kam dann noch einmal auf die Nothwendigkeit des politischen Kampfes zu sprechen. Würden wir uns am Parlamentarismus nicht mehr beteiligen, dann würden die herrschenden Klassen sehr vergrößert sein. Die Nichtigkeit der Parteitaktik würde bewiesen durch die Nachahmung, welche dieselbe in allen Ländern, wo es Sozialdemokraten giebt, findet. Auch in Frankreich machte die Sozialdemokratie erst Fortschritte, seitdem die Arbeiter am politischen Kampfe theilnahmen. Ohne die Benutzung des allgemeinen Wahlrechts würde auch in Deutschland die sozialdemokratische Partei nicht so bestehen, wie es der Fall ist. Der Parlamentarismus ebne die Wege zu den letzten Zielen der Partei. Man habe die Legislaturperioden von 3 auf 5 Jahre verlängert aus Furcht vor den Wahlen, man wolle Listen bewilligen auf Kosten des allgemeinen Stimmrechts — die Gegner zeigten gerade den Weg, den wir zu wandeln haben, Narren wären wir, wollten wir zurückgehen. Die Festung müsse von allen Seiten bestürmt werden, und je energischer wir vorwärtren, desto eher gelangen wir zum Siege! — (Anhaltender Beifall.)

Die Bebel'sche Resolution wurde hierauf einstimmig angenommen, ebenso eine Resolution zu Gunsten der Arbeiter-Kontroll-Marken.

Nachdem noch Bebel auf eine Anfrage des Maurers Karl Behrend bezüglich einer gegenseitigen Behauptung des Drechslers Legien aus Hamburg erklärt hatte, daß er niemals ein Gegner der Gewerkschaftsbewegung, vielmehr jederzeit ein Förderer derselben und Bekämpfer aller Gegenströmungen gewesen sei, schloß die Versammlung mit vieltausendstimmigen begeisterten Hochrufen auf die Sozialdemokratie und den Genossen Bebel. Unter dem brausenden Gesänge der Arbeiter-Marschallie entleerte sich langsam der Saal.

Das sozialdemokratische Agitationskomitee für den Osten Berlins hielt am 17. Januar in Schneiders Lokal, Preussenerstraße, eine imposante Versammlung für Frauen und Männer ab, in welcher Frau Kolbe über „Die Ursachen der Trunksucht“ einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag hielt. In einer Resolution erklärte sich die Versammlung mit den Ausführungen der Referentin voll und ganz einverstanden und verrieth reges für die Sozialdemokratie zu agitieren, damit das sozialdemokratische Programm zur schnelleren Durchführung gelange; mit Gesetzen wie dem gegen die Trunksucht vorgeschlagenen habe die Arbeiterschaft nichts zu thun, da dieselben nur das Proletariat hart trafen. Der Versammlung, welche mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie schloß, folgte ein gemüthliches Beisammensein mit Vortrag und Tanz.

Die Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen Berlins hatte zum 20. Januar eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung einberufen. Die rege besuchte Versammlung hörte zunächst einen Vortrag des Kollegen Lätzerow über das Thema: „Die außerordentlich schlechten Erwerbsverhältnisse des letzten Jahres und welche Maßnahmen gedenken wir für die Zukunft zu treffen?“ Während im letzten Jahre die Erwerbsverhältnisse schon schlecht zu nennen gewesen, so seien dieselben, wie der Vortragende meinte, im letzten Jahre geradezu miserable geworden und zwar infolge der ungeheuren Krisis. Nach einer eingehenden Erörterung der Ursachen derselben, der ganzen gesellschaftlichen Verhältnisse, schilderte der Referent die trübselige Lage des Schneidergewerbes im Besonderen und maß einen großen Theil der Schuld dem sich immer mehr breit machenden Inflationssphären zu. Zur Besserung der Verhältnisse empfahl der Vortragende den Weg der Organisation und Agitation und forderte zum Beitritt zu den bestehenden Organisationen auf, die Bedeutung der Koalition klarlegend. Ferner verpflichtete er die Allgemeinheit zur nachdrücklichen Unterstützung der Agitation, verlangte genügenden Arbeitererschutz und Erweiterung der politischen Rechte des arbeitenden Volkes und ermahnte die Anwesenden, in diesem Sinne zu handeln. (Beifall.) Seitens der Agitationskommission wurde folgende Resolution beantragt:

„Um eine Anbahnung besserer Verhältnisse zu ermöglichen und zu verhindern, daß sich die Arbeitsbedingungen noch mehr verschlechtern, ist es Pflicht aller Arbeiter und Arbeiterinnen des Schneidergewerbes, sich zu organisieren und dem Schneider- und Schneiderinnen-Verein resp. dem Militär-Schneider-Verein beizutreten. Ferner ist es Pflicht, die örtliche Agitation zu unterstützen, als die notwendige Vorbedingung, um in Zeiten günstiger Konjunktur kampfbähig und selbständig dazustehen. Da von dem Ausschuss der Vertrauensmänner jede Beihilfe zu den Kosten der örtlichen Agitation offiziell abgelehnt ist, ferner das auf dem Bernburger Kongress beschlossene Streikarten-System durch das schädigende Vorgehen mehrerer Städte bedeutungslos geworden und schließlich die Berliner Streik-Kontrollkommission die Gewerkschaften laut Beschluß verpflichtet hat, einen Fonds zu schaffen, damit dieselben bei Ausbruch eines Streiks über Mittel verfügen und das planlose Sammeln beendet wird, beschließt die Versammlung, einen lokalen Streikunterstützungs- und Agitationsfonds zu gründen. Die Agitationskommission wird beauftragt, Streik- und Agitationskarten und Marken auszugeben.“

Diese Resolution zeitigte eine längere Diskussion, in welcher ein lebhafter Meinungswechsel stattfand, wonach die vorstehend wiedergegebene Resolution einstimmig Annahme fand. Die nächste Beschlüsse-Delegirtenversammlung findet Mittwoch, den 27. d. M., bei Leopold, Markgrafenstr. 88 statt; in derselben wird das Material für den vorgenannten Fonds zur Ausgabe gelangen. Außerdem werden noch Zahlstellen errichtet. Der zweite Punkt der Tagesordnung: „Der Arbeiterfang bei verschiedenen Konfessionsformen“, wurde bis zu einer späteren Versammlung vertagt. Die Abrechnung vom Herbstvergnügen am 18. Oktober ergab nach dem Berichte des Kassiers, Kollegen Schulz, einen Ueberschuß von 131 M. Der Kassier wurde entlastet. Es folgte eine Reihe geschäftlicher Mittheilungen seitens des Vorstehenden, Kollegen Pfeiffer, welcher u. A. auch Namens der Agitationskommission vor Abnahme von Biletts zu dem Privat-Mosentalle des Kollegen warnte. Meldungen zu dem am 1. Februar neu beginnenden Zuschneide-Kursus für Herren nimmt der Verbandskassier entgegen. Auch soll ein solcher Kursus für Damen eingerichtet werden. Mit einem Hoch auf die bevorstehende neue Schneiderbewegung gingen die Versammelten auseinander.

Die Posamentier Berlins hielten am 18. Januar in Feuerhain's Lokal, Alte Jakobstraße 75, ihre erste diesjährige Monatsversammlung ab. Nach dem gegebenen Bericht, dessen Richtigkeit Kollege Fahnig als Revisor konstatierte, betrug der Kassenbestand der Filiale Berlin 4,57 M. Ueber den Punkt: Stellungnahme zum Entwurf der Generalkommission, betreffend die Neu-Organisation der deutschen Gewerkschaften, referierte Kollege Hoffmann, welcher besonders betonte, daß gegenüber den kapitalistischen Vereinigungen auch die Organisationen der Arbeiter eine andere Form annehmen müßten, wobei er auf den von der Generalkommission ausgearbeiteten Entwurf verwies. In der Diskussion wurde sehr lebhaft für und wider die Zentralisation gesprochen und schließlich, da man sich mit dem direkten Auftrage des Zentralvorstandes nicht ohne Weiteres einverstanden erklären konnte, von der Wahl des Delegirten zum Gewerkschaftskongress bis zur nächsten Versammlung Abstand genommen. Der nächste Punkt der Tagesordnung lautete: Das Verhalten des Zentralvorstandes bezüglich der statgehabten Urabstimmung über Erhöhung der Beiträge. Im Dezember 1891 fand die Urabstimmung statt. Auf wiederholte Anfrage theilte der Zentralvorstand mit, daß man mit Rücksicht auf die süddeutschen Kollegen

vorläufig von einer Erhöhung der Beiträge Abstand nehme und infolge dessen die Urabstimmung annullirt worden sei. Die Ansicht der Berliner Kollegen hierüber fand in folgender Resolution Ausdruck: „Die heutige Versammlung protestirt gegen das Verhalten des Zentralvorstandes und bedauert, daß dadurch die obligatorische Einführung des „Textil-Arbeiter“ unmöglich gemacht worden ist.“

In der Generalversammlung des Fachvereins der Tapezirer, welche am 18. Januar stattfand, stand zunächst Vierteljahresbericht des Vorstandes auf der Tagesordnung. Der Vorsitzende berichtete, daß im letzten Vierteljahr vier Versammlungen abgehalten worden sind. In der ersten (einer außerordentlichen Generalversammlung) wurde der Antrag Schwanz und Biester angenommen, daß die Werkstätten-Kontrollkommission in der Öffentlichkeit gewählt werden soll. Die öffentliche Versammlung, welche sich damit befaßte, überwies dies jedoch dem Verein zur nochmaligen Beratung zurück. In der zweiten Versammlung sprach Herr Friedländer über: „Verschiedene Hebereien“. In der dritten hielt Kollege Feder eine Vorlesung: Eine Kritik Albert Schweichels über Zola's Roman „Germinal“. Dasselbe wurde eine Resolution angenommen, nur solche Wirkstätten zu kaufen, die mit dem Stempel der deutschen Textilarbeiter versehen sind. In der vierten Versammlung hielt Herr Tark einen Vortrag über „die sozialistische Gesellschaft“. Von diesem Bericht legte der Kassier, Kollege F. J. B. Rechnung über die Kasse des Vereins; danach war der

Bestand im Oktober 1891	177,45 M.
Ueberschuß vom Stiftungsfest	148,00 "
Mitgliedsbeiträge	87,35 "
Summa:	407,80 M.
Ausgabe:	126,40 "

Bestand im November	281,40 M.
Einnahme	61,60 "
Summa:	343,00 M.
Ausgabe:	192,25 "

Bestand im Dezember	150,75 M.
Einnahme	46,30 "
Summa:	197,05 M.
Ausgabe:	109,60 "

bleibt Bestand: 87,45 M.

Am Weihnachtstfest wurden eingenommen 68,30 M. und ausgegeben 71,05 "

bleibt ein Defizit von: 2,75 M.

Der Bibliothekar Kollege Kopsch berichtete hierauf, daß die Bibliothek bei Uebernahme derselben seitens des jetzigen Vorstandes 88 Bände zählte und jetzt Bebel's Buch „Die Frau“ angekauft ist. Im letzten Vierteljahr lasen 29 Kollegen 41 Bände. Kollege Feder rügte, daß die Bibliothek so wenig benutzt wird; bei der großen Arbeitslosigkeit hätten die Kollegen dazu doch Zeit genug übrig. Sodann berichtete Kollege Dähler, daß die Werkstätten-Kontrollkommission am 10. Oktober 1891 einen Fonds von 1074,05 M. angeammelt hatte, in diesem letzten Vierteljahr kamen noch 82,10 M. ein, so daß sich der Gesamtbetrag auf 1156,15 M. stellt. Außerdem wurden auf Listen für die streifenden Buchdrucker 115,75 M. gesammelt. Kollege Pönike berichtete über den Arbeitsnachweis in der Schützenstr. 18-19, daß, seitdem der Verein im August 1891 die Arbeitsvermittlung übernahm, sich derselbe gehoben hat; es wurden mehr Stellen vermittelt als in gleicher Zeit im Vorjahre. 16 Stellen wurden telephonisch vermittelt. Kollege Graßel beantwortete, daß dieser Bericht dem Vorstand schriftlich übergeben würde, um so künftig eine Statistik ausarbeiten zu können. Kollege Friedmeier ersucht festzustellen, wie viel stellenjuchende Kollegen organisiert sind und wie viele nicht. Ueber die Fachschule berichtete Kollege Junghaus, daß sich 50 Kollegen einschreiben ließen, durchschnittlich aber nur 20 Kollegen am Unterricht theilnahmen. Kollege Kopsch hat während 22 Abende theoretischen Unterricht erteilt, nunmehr hat Kollege Kuhn den praktischen Unterricht seit 2 Abenden übernommen, und zwar freitags von 1/2 1/2 Uhr abends an. Kollege Biester hielt hierauf einen Vortrag über das Thema: „Von der Hierarchie bis zur Anarchie“, der zum Theil mit Beifall aufgenommen wurde. Der Antrag des Kollegen Feuer, den Vortrag in der nächsten Versammlung zu diskutieren, wurde jedoch abgelehnt und dafür ein Antrag des Kollegen Graßel angenommen, laut welchem die Versammlung über den Vortrag zur Tagesordnung überging, weil es keine Art und Weise sei, die demüthigten Führer der Arbeiter in solch gehässiger Weise, wie geschehen, mit Schmutz zu bewerfen. Kollege Friedmeier machte dann bekannt, daß am 28. Februar ein Herrenabend und Montag, den 25. Januar, die Delegirtenwahl zur Diskussionskommission stattfand. An Stelle des Kollegen Klatt wurde Kollege Pönike zum zweiten Schriftführer gewählt. Der Vorsitzende, Kollege Feder, richtete zum Schluß noch den Appell an die jüngeren Kollegen, sich durch die unerquicklichen Debatten nicht vom Versammlungsbesuche abbrechen zu lassen.

Der Fachverein der Uhrmacher nahm in seiner kürzlich abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung den Bericht des Kassiers entgegen. Danach betragen die Einnahmen 129,24 M., die Ausgaben 97,55 M., der Bestand 31,69 M. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassier entlastet. Die von Kollegen Menge gegebene vorläufige Abrechnung vom letzten Vergnügen ergab 97,90 M. Einnahmen, 58,30 M. Ausgaben und 39 M. Ueberschuß. 24 Biletts sind noch ausständig. Der Gesamtüberschuß wurde der Bibliothekstasse überwiesen. Die Bibliothek umfaßt nach dem Bericht des Kollegen Liederich zur Zeit 75 Bände; die Einnahmen belaufen sich auf 36,05 Mark, die Ausgaben auf 32,65 M., so daß 3,40 M. Bestand verbleiben. Zum zweiten Schriftführer wurde Kollege Vätge gewählt. Ueber den Arbeitsnachweis theilte Kollege Räther mit, daß die bisherige Stellenvermittlung naturgemäß eine große Reihe von Unzutraglichkeiten mit sich gebracht habe, die leider zum nicht geringen Theil durch die Kollegen selbst verschuldet wurden. Bei der Wichtigkeit, welche gerade eine derartige Einrichtung für jede Arbeiter-Organisation habe, sei es unbedingt erforderlich, daß eine Institution geschaffen werde, welche den Uebelständen soweit als irgend möglich abhelfe. Die Versammlung schloß sich diesen Ausführungen vollständig an und wählte demzufolge eine Arbeitsnachweis-Kommission, welche aus 9 Personen besteht. Die Arbeitsausgabe erfolgt in Zukunft im Vereinslokale, bei Wiendke, Alte Jakobstraße 88, Wochentags Abends von 8 1/2 bis 10 Uhr. Kosten werden hierfür weder den Gehilfen noch den Prinzipalen berechnet. Der § 3 Abs. 1 des Statuts wurde dahingehend abgeändert, daß das Eintrittsgeld von jetzt ab 50 Pf. beträgt. Für Kollegen, welche bereits einer gleichartigen Organisation angehört haben, wurde eine Neils-Unterstützung von 3 M. festgesetzt, für nicht organisierte eine solche von 1,50 M. Der Vorsitzende machte sodann darauf aufmerksam, daß für die Mitglieder des Vereins Berliner Gastwirths-Gehilfen das weiße Erkennungszeichen durch das graue ersetzt worden sei, und ersuchte die Versammlung, dieses zu beachten. Nachdem noch Kollege Räther auf die Bedeutung der Buchdruckerbewegung hingewiesen und zur thätigsten Unterstützung aufgefordert hatte, schloß der Vorsitzende die Sitzung mit der Bekanntmachung, daß die nächste Versammlung am 30. Januar 1892 stattfindet.

Die Uhrmacher versammelten sich am 21. Januar, um einen Vortrag des Genossen Kepler über „Die Verfürzung der Arbeitszeit“ zu hören. Die interessantesten Darstellungen des Referenten riefen den lebhaftesten Beifall der Anwesenden hervor. In der Diskussion beteiligten sich die Herren Räther,

Wagner und Lorenz. Diese Redner ergänzten insoweit den Vortrag, indem sie durch Enthaltungen misslicher Zustände im Uhrmachergewerbe die Junktationen zu den allgemeinen Ausführungen des Referenten lieferten. Von Allen wurde die Nothwendigkeit des Anschlusses auch der Uhrmacher an die allgemeine Arbeiterschaft bezw. an die Sozialdemokratie betont. Die Versammlung stimmte in einer einstimmig angenommenen Resolution den Ausführungen des Referenten zu und erklärte in Anbetracht der langen Arbeitszeit der Uhrmacher, welche wiederum eine außerordentliche Arbeitslosigkeit zur Folge hat, es für die erste Forderung der Uhrmacher, eine kürzere Arbeitszeit zu erstreben; ferner erblidete sie die einzige Möglichkeit, die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse von Grund aus zu verbessern, in der Vergesellschaftung der ganzen Produktion nach den Forderungen der Sozialdemokratie. Hierauf ersuchte Herr Räther Bericht über die Thätigkeit der Streik-Kontrollkommission. Als neuer Delegirter in diese Kommission wurde Herr Krause gewählt. Nachdem berichtete Herr Räther, es sei der Agitationskommission gelungen, dahin zu wirken, daß dieser Tage auch in Hamburg die Gründung eines auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Vereins der Uhrmacher jedenfalls vollzogen werden würde, und forderte zu reger Theilnahme an den Sammlungen zum Unterstützungs- und Agitationsfonds auf; erfolgte dies, so könne die Agitationskommission mehr leisten. In Revisionen für diesen Fonds wurden gewählt die Herren Schnell, Fuhr und Käfer. Nachdem Herr Käfer noch die traurigen Verhältnisse der Uhrmacher beleuchtet hatte, welche sogar in Berlin neben Kost und Logis theilweise nur 3 M. die Woche bekämen, schloß die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die allgemeine Arbeiterbewegung.

Der Verein der Militär-Schneider hielt am 18. Januar eine Generalversammlung ab. Nachdem der Vorsitzende Koloß über die Thätigkeit des Vereins berichtet, gab der Kassier Friedrich den Kassenbericht vom 4. Quartal 1891 und der Rentant Schulz den Bericht über die Kassenverhältnisse im ganzen Jahre 1891. Danach hatte der Verein eine Jahreseinnahme von 264,85 M. und eine Jahresausgabe von 236,11 M.; somit bleibt ein Bestand von 28,74 M. Dem Kassier sowie dem Rentanten wurde Decharge erteilt. Die dann erfolgte Vorstandswahl hatte folgenden Resultat: Koloß, 1. Vorsitzender, Danzig, 2. Vorsitzender, Blankensfeldt, 1. Schriftführer, Keuple, 2. Schriftführer, Soult, 1. Kassier, Baah, 2. Kassier, Kirchner, Drews, Jakob Meier, Weißher. Zu Revisoren wurden gewählt die Herren Radtke, Pinnisch und Schwand. Darauf hielt Kollege Timm einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über den am 14. März stattfindenden Gewerkschaftskongress. Nach der Debatte hierüber wurde folgende Resolution gefaßt: „Die Versammlung erkennt die Nothwendigkeit eines Kongresses an, um innerhalb der deutschen Gewerkschaften ein einmüthiges Vorgehen bezüglich Streiks und Boulois und der Agitation festzustellen; sie protestirt aber gegen die engherzige Art der Einberufung des Kongresses seitens der Generalkommission, indem dadurch die Lokalorganisationen von der Vertretung ausgeschlossen sind, und beschließt, trotzdem einen Delegirten zu senden, mit dem Auftrage, das Recht der Lokalorganisation zu wahren und sich mit gleichgesinnten Vertretern in Verbindung zu setzen, damit der Organisationsplan so gestaltet werde, daß der Klassenkampf des Proletariats siegreich fortschreitet und den politischen Nachstufen jedwede Eingriffe unmöglich gemacht werden.“ Zum Delegirten wurde Herr Kroll gewählt. Dem Vorsitzenden wurden für gehabte Unkosten 6 M. und der Agitationskommission der Schneider 15 M. bewilligt.

Die Tischler Rixdorf und Umgegend hielten am 20. Januar bei Herrn Biering, Knefedeckstr. 77, eine öffentliche Tischler-Versammlung ab, in welcher über die Niederlegung der Arbeit der Kollegen aus der Nähmaschinen-Fabrik von Laborenz, Knefedeckstr. 71-72 verhandelt wurde. Kollege Wiedemann, der als Vermittler vom Fachverein der Tischler draußen mit Herrn Laborenz Rücksprache genommen, legte demselben klar, daß bei der schlechten Lage, in welcher die Arbeiter sich schon befinden, sie bei der Rede stehende Lohnabzug von 25 pct. um so härter treffen müsse; bei dem schwachen Arbeiter mache das 2 M., bei einem der ältesten sogar 4 M. wöchentlich aus. Herr Laborenz ließ sich aber nicht bewegen, die alten Preise weiter zu zahlen. Mehrere Kollegen, die auch früher in der Fabrik gearbeitet hatten, unterzogen die in derselben herrschenden Verhältnisse einer scharfen Kritik und gaben ihrer Freude über die Einmüthigkeit der ausständigen Kollegen Ausdruck. Es wurde dann folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute, den 20. Januar, im Lokale des Herrn Biering tagende öffentliche Tischler-Versammlung von Rixdorf und Umgegend billigt das Vorgehen der Kollegen der Nähmaschinen-Fabrik von Laborenz. Sämmtliche Kollegen von Rixdorf verpflichten sich, jene Kollegen moralisch und materiell zu unterstützen, sowie jeden Zugzug fernzubalten.“ Unter „Verständenen“ meldeten sich zwei Kollegen, welche in der genannten Fabrik in Arbeit getreten waren, aber wieder aufgehört hatten, als sie erfuhrn, daß die Kollegen im Streik ständen. Der eine Kollege hat vier Stunden gearbeitet und einen Verdienst von 75 Pf. gehabt.

Köpenick. In der Monatsversammlung des hiesigen Arbeitervereins, welche am 19. Januar bei Wiedemann und Manofski zu Aldershof tagte, gelangte die Broschüre „Unser Taktik, ein ethisches Wort zur Klärung“ von Max Pfund, zur Verlesung. Eine Diskussion fand nicht statt. Hierauf wurde der vierteljährliche Kassenbericht erstattet und dem Kassier Decharge erteilt. Aus dem Jahresbericht des Bibliothekars ging hervor, daß die Beteiligung am Studium der Bücher eine recht reger war, ferner die Bibliothek einen Werth von 380 M. darstellte. Es folgte die Aufnahme von vier neuen Mitgliedern. Dann beschloß man am 27. Februar eine kleine Feiligkeit zu veranstalten, welche aus einer theatralischen Aufführung, einem Gesangskonzert und einem Tanzfränzchen bestehen soll, und wählte zur Leitung dieses Vergnügens ein sechsgliedriges Komitee.

## Dermisches.

Zur Heiligkeit der Ehe. Der Kommandant der Kavallerie in Watnia, Overit Hoogeveen, stand seit langer Zeit in intimen Beziehungen zu der Gattin eines dort ansässigen Kaufmanns Namens Axel Holt. Als der Kavallerie-Offizier wieder einmal in der Villa des Herrn Holt verweilte, ließ letzterer ihn durch vier seiner Diener mit Knütteln mißhandeln und dertart zu trachten, daß der Offizier noch in derselben Nacht verschied. Die Soldaten des Regiments, bei welchem der Kommandant sehr beliebt war, ließen alsbald zusammen und zogen nach der Villa, um Herrn Holt zu lynchen, allein der Polizei und der herbeigezogenen Infanterie gelang es, diesen Raubakt zu verhindern. Holt wurde verhaftet und ins Gefängniß gebracht, wo er umsonst versuchte, sich durch das Beschneiden der Pulsader das Leben zu nehmen. Er wird jetzt wegen des Todes des Offiziers vor Gericht gezogen.

Familienmord. Im Dorfe Kielocin, Gouv. Wolhynien wurde ein wohlhabender jüdischer Schenker, Smierels, nachts sammt seiner Familie, im ganzen aus sieben Personen bestehend, von Bauern ermordet, angeblich aus Religionshah. Die Mörder wurden von der Gendarmerie ergriffen.

Schiffuntergang. Bei den Schelland-Inseln sind das norwegische Schiff „No“ und ein anderes norwegisches Schiff, dessen Name nicht bekannt ist, mit Mann und Waas untergegangen.